



Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg
Hamburg University of Applied Sciences

Fakultät Wirtschaft und Soziales

Department Soziale Arbeit

Weiterbildungs-Master Angewandte Familienwissenschaften M.A.

Die Förderung der Vereinbarkeit von Studium und Elternschaft im Sinne demografieorientierter Familienpolitik

Master-Thesis

Tag der Abgabe: 21.12.2016

Vorgelegt von: Dipl. Soz. Sylvei Catharina Hansen

Betreuende Prüferin: Dr. Sabina Stelzig-Willutzki

Zweite Prüferin: Prof. Dr. Dagmar Bergs-Winkels

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Studieren mit Kind	5
2.1 Studierende mit Kind	6
2.1.1 Alter der studierenden Eltern	7
2.1.2 Geschlechterspezifisch	9
2.1.3 Studienform, Studienfächer und Studienorganisation	9
2.1.4 Zeit	11
2.1.5 Finanzielle Absicherung und Erwerbstätigkeit	12
2.1.6 Lebensform und Familienstand	14
2.1.7 Regionale Besonderheiten	15
2.1.8 Anzahl und Alter der Kinder	15
2.1.9 Bildungsherkunft	16
2.2 Die Vereinbarkeit von Studium und Kind	17
2.2.1 Schwierigkeiten	17
2.2.2 Potenziale	20
2.3 Rahmenbedingungen	22
2.3.1 Zeitstrukturen und Studienorganisation	24
2.3.2 Finanzielle Sicherheit	27
2.3.3 Infrastruktur	29
2.3.4 Familienfreundliche Hochschule	33
3. Studium und Elternschaft als familienpolitisches Thema	36
3.1 Elternschaft im Kontext gesellschaftlicher Entwicklungen	38
3.1.1 Lebenslaufgestaltung	40

3.1.2 Familienleitbilder	45
3.2 Studierende Eltern aus familienpolitischer Perspektive	49
4. Die Förderung der Vereinbarkeit von Studium und Elternschaft	59
4.1 Blick nach Schweden	60
4.1.1 Familienpolitik in Schweden	61
4.1.2 Studierende mit Kind in Schweden.....	64
4.2 Schwedische und deutsche Ansätze im Vergleich.....	72
4.3 Ansätze und Möglichkeiten zur Förderung der Vereinbarkeit von Studium und Elternschaft.....	77
5. Resumée und Fazit	81
6. Literaturverzeichnis	86

1. Einleitung

Die Vereinbarkeit von Erwerbsleben und Familie ist in Öffentlichkeit, Politik und Forschung in den letzten Jahren ein breit diskutiertes Thema. Die Vereinbarkeit von Ausbildung bzw. Studium und Familie wird demgegenüber noch nicht genug beleuchtet (Filipp et. al. 2011, S. 1). Dabei stehen Studierende mit Kindern vor den besonderen Anforderungen, ihr Studium zu meistern und ihrer Familie (in dieser Arbeit soll der Begriff Familie sich auf Paare oder Alleinerziehende mit Kindern beziehen) gerecht werden zu können. In einer Ausnahmestellung gegenüber ihren kinderlosen Kommilitonen haben diese Studierenden keine gleichberechtigte Teilhabe an der universitären Ausbildung (Middendorff 2007).

5% aller Studierenden – ca. 101 000 – in Deutschland sind Eltern von einem oder mehr Kindern (BMFSFJ 2012a, S. 12; Middendorff et al. 2013, S. 481). Der geringe prozentuale Anteil Studierender mit Kind bleibt seit Anfang der 80er Jahre relativ konstant (Middendorff 2007, S. 34) und könnte als Ausdruck und Folge von Bedingungen interpretiert werden, die eine Familiengründung während des Studiums nicht fördern (Middendorff 2007, S. 33). Vermutlich wird die Zahl der studierenden Eltern mit Zunahme der Gesamtzahl der Studierenden zukünftig etwas ansteigen (Filipp et. al. 2011, S. 3). Darüber hinaus gibt es Gründe auf individueller sowie gesellschaftlicher Ebene, warum die Gruppe der Studierenden mit Kindern weiter beforscht und unterstützende Rahmenbedingungen geschaffen werden sollten.

Angestoßen von einem Paradigmenwechsel in der Familienpolitik nach 2002 mit Familienministerin Renate Schmidt, nachdem die Familienpolitik bevölkerungsorientiert agieren und „nachhaltig“ Familien unterstützen sollte, entstand im Jahr 2006 der siebte Familienbericht. Darin wurde für eine Zeitumverteilung der Lebensverlaufperspektive und für eine Entzerrung der Phase der „Rush Hour“, in der heute zumeist der Einstieg in das Erwerbsleben, das Verfolgen einer Karriere und die Familiengründung innerhalb weniger Jahre verfolgt werden müssen und miteinander kollidieren, plädiert. Der nachfolgende, achte Familienbericht von 2012 beschäftigte sich weitergehend mit dem Thema „Zeit für Familien“. In diesem ging es darum, dass Familien mehr Zeitsouveränität erlangen und ihr Familienleben – also auch den Zeitpunkt der Umsetzung einer Familie mit eigenen Kindern – nach eigenen Vorstellungen gestalten können sollten.

So wurde auf Zeiträume im Leben aufmerksam gemacht, die nicht den klassischen Familienleitbildern und der typischen Phasenfolge eines institutionalisierten Lebenslaufes, der in unserer Gesellschaft heute überwiegend als der „normale“ gelebt wird, folgen. Der Zeitraum der Ausbildung bzw. des Studiums bleibt weitgehend „ungenutzt“, um eigene Kinder zu bekommen. Damit insbesondere gut qualifizierte Frauen und Männer die Familiengründung nicht immer weiter hinausschieben, bis zeitlich andere Dingen des Lebens anstehen, oder das biologische Alter überschritten ist, könnte eine Familiengründung während des Studiums ein guter Gelegenheitsraum sein. Die Bundesregierung spricht sich in ihrer Demographiestrategie ausdrücklich dafür aus, dass die Entscheidung eines Menschen für Kinder generell unterstützt und gefördert wird, unabhängig von der jeweiligen Lebensphase der Menschen (BMI 2012, S. 2). Das beinhaltet, Studierende mit Kindern zu unterstützen und zu fördern (BMI 2012, S. 10).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit die Vereinbarkeit von Studium und Kind im Sinne einer nachhaltigen Familienpolitik gefördert wird. Geklärt werden soll in dieser Arbeit, welche Rahmenbedingungen und unterstützenden Maßnahmen für studierende Eltern bereits bestehen. Es wird auch darauf eingegangen, welche Vereinbarkeitspotenziale es gibt und ob eine Gleichzeitigkeit von Studium und Kindern ein guter Gelegenheitsraum für eine Lebensverlaufsplanung mit Kind und qualifiziertem Beruf ist. Weiterhin soll geklärt werden, in welcher Hinsicht Familienpolitik die Vereinbarkeit von Studium und Kind beeinflussen kann und welche Auswirkungen das auf eine Entscheidung für eine Gleichzeitigkeit von Studium und Kindern haben kann. Dazu soll dargelegt werden, welche Faktoren neben der Familienpolitik außerdem beeinflussend auf die Vereinbarkeit von Studium und Kind wirken. Abschließend soll herausgearbeitet werden, welchen Verbesserungsbedarf und welche -möglichkeiten es gibt, studierende Eltern zu unterstützen.

Im folgenden Kapitel (2.) wird die Lage der Studierenden mit Kind(ern) in Deutschland beschrieben und auf die wichtigen, den Alltag bestimmende Aspekte eingegangen (2.1). Anschließend werden Potenziale und Schwierigkeiten der Vereinbarkeit eines Studiums mit Kind herausgearbeitet (2.2). Der nachfolgende Teil beschäftigt sich mit den Rahmenbedingungen für Studierende Eltern (2.3). Kapitel 3 behandelt das Thema „Studieren mit Kind“ aus dem Blickwinkel der Familienpolitik. Dabei geht es zunächst um Elternschaft im Kontext

gesellschaftlicher Entwicklungen (3.1). Die Gestaltung individueller Lebensverläufe, Wünsche für das eigene Leben und die Umsetzung werden hier erörtert (3.1.1). Die allermeisten Frauen und Männer wünschen sich für ihr Leben eine qualifizierte Ausbildung, einen guten Beruf und eine eigene Familie. Nicht alle setzen ihre individuellen Wünsche dementsprechend um, und es gilt zu klären, womit das zusammenhängt. Danach geht es um Familienleitbilder, die als kultureller Faktor maßgeblichen Einfluss auf Wünsche, Vorstellungen und Verwirklichung verschiedener Lebensthemen im Lebensverlauf und damit auch auf eine Familiengründung im Studium nehmen (3.1.2). Darauffolgend wird die familienpolitische Sicht auf Studierende mit Kind und daraus entstehende Forderungen und Maßnahmen näher beleuchtet, die sich beispielsweise in den Familienberichten oder der Demografiestrategie der Bundesregierung darlegen (3.2).

Kapitel 4 beschäftigt sich mit der Förderung der Vereinbarkeit von Studium und Kind(ern). Dazu soll ein Blick auf die schwedische Familienpolitik und Rahmenbedingungen für studierende Eltern in Schweden genommen werden (4.1). Unter den schwedischen Studierenden gibt es einen im europäischen Vergleich hohen Anteil von 20% mit eigenen Kindern. Es soll ausgemacht werden, warum in Schweden der Anteil Studierender mit Kind(ern) so viel höher ist als in Deutschland und welche Rolle die schwedische Familienpolitik dabei spielt. Anschließend wird diskutiert, ob schwedische Familienpolitik und die Förderung der studierenden Eltern in einigen Bereichen als Vorbild für die Gestaltung der Rahmenbedingungen in Deutschland dienen kann (4.2). Daraufhin sollen weitere Möglichkeiten zur Förderung Studierender mit Kind aufgezeigt werden (4.3). Abschließend gibt es ein Resumée und Fazit (5).

2. Studieren mit Kind

„Studierende Eltern unterscheiden sich von den meisten Studierenden dadurch, dass sie Kinder haben; und von den meisten Eltern dadurch, dass sie studieren.“ (Helfferich 2007b, S. 56) Studierende Eltern sind in Deutschland eine besondere Gruppe unter den Studierenden und eine besondere Gruppe unter Eltern, die nicht gleichzeitig studieren. Sie stellen eine Minderheitengruppe in der Hochschule dar, die Lebenssituation unterscheidet sich stark von der der meisten anderen Studierenden. In ihrem sozialen Umfeld, welches immer

noch kaum auf die Parallelität der Lebensbereiche Ausbildung bzw. Studium und eigene Familie eingestellt ist, sind sie „Exoten“ (Helfferrich et al. 2007a, S. 181). Die Kinder bilden für die studierenden Eltern einen zusätzlich zu integrierenden Lebensbereich. Dies kann zu einer höheren Belastungssituation führen.

In diesem Kapitel wird die Lage der Studierenden mit Kind in Deutschland beschrieben, um dann die Vereinbarkeitsproblematik einer Gleichzeitigkeit von Studium und Kind herauszuarbeiten. Daran anschließend geht es um die Rahmenbedingungen, die die Situation Studierender mit Kind maßgeblich beeinflussen.

2.1 Studierende mit Kind

Studierende mit Kind sind eine heterogene Gruppe bezogen auf ihre individuellen Lebensumstände, die partnerschaftlichen Konstellationen, die finanzielle Situation, belastende Faktoren usw. Die Gruppe umfasst ein breites Spektrum, das die (eventuell verheiratete) Studentin mit voll- oder hauptberuflichem Partner genauso wie das Paar zweier Studierender, den Studenten mit erwerbstätiger oder als Hausfrau tätiger Partnerin genauso wie alleinerziehende Studierende usw. umfasst (Helfferrich et al. 2007a, S. 179).

Die Anzahl aller Studierenden in Deutschland nimmt stetig zu: im Wintersemester 2009/2010 waren 2.121.190 Studierende eingeschrieben, im Wintersemester 2012/2013 waren es 2.499.409 und im Wintersemester 2015/2016 2.755.408. (Statista 2016) Der Anteil der Studierenden mit einem oder mehr Kindern bleibt dabei mit ca. 5% seit Anfang der 80er Jahre ungefähr gleich (Middendorff 2013, S. 11, S. 481; Middendorff 2007, S. 34). Dieses relativ niedrige Niveau, auch im internationalen Vergleich (Gwocz et al. 2011), bleibt trotz Wirtschaftswunder und Wohlfahrtsentwicklung, 40 Jahren geteilter deutscher Geschichte, Vervielfältigung des Anteils an Studentinnen unter allen Immatrikulierten, trotz der Pluralisierung der Familienformen, des Ausbaus der (familienbezogenen) Studienförderung, der Gleichstellungspolitik und des Gender Mainstreamings, der Auditierung familienfreundlicher Hochschulen etc. relativ konstant (BMBF 2013, S. 8).

Seit 1982 werden Studierende in Deutschland im Rahmen der Sozialerhebungen – im Auftrag des Deutschen Studentenwerks (DSW) und mit Förderung des Bundesministeriums für

Bildung und Forschung (BMBF), durchgeführt vom HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF) bzw. seit 2013 vom daraus hervorgegangenen Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) – zu ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage befragt. Die letzte Erhebung fand 2012 statt, die 21. wird aktuell im Sommersemester 2016 durchgeführt. Die soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden mit Kind war bisher zweimal Gegenstand einer ausführlichen Berichterstattung in Form eines Sonderberichtes im Rahmen der 13. bzw. der 18. Sozialerhebung. Aus der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks von 2006 entstand ein Sonderbericht zum Thema „Studieren mit Kind“ (Middendorff 2007).

Im Sommersemester 2012, zum Zeitpunkt der letzten Erhebung, waren hochgerechnet auf alle Studierenden ca. 101 000 Studierende mit Kind immatrikuliert. 56 000 davon waren Frauen, 45 000 Männer. Die Anzahl der Studierenden mit Kind stieg damit seit 2009 um etwa 6500 (Etwa 3500 Frauen gegenüber 3000 Männern), was mit der gestiegenen Anzahl an Studierenden insgesamt in Verbindung gebracht werden kann (Middendorff 2013, S. 11).

Während des Studiums ein oder mehrere Kinder zu haben, für die Betreuung und Entwicklung sowie den Unterhalt verantwortlich zu sein, ist für Studierende eine besondere Lebenssituation mit vielfältigen Implikationen für das Studium (Middendorff 2013, S. 481). Studierende mit Kind unterscheiden sich in zahlreichen soziodemographischen Merkmalen von ihren Kommiliton(inn)en (Middendorff 2013, S. 481). Gleichzeitig ist die Gruppe der Studierenden mit Kind selbst sehr heterogen und weist ein breites Spektrum individueller Lebenslagen auf (Middendorff 2013, S. 511). Auf wichtige einzelne Aspekte des Lebens Studierender mit Kind wird im Folgenden eingegangen.

2.1.1 Alter der studierenden Eltern

Studierende mit Kind, die in einem Erststudium immatrikuliert sind, sind durchschnittlich 31 Jahre alt. Damit sind sie 7,6 Jahre älter als ihre kinderlosen Kommiliton(inn)en (Middendorff 2013, S. 485). Wie die Tabelle unten zeigt, gehören Studierende differenziert nach

Altersgruppen mit Kindern und ohne zu verschiedenen Alterskohorten: Während drei Viertel der Studierenden ohne Kind unter 25 Jahren alt sind, gehört nur ein Fünftel der studierenden Eltern zu dieser Altersgruppe. In der Altersgruppe „30 Jahre oder älter“ befinden sich hingegen mehr als die Hälfte der Studierenden mit Kind gegenüber fünf Prozent der Studierenden ohne Kind (Middendorff 2013, S. 485).

Bis zu einem Alter von 24 Jahren liegt der Anteil an Studierenden mit Kind bei maximal zwei Prozent. Danach erhöht sich diese Quote sukzessive – bei den Studentinnen etwas schneller als bei den Studenten. Dies führt zu einem zunehmend unterschiedlichen Anteil studierender Mütter und Väter. Studentinnen, die 30 Jahre alt oder älter sind, haben zu 41 Prozent ein oder mehrere Kinder, Studenten dieser Altersgruppe hingegen nur zu 23 Prozent (Middendorff 2013, S. 486 ff.).

Diese Unterschiede haben vielfältige Ursachen. Studierende mit Kind sind bereits älter als ihre Kommilitonen, wenn sie ein Studium aufnehmen. Zudem haben sie längere Studienzeiten aufgrund längerer Studienunterbrechungen, die entweder direkt (Schwangerschaft, Kindererziehung) oder indirekt (notwendige Erwerbstätigkeit, Ortswechsel aus Gründen der Familienzusammenführung) mit dem Kind zusammenhängen (Middendorff 2013, S. 486). Insgesamt entspricht das höhere Alter den Tendenzen in der Gesamtbevölkerung, in der insgesamt die Wahrscheinlichkeit, ein Kind zu haben, erst ab einem Alter von Ende 20/Anfang 30 signifikant hoch ist (Middendorff 2013, S. 486).

Bild 14.4 Studierende mit und ohne Kind nach Alter
Studierende im Erststudium, in %

Altersgruppe	mit Kind	ohne Kind
<= 21 Jahre	3	27
22 - 23 Jahre	7	29
24 - 25 Jahre	10	23
26 - 27 Jahre	15	11
28 - 29 Jahre	13	5
>= 30 Jahre	52	5
Altersdurchschnitt in Jahren	31,2	23,6

DSW/HIS-HF 20. Sozialerhebung

Middendorff 2013, S.485

2.1.2 Geschlechterspezifik

Insgesamt gibt es unter den studierenden Eltern mehr Mütter (sechs Prozent) als Väter (vier Prozent) (Middendorff 2013, S. 481). Auch dieser Anteil bleibt in den letzten Jahren ungefähr gleich, variiert um wenige Prozentpunkte, aber immer mit ähnlichem Abstand (Middendorff 2007, S. 11). Der Anteil studierender Mütter und Väter ist altersspezifisch unterschiedlich, wie unter 2.1.1 beschrieben. Unterschiede in Bezug auf das Geschlecht ziehen sich durch alle Aspekte, die ein Leben mit Studium und Kind betreffen und die im Folgenden erläutert werden.

2.1.3 Studienform, Studienfächer und Studienorganisation

Die folgende Tabelle bildet ab, in welcher Form studierende Eltern studieren. Am häufigsten sind Studierende mit Kind im Erststudium in Vollzeitstudiengängen immatrikuliert, jedoch mit 87 Prozent weniger als ihre kinderlosen Kommilitonen (95 Prozent). Gemessen am Stundenumfang realisieren allerdings etwas mehr als zwei Drittel tatsächlich ein Vollzeitstudium, ein Drittel studiert somit de facto in Teilzeit (Middendorff 2013, S. 508). Legt man diesen tatsächlich realisierten Stundenumfang zugrunde und zieht die Zahl derer, die bereits in alternativen Studienformen wie Teilzeit- oder berufsbegleitenden Studiengängen immatrikuliert sind, hinzu, errechnet sich ein Bedarf an Teilzeitstudienangeboten für knapp 40 Prozent dieser Gruppe, so Elke Middendorff (Middendorff 2013, S. 508).

Bild 14.13 Studienform Studierender mit Kind

Studierende im Erststudium, in %

Studienform	Studierende mit Kind			Studierende ohne Kind gesamt
	ges.	männl.	weibl.	
Vollzeitstudium	87	87	88	95
Teilzeitstudium	4	3	4	1
berufsbegleitendes Studium	8	10	7	1
Duales Studium	1	1	1	3

DSW/HIS-HF 20. Sozialerhebung

Middendorff 2013, S. 496

Wer mit Kind studiert, ist überhäufig in Teilzeitstudiengängen (vier Prozent) oder berufsbegleitenden Studiengängen (8 Prozent) immatrikuliert (Middendorff 2013, S. 496). Alternative Studiengänge entsprechen offensichtlich den Bedürfnissen Studierender mit Kind. Duale Studiengänge hingegen werden von Studierenden mit Kind kaum belegt (mit ein bis zwei Prozent), was mit dem niedrigeren Altersdurchschnitt (22 Jahre) in diesen Studiengängen zu tun haben könnte (Studierende im Erststudium sind durchschnittlich 23,8 Jahre alt) (Middendorff 2013, S. 483/484).

Diplom- oder Magisterstudierende haben mit acht Prozent anteilig am häufigsten ein Kind. Dies könnte damit zusammenhängen, dass in diesen auslaufenden Studiengängen zum großen Teil ältere Studierende immatrikuliert sind (Middendorff 2013, S. 496). Studierende mit Kind sind im Erststudium anteilig häufiger an den Fachhochschulen eingeschrieben als an den Universitäten (fünf Prozent vs. drei Prozent). An den Universitäten sind es spezielle Hochschultypen, die vergleichsweise hohe Elternquoten aufweisen (acht Prozent an Kunst- und Musikhochschulen, fünf Prozent an Pädagogische Hochschulen) (Middendorff 2013, S. 495).

Studiengangwechsel finden überdurchschnittlich häufig bei Studierenden mit Kindern statt (23 Prozent vs. 17 Prozent bei Studierenden ohne Kinder) (Middendorff 2013, S. 501). Mehr als ein Drittel der Studierenden mit Kind hat sein Studium mindestens einmal – offiziell oder inoffiziell – unterbrochen. Dabei ist der Anteil der Frauen erwartungsgemäß deutlich größer als der der Männer (44 Prozent vs. 23 Prozent) (Middendorff 2013, S. 498). Insgesamt weist die Gruppe der Studierenden mit Kind im Vergleich zu der ohne Kind viermal häufiger einen diskontinuierlichen Studienverlauf auf, die der Mütter sogar mehr als sechsmal im Vergleich zu ihren kinderlosen Kommilitoninnen (Middendorff 2013, S. 498).

Die Studienunterbrechungsdauer hat sich im letzten Jahrzehnt insgesamt, jedoch insbesondere bei Studierenden mit Kind, verkürzt. Während 2003 studierende Eltern (Mütter wie Väter) das Studium im Durchschnitt 5,7 Semester lang unterbrochen hatten (Studierende ohne Kind 2,7 Semester), war die durchschnittliche Unterbrechungsdauer 2012 nur noch 3,7 Semester (bei Studierenden ohne Kind reduzierte sich diese Zeit lediglich um 0,4 Semester) (Middendorff 2013, S. 494, 499).

Der häufigste Anlass, das Studium zu unterbrechen, ist für Studierende mit Kind erwartungsgemäß die Schwangerschaft bzw. die Kindererziehung (75 Prozent). Nahezu neun von zehn Studentinnen mit Kind pausieren aus diesem Grund mit dem Studium, aber auch 46 Prozent der Studenten mit Kind nehmen sich aus diesem Grund eine Auszeit vom Studium. Bei den Studentinnen mit Kind erfolgt die Unterbrechung am häufigsten wegen der Schwangerschaft und/oder der Kindererziehung, bei den Studenten erfolgt eine Studienunterbrechung am häufigsten aufgrund von finanziellen Problemen. Damit korrespondierend gibt ein Drittel von ihnen Erwerbstätigkeit als Unterbrechungsgrund an. Diese beiden Motive für eine Studienpause werden von den Studentinnen mit Kind zwar ebenfalls angegeben, aber bei weitem nicht so häufig wie von den studierenden Vätern. Nach Middendorff deuten sich „hier (...) Modelle einer traditionellen familiären Arbeitsteilung an, die angesichts des hohen Anteils an Kindern im Alter bis zu drei Jahren nicht überraschen.“ (Middendorff 2013, S. 499).

Kinder während des Studiums zu haben oder zu bekommen bringt zusätzliche, speziell zeitliche und finanzielle, Anforderungen mit sich, die Auswirkungen auf den Verlauf des Studiums haben. Schon durch Zeiten der Schwangerschaft und der Kinderbetreuung ergeben sich unvermeidbare Lücken in der Studienkontinuität (Middendorff 2013, S. 498), wodurch sich eine Chancenungleichheit gegenüber den anderen Kommilitonen ergibt.

2.1.4 Zeit

Was das wöchentliche Gesamtpensum anbelangt, haben Studierende ohne Kind gegenüber studierende Eltern eine höhere zeitliche Belastung. Generell schätzen Studierende mit Kind die zeitliche Belastung als (zu) hoch ein (52 Prozent gegenüber den Studierenden ohne Kind mit 49 Prozent). Diese Einschätzung ist im Zusammenhang mit dem wöchentlichen Gesamtpensum, das von einer überdurchschnittlich starken Erwerbsbelastung gekennzeichnet ist, zu sehen (Middendorff 2013, S. 504).

Studierende mit Kind wenden eine geringere Wochenstundenzahl für ihr Studium auf (31 gegenüber 36 Stunden in der Woche bei den kinderlosen Kommilitonen). Dabei ist vor allem der Zeitaufwand für den Besuch von Lehrveranstaltungen um vier Wochenstunden

niedriger, der Selbststudienumfang ist mit einer Differenz von einer Stunde in der Woche ähnlich (Middendorff 2013, S. 503). Der Kontext der Mehrfachbelastung durch Studium, Kind und Erwerbstätigkeit für studierende Eltern kann zur Folge haben, dass weniger Zeit auf Präsenzveranstaltungen verwendet werden kann und deshalb eher Studienformen, die wie das Selbststudium eine größere zeitliche Flexibilität und räumliche Unabhängigkeit bieten, bevorzugt werden. Zudem sind Studierende mit Kind deutlich älter und entsprechend überdurchschnittlich häufig in höheren Semestern, in denen das Selbststudium gegenüber Lehrveranstaltungen innerhalb des studentischen Zeitbudgets an Bedeutung gewonnen hat (Middendorff 2013, S. 503).

Während 24 Prozent aller Studierenden mit Kind Studium und Hochschule als Mittelpunkt ihrer Interessen und Aktivitäten sehen, ist für 58 Prozent das Studium ebenso wichtig wie andere Interessen und Aktivitäten außerhalb der Hochschule. Für 18 Prozent stehen Studium und Hochschule eher im Hintergrund. Angesichts der Studien- und Lebensrealität studierender Eltern ist es erwartungskonform, dass das Studium anteilig deutlich seltener im Zentrum steht (Middendorff 2013, S. 509).

2.1.5 Finanzielle Absicherung und Erwerbstätigkeit

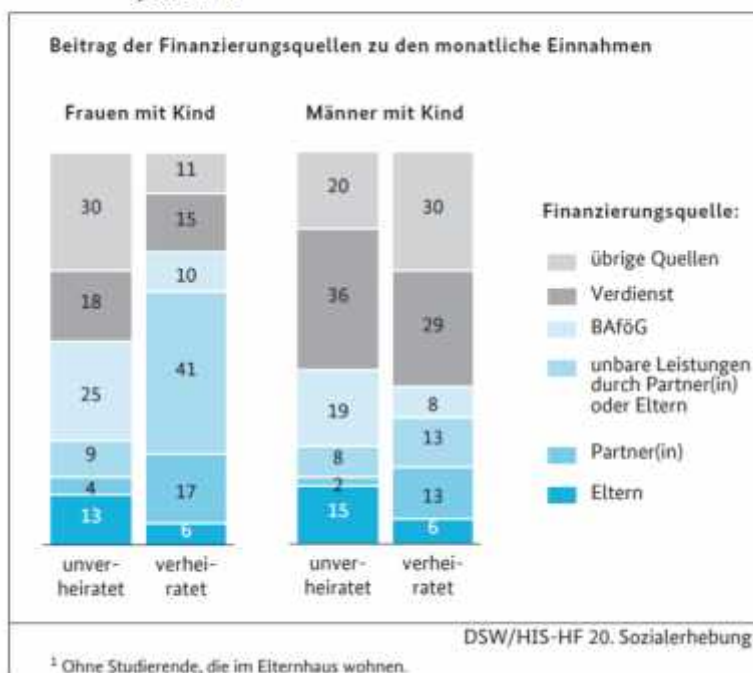
Insbesondere in der finanziellen Situation Studierender mit Kind(ern) zeigt sich die Heterogenität innerhalb der Gruppe (Middendorff 2013, S. 511). Von den Studierenden mit Kind, die eine feste Partnerschaft haben, sind insgesamt zwei Drittel durch den/ die erwerbstätige/n PartnerIn finanziell weitgehend abgesichert. Dies trifft für Frauen deutlich häufiger zu als für Männer (76 Prozent vs. 55 Prozent), insbesondere dann, wenn sie verheiratet sind (Middendorff 2013, S. 490).

Die Erwerbstätigkeitsquote unterscheidet sich kaum signifikant von der bei den Studierenden ohne Kind (59 Prozent vs. 60 Prozent). Bei Studierenden mit Kind findet sich jedoch eine Geschlechtsspezifität: Die Erwerbsbeteiligung der Väter (73 Prozent) ist wesentlich höher als die der Mütter (47 Prozent) (Middendorff 2013, S. 504 ff.). Mit steigendem Alter des (jüngsten) Kindes nivelliert sich dies etwas: Je älter das Kind ist, desto eher tragen auch die Studentinnen wieder zum Familienbudget bei. Nachdem das Kind ein Jahr alt geworden ist,

steigt die Erwerbstätigenquote bei den Frauen von 26 Prozent sprunghaft auf 41 Prozent, bei Müttern schulpflichtiger Kinder erhöht es sich nochmal deutlich auf 61 Prozent. Unabhängig vom Alter des Kindes sind studierende Mütter stets deutlich unterhalb des Anteils erwerbstätiger Väter (Middendorff 2013, S. 505 ff.).

Insgesamt tragen verschiedene Finanzierungsquellen zu den monatlichen Einnahmen der Studierenden mit Kind bei, wie die Tabelle unten zeigt. Der Lebensunterhalt für Studierende mit Kind setzt sich aus eigenem Verdienst oder den des Partners bzw. der Partnerin oder der Eltern, BAföG, aus unbare Leistungen durch PartnerIn oder Eltern oder „übrigen Quellen“ zusammen. Unverheiratete Mütter erhalten die höchsten Einnahmen aus den „übrigen Quellen“, Einnahmen wie Kindergeld, Unterhaltszahlungen und Erziehungsgeld (Middendorff 2013, S. 513).

Bild 14.28 Finanzierungsstruktur der Studierenden mit Kind nach Geschlecht und Familienstand
Studierende im Erststudium mit Kind¹, Anteil je Finanzierungsquelle in %



Middendorff 2013, S. 513

2.1.6 Lebensform und Familienstand

Jede bzw. jeder zweite Studierende mit Kind ist verheiratet oder führt eine eingetragene Lebensgemeinschaft; das trifft auf Frauen und Männer gleichermaßen zu. Mehr als ein Drittel haben eine feste Partnerschaft – Männer häufiger als Frauen. Ohne festen Partner bzw. Partnerin sind 14 Prozent aller Studierenden mit Kind. Im Vergleich zu den studierenden Vätern sind studierende Mütter deutlich häufiger ohne feste Partnerschaft (10 Prozent vs. 18 Prozent) (Middendorff 2013, S. 487).

Alleinerziehend, hier definiert als ohne feste Partnerschaft und zusammenlebend mit einem (dem jüngsten) Kind unter 15 Jahren, sind 11 Prozent der Studierenden (17 Prozent der Frauen, 4 Prozent der Männer). Alleinerziehende studierende Eltern haben die Mehrfachbelastung durch Studium, Kinderbetreuung und eventuelle Erwerbstätigkeit allein zu tragen und deshalb meistens höhere Belastungen auszustehen.

Im Vergleich zu 2009 ist der Anteil an Studierenden mit Kind, die keine feste Partnerschaft haben, gestiegen (von 11 Prozent auf 14 Prozent bis 2012). Gleiches trifft auf den Anteil der Alleinerziehenden zu (von sieben Prozent auf elf Prozent bis 2012) (Middendorff 2013, S. 487).

Neun von zehn studierenden Eltern leben mit ihrem Kind in einem gemeinsamen Haushalt, Studentinnen jedoch häufiger als Studenten (96 Prozent gegenüber 81 Prozent). Die Wohnform, die am häufigsten vorkommt, ist eine gemeinsame Wohnung mit Kind und PartnerIn (68 Prozent aller Studierenden mit Kind). Mütter leben anteilig etwas häufiger als Väter mit Kind und PartnerIn in einer Wohnung zusammen (70 Prozent vs. 66 Prozent). Nicht ganz jeder zehnte Studierende wohnt mit seinem Kind allein in einer Wohnung. Etwa vier Prozent aller Studierenden mit Kind leben bei ihren Eltern, davon jeder zweite mit dem eigenen Kind zusammen. Andere Wohnformen sind unter Studierenden mit Kind nur selten anzutreffen (Middendorff 2013, S. 495).

2.1.7 Regionale Besonderheiten

In den neuen Bundesländern gibt es anteilig mehr Studierende mit Kind, der Anteil hat sich seit 2006 allerdings deutlich verringert und beträgt nur noch einen Prozentpunkt. Die Angleichung des Anteils Studierender mit Kind betrifft Männer und Frauen, die in den neuen Ländern studieren, gleichermaßen (Middendorff 2013, S. 482).

Die Kinderquote unter Studierenden hat vielfältige Einflussgrößen. Sowohl infrastrukturelle Bedingungen als auch soziokulturelle Traditionen und Einstellungen spielen eine Rolle. So haben Studierende aus Westdeutschland, die zum Studium nach Ostdeutschland gegangen sind, anteilig häufiger ein Kind als ihre in der Region verbliebenen Peers. Hier wirken sich offenbar kinderfreundlichere Bedingungen in Bezug auf die Infrastruktur und die Soziokultur in Ostdeutschland aus (BMBF 2013, S. 8).

2.1.8 Anzahl und Alter der Kinder

Im Erststudium haben Studierende mit Kind durchschnittlich 1,5 Kinder. Eltern eines Einzelkindes sind 64 Prozent, 27 Prozent haben zwei und 9 Prozent drei oder mehr Kinder. Studentinnen mit Kind haben häufiger als ihre männlichen Kommilitonen zwei Kinder (30 Prozent gegenüber 22 Prozent) (Middendorff 2013, S. 489). Die Kinderzahl korreliert hoch mit dem Familienstand: Verheiratete Studierende mit Kind haben durchschnittlich 1,7 Kinder und weisen mit 53 Prozent den geringsten Einzelkindanteil auf.

Im Rahmen der 20. Sozialerhebung wurden die Studierenden mit Kind lediglich nach dem Alter ihres jüngsten Kindes gefragt, obgleich mehr als ein Drittel mehr als ein Kind hat. Um abschätzen zu können, wie hoch der Anteil der Studierenden ist, die kleine und kleinste Kinder betreuen, scheint dies hinreichend. Das Altersprofil der (jüngsten) Kinder Studierender hat sich im Zeitverlauf kaum geändert: Die meisten haben ein Kind im Säuglings- oder Kleinkindalter. Weit mehr als jedes zweite (jüngste) Kind ist maximal drei Jahre alt. Zu dieser Gruppe gehören die 29 Prozent der Studierenden, die ein Kind haben, das nicht älter als ein Jahr ist. Ein knappes Fünftel der Studierenden betreut Kinder im Kita- bzw. Vorschulalter. Mehr als drei Viertel aller studentischen Eltern im Erststudium haben ein Kind unter

sechs Jahren, welches zumeist einer umfassenderen Betreuung bedarf als ein älteres Kind (Middendorff 2013, S. 492).

39 Prozent aller Studierenden mit Kind waren schon vor Studienbeginn Eltern, was eine Gegenüberstellung des Alters des jüngsten Kindes mit der Anzahl der absolvierten Hochschulseminer einschließlich eventueller Urlaubs- und Unterbrechungsseminer zeigt (Middendorff 2013, S. 494). Auch hier gibt es eine Geschlechtsspezifik: Studentinnen sind deutlich häufiger (47 Prozent) als Studenten (19 Prozent) bereits mit Kind in das Studium gestartet. Männer werden häufiger erst während des Studiums Vater, insbesondere im ersten und zweiten Jahr nach Studienbeginn.

Fast ein Fünftel der Studierenden haben ihr (jüngstes) Kind jedoch erst relativ spät im Studienverlauf bekommen, nämlich ab dem sechsten Jahr nach Erstimmatrikulation. Obgleich erwartet werden könnte, dass zu dieser Gruppe vor allem Frauen gehören, weil sie wegen Schwangerschaft und Kinderbetreuung längere Studienunterbrechungen haben und deshalb die Zeitspanne seit ihrer Erstimmatrikulation entsprechend lang ist, gibt es hier nur vergleichsweise geringe Unterschiede zwischen Frauen (18 Prozent) und Männern (21 Prozent) (Middendorff 2013, S. 494).

2.1.9 Bildungsherkunft

Studierende mit Kind kommen anteilig seltener aus hochgebildeten Familien als ihre Kommilitonen ohne Kind. 48 Prozent der Studierenden mit Kind haben ein Elternhaus, in dem der höchste schulische Abschluss die Hochschulreife ist. Bei Studierenden ohne eigene Kinder kommt dies mit 59 Prozent wesentlich häufiger vor. Eltern von Studierenden mit Kind haben seltener ein Universitätsstudium absolviert (28 Prozent) als die Studierenden ohne Kinder (35 Prozent), aber häufiger eine Lehre abgeschlossen (32 Prozent gegenüber 26 Prozent) (Middendorff 2013, S. 490). Dies entspricht den Familiengründungsprozessen, die gesamtgesellschaftlich zu beobachten sind. Frühere Lebensphasen und Ausbildungszeiten, wie z.B. das Studium, werden eher in unteren und mittleren Bildungsmilieus für die Gründung einer Familie genutzt (Middendorff 2013, S. 491).

2.2 Die Vereinbarkeit von Studium und Kind

In den beschriebenen Ergebnissen der Sozialerhebungen zeigen sich die Vereinbarkeitsbesonderheiten einer Gleichzeitigkeit von Studium und Kindern. Studierende Eltern sind durch den zusätzlich zu integrierenden Lebensbereich der eigenen Familie im Allgemeinen höher belastet als Studierende ohne Kinder (Cornelißen 2007, S. 14). Eine Gleichzeitigkeit von Studium und Kind kann aber auch Potenziale eröffnen.

2.2.1 Schwierigkeiten

Gerade in finanzieller Hinsicht sind viele studierende Väter und Mütter auf Verdienste aus eigener Erwerbsarbeit unbedingt angewiesen. Bei ihnen entsteht eine Mehrfachbelastung durch Kinderbetreuung, Studium und Erwerbsarbeit (Helfferich et al. 2007a, S. 181), die Studierende ohne Kind in der Form nicht haben.

Studierende mit Kind haben eine außerfamiliäre Betreuung für ihr Kind zu organisieren und müssen die unterschiedlichen Lebensbereiche miteinander vereinbaren (Cornelißen 2007, S. 14). Damit wird es oft zur Unmöglichkeit, das Studium schnell zu absolvieren. Eine hohe Dauerbelastung kann zu einer Verzögerung, Unterbrechung oder einem Studienabbruch führen (Cornelißen 2007, S. 12). Dies zeigt sich beispielsweise in der eigenen Einschätzung der (zu) hohen zeitlichen Belastung (Middendorff 2013, S. 504).

In Bezug auf das Alter zeigt sich, dass sich studierende Eltern von ihren kinderlosen Kommilitonen in den meisten Fällen hierin unterscheiden: Sie sind durchschnittlich älter und in der Alterskohorte über 30 Jahren häufiger anzutreffen als bei den unter 25-jährigen, die den größeren Teil der Studierenden insgesamt ausmachen. Das höhere Alter entspricht zwar dem gesamtgesellschaftlichen bei einer Familiengründung, bringt aber häufig neben den sich unterschiedlich darstellenden Lebensbereichen zu den kinderlosen Kommilitonen auch einen unterschiedlichen Lebensstil mit sich. So fühlen sich Studierende mit Kind eventuell als Außenseiter oder nicht ganz zugehörig im studentischen Milieu. In einer Studie in Baden-Württemberg zur Familiengründung im Studium stimmten 60 Prozent der Väter und 41 Prozent der Mütter der Aussage zu, „man gehört nicht mehr richtig dazu“ (Helfferich et

al. 2007a, S. 45/46). Das höhere Alter ergibt sich auch durch längere Studienzeiten und Studienunterbrechungen, was auf höhere Belastungen durch familiäre Aufgaben hinweist.

Die Geschlechtsspezifität spiegelt grundlegend das Bild in der Gesamtgesellschaft wieder. Alle Aspekte der Vereinbarkeit von Studium und Familie weisen geschlechtsbezogene Unterschiede in den Anteilen und Ausprägungen auf. Mit dem Übergang in das Familienleben spielen die individuellen und partnerschaftlichen Belastungssituationen mit dem Kind eine wesentliche Rolle, familiäre Arbeitsteilung und elterliche Rollen müssen neu ausgehandelt und etabliert werden (Böhm et al. 2016, S. 146). Das ist ein Bereich, den Studierende ohne Kind nicht neben dem Studium meistern müssen. Auch bei studierenden Eltern kommt es zu geschlechtsspezifischen Rollenverteilungen. Gerade in den unterschiedlichen Auswirkungen von Schwangerschaft, Geburt und dem Kümern um das Baby in den ersten Monaten ist dies zu merken.

Dies betrifft auch die Gründe für Studienunterbrechungen, welche bei den studierenden Müttern häufiger vorkommen als bei den Vätern. Während studierende Eltern einen viermal häufiger diskontinuierlichen Studienverlauf gegenüber ihren kinderlosen Kommilitonen aufweisen, betrifft dies studierende Mütter sogar sechsmal häufiger. Demgegenüber gehen studierende Väter häufiger einer Erwerbstätigkeit nach als studierende Mütter. Die Vereinbarkeitsproblematik betrifft studierende Mütter und Väter also auf unterschiedliche Weise und bedeutet für Frauen und Männer ungleiche Chancen in Bezug auf das Studium.

Studienverläufe von studierenden Eltern unterscheiden sich häufig von den Studierenden ohne Kind. Obgleich der größte Anteil Studierender mit Kind in Vollzeitstudiengängen immatrikuliert ist, findet de facto bei dem realisierten Studienaufwand bei mindestens einem Drittel nur ein Teilzeitstudium statt. Viele Studiengänge sind allerdings so konzipiert, dass sie Vollzeitstudierende voraussetzen (Helfferich et al. 2007a, S. 175). Für studierende Eltern stellt sich hier eine gravierende Vereinbarkeitsproblematik dar. Studierende können beispielsweise aufgrund fehlender Kinderbetreuung oder kranker Kinder Präsenzveranstaltungen nicht immer und häufig nicht wie gefordert besuchen (vgl. dazu auch Helfferich et al. 2007, S. 7; 136; Burck et al. 2011, S. 4). Alternative Studienformen kommen Studierenden mit Kind sehr entgegen (Burck et al. 2011, S. 3), entsprechen allerdings bislang nicht dem Angebot der Hochschulen.

Zeitnot ist ein Thema aller Eltern. Die meisten Kinder von Studierenden sind noch nicht im Schulalter und brauchen Betreuung, damit die Eltern Freiräume für das Studium haben, Lehrveranstaltungen besuchen und das Selbststudium absolvieren können. Ist die Betreuung nicht ausreichend gewährleistet, entweder indem die Betreuungsstunden in der Kindertageseinrichtung nicht mit den erforderlichen Zeiten für das Studium übereinstimmen, oder wenn das Kind krank ist, oder wenn weitere Betreuungspersonen ausfallen, können Lehrveranstaltungen nicht besucht werden. Die verschiedenen Bereiche sind im Alltag nicht immer einfach zu vereinbaren und konkurrieren um knappe Zeitressourcen (Helfferich et al. 2007b, S. 51).

Studierende mit Kind haben eine höhere Belastung, was das wöchentliche Gesamtpensum anbelangt. Sie müssen das Studium, das oder die eigenen Kind(er) und häufig eine Erwerbstätigkeit in den Alltag integrieren. Die Belastung wird teilweise sogar noch als höher wahrgenommen, als sie tatsächlich ist. Studierende Eltern wenden eine geringere Wochenstundenzahl auf, insbesondere beim Besuch von Lehrveranstaltungen. Der Umfang des Selbststudiums ist ähnlich zu dem bei Studierenden ohne Kind. Der Fokus verschiebt sich jedoch: Bei Studierenden mit Kind steht das Studium deutlich seltener im Zentrum als bei den Studierenden ohne Kind. Dies passt nicht unbedingt zu den Anforderungen eines Vollzeitstudiums.

Freizeitinteressen kommen daneben zu kurz, gerade auch im Vergleich zu Studierenden ohne Kinder. In der Studie aus Baden-Württemberg stimmen 74 Prozent der Mütter und 65 Prozent der Väter der Aussage zu, „man kann seine Freizeitinteressen nicht verwirklichen“ (Helfferich et al. 2007a, S. 44/45). Dies trifft unter Umständen auch auf nicht studierende Eltern zu, eher weniger aber auf Studierende ohne Kinder. Bei einer Entscheidung für oder gegen Kinder und die Vereinbarkeit von Kindern und Studium spielt das eine wichtige Rolle, für die allermeisten ist es in dieser Altersspanne sehr wichtig, ausreichend Zeit für Hobbys und andere Freizeitaktivitäten zu haben.

Wie anderen Eltern auch, müssen Studierende mit Kind(ern) ihre Zeitökonomie verändern. (Helfferich et al. 2007b, S. 54) Zudem sind die Anforderungen der beiden Lebensbereiche „Studium“ und „Kind“ sehr unterschiedlich und gehorchen einer anderen Zeitlogik. So äußert Helfferich, dass „die beiden spezifischen Bedingungen, ein kleines Kind zu haben und

zu studieren, und damit intellektuellen Anforderungen genügen zu müssen, (...) das Vereinbarkeitsproblem eher (verschärfen), als dass sie es mindern. Die Flexibilität im Ausweichen auf Nachtstunden zum Arbeiten ist zwar möglich, aber nicht ohne negative Folgen: Sie trägt hier eher zur Zerstörung des üblichen Zeitrhythmus bei als dass tatsächlich Vereinbarkeit möglich wird.“ (Helfferich et al. 2007b, S. 60) Daraus entsteht eine strukturelle Benachteiligung für die studierenden Eltern. In den Leistungsanforderungen der Hochschule wird nicht berücksichtigt, dass junge Eltern nur mit einem zerstückelten Zeitkontingent arbeiten können. (Helfferich et al. 2007b, S. 63)

Die Heterogenität der Gruppe der Studierenden mit Kind zeigt sich insbesondere in den finanziellen Verhältnissen. Ein größerer Teil ist durch den oder die PartnerIn mit abgesichert. Desweiteren sind studierende Eltern genauso wie Studierende ohne Kinder neben dem Studium erwerbstätig. An dieser Stelle gibt es allerdings einen größeren Druck zur Sicherung des Lebensunterhaltes durch das zu versorgende Kind bzw. die Kinder, und kann im Zusammenhang mit den anderen Lebensbereichen zu einem weiteren Stressor werden (Burck; Grendel 2011, S. 3). Insgesamt setzt sich die finanzielle Lebensgrundlage Studierender mit Kind(ern) aus unterschiedlichen Quellen zusammen. Dies zusammen zu führen und zu organisieren, muss ebenfalls neben dem Studium geleistet werden.

In Hinblick auf Lebensform und Familienstand scheinen Vereinbarkeitsthemen eher die Partnerschaft, Rollenkonstellationen usw. zu umfassen, da die allermeisten Studierenden mit Kindern in festen Partnerschaften und mit den Kindern im selben Haushalt leben. Die alleinerziehenden studentischen Eltern sind, wie alleinerziehende Eltern generell, von Belastungen in allen Bereichen des Lebens betroffen und bedürfen im Sinne der Chancengleichheit besonderer Unterstützung.

2.2.2 Potenziale

Trotz aufgezeigter Schwierigkeiten in Bezug auf eine Vereinbarkeit von Studium und Familie stellt sich die Frage, ob eine Lebensplanung, die Studium und Familiengründung zeitlich parallelisiert bei allen Schwierigkeiten nicht auch Vorteile bieten kann (Helfferich et al. 2007a, S. 7). Auf die Lebensplanung bezogen würde ein Studium mit Kindern die spätere

Phase des Berufseintritts von den mit einer Familiengründungsphase zusammenhängenden Problemen und Stressoren entlasten. Dies könnte für Mütter und Väter als positiv empfunden werden und auch bei den Arbeitgebern als positives Einstellungskriterium gelten (Cornelißen 2007, S. 14). Bei so einer zeitlichen „Entzerrung von Familiengründung und Karriere“ entspricht zudem die Qualifikation beim Eintritt in die Erwerbstätigkeit – im Gegensatz zu einem Wiedereinstieg nach einer Elternzeit oder einer längeren Erwerbspause aufgrund von Erziehungszeiten – dem neuesten fachlichen Stand (Helfferich et al. 2007a, S. 7). Eine „unkonventionelle Lebensform“ wie diese könnte auch zu anderen Mustern als den herkömmlichen, während der Kinderbetreuung und -erziehung zumeist entstehenden, führen und eine egalitärere Rollenverteilung mit sich bringen, so Cornelißen (Cornelißen 2007, S. 14).

Es wird unterstellt, dass für Studierende flexiblere Zeiteinteilungen möglich sind. Im Vergleich zu einer zumeist stetigeren Berufstätigkeit hat das Studium eine andere Zeitstruktur, die einen Rhythmus von Semester und Lehrveranstaltungsfreier Zeit vorgibt. Ein Vorteil ist, dass „insbesondere Zeiten des Selbststudiums (...) flexibel gelegt werden (können).“ (Helfferich et al. 2007b, S. 51) Prüfungsvorbereitungen und das Schreiben von Qualifikationsarbeiten sind jedoch mit einer besonders hohen zeitlichen Verausgabung verbunden. Die Zeiterfordernisse hängen zudem von dem Grad der Verschultheit des jeweiligen Studiengangs und von Regelungen bezüglich der Präsenzplicht ab (Helfferich et al. 2007b, S. 51) Das Studium kann Zeitsouveränität ermöglichen, da Teile der eigenen Arbeitszeit flexibler zu gestalten sind als dies in vielen Berufen möglich ist (Cornelißen 2007, S. 14). Im Hinblick darauf wäre ein Studium besser mit eigenen Kindern zu vereinbaren als eine darauffolgende Berufstätigkeit. Mit der stärkeren Verschulung vieler Studiengänge durch die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge schwindet allerdings zu großen Teilen die Zeitsouveränität der Studierenden (Cornelißen 2007, S. 14). Die besonderen Möglichkeiten der freien Zeiteinteilung könnten besondere Lösungen zulassen. Flexibilität wird allerdings nicht unbedingt ausschließlich als positiv empfunden. Es ist auch eine Notwendigkeit, sich planend festzulegen, oder bedeutet eine zusätzliche Anstrengung, etwas „nebenher“ zu machen, oder Zeitstrukturen immer wieder neu zu erfinden (Helfferich 2007b, S. 67).

Eine positive Auswirkung der Gleichzeitigkeit von Studium und Kind ist für einige Studierende, dass durch die Notwendigkeit der Vereinbarung beider Lebensbereiche zielstrebig studiert wird – wenn nicht eine zu hohe Belastung zu einer Verzögerung oder einem Abbruch des Studiums führen (Cornelißen 2007, S. 14).

2.3 Rahmenbedingungen

Studierende Eltern befinden sich in einer besonderen Lebenslage, die sich von der Mehrheit der Eltern und der Mehrheit der Studierenden unterscheidet. Die Gleichzeitigkeit von Studium und Kind kann eine sehr schöne Lebensphase darstellen und bedeuten, dass man seine Wünsche an das eigene Leben früh in die dafür richtigen Bahnen lenkt.

Studieren mit Kind kann allerdings Belastungen mit sich bringen, durch die diese Situation für die studierenden Eltern sehr schwer zu bewältigen ist bzw. so wahrgenommen wird. Dies kann zu einer Verzögerung oder einem Abbruch des Studiums führen. Andererseits kann es auch dazu führen, dass eine Familiengründung aufgeschoben wird und im Lebensverlauf eventuell ganz darauf verzichtet wird, weil sich nie die passende Situation dafür bietet. Studierende Frauen wie Männer wünschen sich jedoch in der überwiegenden Mehrheit für ihr Leben eine qualifizierte Berufstätigkeit ebenso wie die Gründung einer eigenen Familie mit Kindern (Meier-Gräwe 2008, S. 27, Müller 2007, S. 111).

Das Interesse an einem erfolgreichen Studienabschluss und dem anschließenden Übergang in die Berufstätigkeit ist nicht nur ein individuelles Ziel für die betreffenden Personen. Auch aus der Makroperspektive, gesellschaftlich und politisch, ist dies von Belang und gewollt. Genauso relevant ist auch, dass Familien gegründet und Kinder geboren werden (vgl. dazu Teil 3 dieser Arbeit).

Die unterschiedlichen Lebensbereiche – Hochschule und eigene Kinder, häufig kommt dazu noch eine Erwerbstätigkeit – stehen sich zumeist in ihren Anforderungen entgegen. Es entstehen Konflikte oder Dilemmata, wenn sich die einzelnen Lebensbereiche und die dazu gehörigen Rollen bzw. -erwartungen nicht gut miteinander vereinbaren lassen, oder sich sogar gravierend widersprechen (Vedder 2004, S. 107). Studierende Eltern sind zum einen eine Minderheit in ihrem Umfeld und bewegen sich zum anderen in einem sozialen Raum,

dessen Rhythmen, Regeln und Kommunikationsstrukturen sie oft nicht gerecht werden können (Helfferrich et al. 2007a, S. 7/8).

Studieren mit Kind bedeutet, dass das Leben „(...) in der Regel durch kompliziertes Ausbalancieren der zeitlichen Anforderungen des Studiums, der Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen, der Zeitpläne von Betreuungspersonen und der Notwendigkeiten, die sich aus den Bedürfnissen des Kindes ergeben (...)“ geprägt ist (Flügge 2007, S. 103). Studierende Eltern unterscheiden sich durch diese vielfältigen Anforderungen unterschiedlicher Lebensbereiche deutlich von ihren kinderlosen Kommilitonen. Jedoch scheint die Vereinbarkeit von Studium und Kind(ern) zumeist als individuelle Aufgabe gesehen zu werden, die Gruppe studierender Eltern findet keine große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit (Meier-Gräwe 2008, S. 26). Middendorff stellt fest, dass studierende Eltern in der Wahrnehmung aller Beteiligten weiterhin eine Randposition einnehmen: „Ein Studium mit Kind zu absolvieren, ist in Deutschland keine Selbstverständlichkeit – für die studierenden Eltern nicht, für ihre kinderlosen Kommilitonen und Kommilitoninnen ebenso wenig wie für deren Hochschullehrerinnen und -lehrer.“ (Middendorff 2007, S. 33) Aus dieser Haltung resultieren vielfach unzureichende Rahmenbedingungen, die ein wesentlicher Faktor für die gleichbleibend niedrige Zahl Studierender, die während des Studiums Kinder haben oder bekommen, sind: „Der geringe Anteil Studierender mit Kind kann jedoch als Ausdruck und Folge von Bedingungen interpretiert werden, die eine Familiengründung während des Studiums nicht fördern und Eltern nicht ermutigen, im Studium zu verbleiben bzw. es (wieder) aufzunehmen.“ (Middendorff 2007, S. 33)

Um den Balanceakt, die unterschiedlichen „Systemlogiken“ von Hochschule und Familie zu einem funktionierenden Ganzen zusammenzufügen, zu vollbringen, gäbe es einen Bedarf an unterstützenden Rahmenbedingungen, Vorbildern und Anerkennung für studierende Eltern, so Müller (Müller 2007, S. 115). Sie formuliert drei Gestaltungsbereiche, die aus bisherigen Forschungen als die zentralen herausgearbeitet werden und an denen sich die Diskussionen um Unterstützungsleistungen bzw. fehlende Voraussetzungen für eine Vereinbarkeit von Studium und Kind(ern) orientieren. Dies sind Zeitstrukturen, die finanzielle Sicherung und Infrastruktur (Müller 2007, S. 115; Middendorff 2013, S. 2). Die Rahmenbedingungen in diesen drei Bereichen werden nachfolgend thematisiert.

2.3.1 Zeitstrukturen und Studienorganisation

Zeitnot ist ein wichtiges Thema für studierende Eltern, wie vorhergehend aufgezeigt. Helfferich/Hendel-Kramer/Wehner sehen dies als entscheidenden Faktor der Vereinbarkeit: „Vereinbarkeit ist im Wesentlichen eine Frage der Zeit: Die zu vereinbarenden Bereiche konkurrieren um knappe Zeitressourcen.“ (Helfferich et al. 2007b, S. 51)

Das Studium ist hauptsächlich auf Vollzeitstudierende ausgerichtet. Studienpläne der Hochschulen sind zumeist an diesem Modell des Vollzeitstudiums orientiert, dem Eltern aber in der Realität kaum nachkommen können (Helfferich et al. 2007a, S. 175). Anwesenheitspflichten bei Veranstaltungen können problematisch werden, wenn bestimmte Pflichtmodule zu Zeiten stattfinden, zu denen keine Kinderbetreuung angeboten wird (Flügge 2007, S. 94; Helfferich et al. 2007a, S. 176), die Kinder krank sind oder andere Betreuungspersonen ausfallen (Helfferich 2007a, S. 130 ff., S. 177). Studierende Eltern können dann Lehrveranstaltungen nicht besuchen. Durch die Anwesenheitspflicht haben Studierende keine Möglichkeit, sich die Kompetenzen über alternative Lernmaterialien anzueignen. Lösungsmöglichkeiten, dieser Herausforderung zu begegnen, wären flexible Wahlmöglichkeiten einzelne Module und somit den Stundenplan betreffend oder Möglichkeiten des virtuellen Lernens wie z.B. virtuelle Lehrveranstaltungen, E-Learning und Blended-Learning (Buß et al. 2015, S. 4/5, Helfferich, 2007a, S. 130 ff., S. 176, Flügge 2007, S. 94).

Flexibilität der Studienstrukturen, Lernorte und Lernzeiten sind für die Gruppe Studierender mit Kind(ern) hoch relevant, um das Studium in einer angemessenen Zeit abschließen zu können (Buß et al. 2015, S. 5). Dies betrifft alle Bereiche des Studiums: den Scheinerwerb, den Stundenplan, den Studienaufbau und -ablauf, Flexibilität bei Prüfungsterminen, -fristen und -abgaben, Praktikumszeiten und Praxissemester... bis hin zu Möglichkeiten eines Teilzeitstudiums bzw. generell individueller Studienmöglichkeiten und -pläne (Helfferich et al. 2007a, S. 175). Hilfreich wäre es auch, Veranstaltungs- und Prüfungspläne mindestens einen Monat im Voraus zu veröffentlichen, um allen Studierenden die Chance auf Teilnahme zu ermöglichen (Buß et al. 2015, S. 6).

Das Konstrukt des „Normalstudierenden“, das noch immer als Maßstab für die Regelstudienzeiten gilt, ist im Schwinden begriffen. Nicht nur Studierende mit Kindern absolvieren streckenweise ein Teilzeitstudium, auch ein Viertel ihrer kinderlosen KommilitonInnen sind de facto Teilzeit-Studierende. Die Hochschullandschaft in Deutschland muss sich darauf einrichten, dass Diversity auch für sie ein handlungsrelevantes Thema wird, das zu ignorieren sie sich nicht leisten kann. Will sie für junge, gut ausgebildete Menschen attraktiv bleiben, muss sie deren unterschiedlichen Bedürfnissen – eben auch denen studierender Eltern – gerecht werden. (Helfferich et al. 2007a, S. 181) Es geht im Sinne der Chancengleichheit darum, das Studium auch für studierende Eltern studierbar zu machen (Helfferich et al. 2007a, S. 176)

Die „Studierbarkeit“ (Studierbarkeit wird als Ausdruck häufig genutzt, ist jedoch als Konzept noch nicht ausreichend klar definiert. Vgl. hierzu auch Burck; Grendel 2011, S. 100) soll mit den gestuften Studienstrukturen und der Akkreditierung von Studiengängen durch die Veränderungen mit den Bologna-Reformen seit 1999 verbessert werden (Buß et al. 2015, S. 1). Gleichzeitig legt der Akkreditierungsrat Wert auf die Berücksichtigung von Diversität der Studierendenschaft, die Gleichstellung und die Bedarfe von Studierenden mit Handicap. Die Bedarfe einer sehr heterogenen Studierendenschaft werden jedoch bisher kaum mit einer Studierbarkeit zusammengebracht. Eine Studierbarkeit wird hauptsächlich für Vollzeitstudierende geprüft (Buß et al. 2015, S. 1).

Es deuten sich politisch aber Änderungen an. Mehrere Bundesländer fördern ein Teilzeitstudium, und Diversity Management ist an vielen Hochschulen ein geläufiges Stichwort. Mit dem Wettbewerb 'Aufstieg durch Bildung: Offene Hochschulen' werden Konzepte gefördert, die die Studierbarkeit für Berufstätige, beruflich Qualifizierte und Studierende mit Familienpflichten in den Blick nehmen (so auch der berufsbegleitende Master-Studiengang Angewandte Familienwissenschaften). Diese Studierenden haben neben dem Studium zeitliche Verpflichtungen, so dass Studierbarkeit und Studienerfolg aus einem neuen Blickwinkel zu betrachten sind (Buß et al. 2015, S. 1).

Da die Diversität der Studierendenschaft zunehmend eine Rolle spielt, wird nun ein weiteres Kriterium eingeführt. Dieses Kriterium ist der Grad der Flexibilität. Wenn eine Hoch-

schule die zeitlichen Ressourcen und außerhochschulischen Verpflichtungen ihrer Studierenden ernst nehmen möchte, sollte sie deren zeitliche Restriktionen berücksichtigen und das Konzept des Vollzeitstudierenden auf den Prüfstand stellen. Die Flexibilität kann sich innerhalb eines Vollzeitstudiengangs u. a. in Wahlmöglichkeiten, Lernorten oder Fristen manifestieren. Ein Teilzeitstudium institutionalisiert die Anforderungen von Studierenden, die nicht ihre gesamte Zeit für das Studium aufwenden können (Buß et al. 2015, S. 2).

Die Neustrukturierung der Hochschulausbildung nach dem Bologna-Prozess in Bachelor- und Masterstudiengänge könnte eine Verbesserung der Studienbedingungen für studierende Eltern nach sich ziehen. Durch modularisierte Studiengänge nach den Bologna-Reformen soll eine hohe Flexibilisierung ermöglicht werden. Es soll möglich sein, für jedes Modul eine Prüfung zu absolvieren, wann es passt. In der Praxis stellt sich dies häufig gegensätzlich dar, wenn z.B. Modul B nur absolviert werden kann, wenn Modul A bereits geschafft wurde oder wenn viele Module über mehrere Semester am Stück studiert werden müssen (Flügge 2007, S. 93). Zudem steht der verschulte Charakter dieser Studiengänge der Flexibilität, die eine Vereinbarkeit von Studium und Familie erfordert, entgegen (Helfferich et al. 2007a, S. 176).

Die Zeiterfordernisse hängen stark von dem Grad der Verschultheit des jeweiligen Studiengangs und von Regelungen bezüglich der Präsenzpflcht ab. Eine eventuell größere Flexibilität des Studiums im Vergleich zur Arbeitswelt erschwert andererseits eine Trennung der einzelnen Lebensbereiche. Diese widersprechen sich aber in ihren Anforderungen und Strukturen teilweise gravierend. Demgegenüber ist das Arbeitsleben mit festen Arbeitszeiten, „(...) denen Überschaubarkeit und Begrenztheit zugeschrieben wird (...)“, klarer strukturiert als die „amorphe Arbeitszeit des Studiums“. (Helfferich et al. 2007b, S. 58)

Helfferich/Hendel-Kramer/Wehner sehen in letzterem Schwierigkeiten, da die Anforderungen des Studiums einer anderen Zeitlogik gehorchten als die Aufgaben der Betreuung eines kleinen Kindes. Die zeitlichen Anforderungen und Zeitökonomien der beiden Bereiche Studium und Kinder schließen sich gegenseitig aus. „Die beiden spezifischen Bedingungen, ein kleines Kind zu haben und zu studieren, und damit intellektuellen Anforderungen genügen zu müssen, verschärfen das Vereinbarkeitsproblem eher, als dass sie es mindern. Die Flexibilität im Ausweichen auf Nachtstunden zum Arbeiten ist zwar möglich, aber nicht ohne

negative Folgen: Sie trägt hier eher zur Zerstörung des üblichen Zeitrhythmus bei als dass tatsächlich Vereinbarkeit möglich wird.“ (Helffferich et al. 2007b, S. 60)

Generell haben Studierende mit Kind in der Regel weniger zeitliche Flexibilität als Studierende ohne familiäre Verpflichtungen. Dies wirkt sich auf die Dauer und damit auch auf die Kosten des Studiums aus, ebenso wie es die Möglichkeiten schmälert, neben dem Studium noch Geld zu verdienen (Flügge 2007, S. 93). So unterschiedlich wie Studierende mit Kindern in ihren Zeitbedürfnissen sind, sind sie auch in den finanziellen Grundlagen.

2.3.2 Finanzielle Sicherheit

Das Familieneinkommen Studierender mit Kind(ern) setzt sich meist aus verschiedenen Quellen zusammen (vgl. dazu Teil 2.1.5). Generell gibt es bei studierenden Eltern einen höheren Druck, das Familieneinkommen zu erwerben, durch die Verantwortung, für das oder die Kind(er) zu sorgen (vgl. dazu Teil 2.2).

Verschiedene Regelungen in der Bundesrepublik, bundesweit oder je nach Bundesland unterschiedlich, sollen entweder Eltern oder Studierende unterstützen (Wassermann 2005). Studierende Eltern brauchen Unterstützung für die besondere Situation der Gleichzeitigkeit von Studium und Kind. Aus den unterschiedlichen Quellen können sie sich Leistungen und Angebote zusammensuchen. Da die notwendigen Geldmittel aus verschiedenen Quellen gespeist werden, kann es sehr schwer sein, alle vorgesehenen Leistungen zu finden, um sie in Anspruch nehmen zu können. Zudem gibt es durch die Vielzahl der Ansprüche und die Komplexität der rechtlichen Grundlagen ein hohes Fehlerrisiko bei den Bewilligungen und Berechnungen. Flügge fordert hier zur Abhilfe eine Stelle, bei der alles zentral beantragt und abgeklärt werden könne (Flügge 2007, S. 103).

Informations- und Beratungsstellen wie die der Studierendenwerke, der Hochschulen, der Allgemeinen Studierendenausschüsse usw. sollen Hilfe leisten. Auf der Website des Deutschen Studentenwerkes können Studierende eine Liste der verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten finden: Dies sind Betreuungskostenzuschüsse vom Jugendamt, Elterngeld, Kinderbetreuungszuschlag im BAföG, Kindergeld, Kinderzuschlag, Landeserziehungsgeld (in

Bayern und Sachsen), Mutterschaftsgeld, Sozialgeld für das Kind, Stiftungsmittel, Unterhaltsgeld/Unterhaltsvorschuss (Deutsches Studentenwerk 2016).

Im Sinne der Chancengleichheit für studierende Eltern gegenüber ihren kinderlosen Kommilitonen ist es wichtig, dass studierende Eltern trotz anderer Grundbedingungen nicht höhere Studienkosten – beispielsweise durch längere Studienzeiten – haben. Kosten für Module, die nicht von der Dauer des Studiums abhängig sind oder die Möglichkeiten, ein Studium als „Teilzeitstudium“ deklarieren zu lassen, so dass keine Mehrkosten aufgrund der Betreuung von Kindern oder anderer die Familie betreffenden Gründe entstehen, würden die Situation studierender Eltern verbessern (Flügge 2007, S. 95). Dies betrifft nicht nur Hochschulgebühren, sondern auch Unterstützungsleistungen wie das Bundesausbildungsförderungsgesetz, welches immer von einem Vollzeitstudium ausgeht (BAföG) sowie Rückzahlungsregelungen für die zur Finanzierung der Studiengebühren aufgenommenen Kredite (Flügge 2007, S. 95). Nach Flügge könnten sich finanzielle Sicherheiten auch auf eine Entscheidung für oder gegen eigene Kinder während des Studiums auswirken. Zu große finanzielle Schwierigkeiten könnten zu einem Abbruch des Studiums führen (Flügge 2007, S. 96, S. 101).

Ein wichtiger finanzieller Posten, den Studierende mit Kind im Gegensatz zu den Studierenden ohne Kinder zu tragen haben, sind die Betreuungskosten. Können die studierenden Eltern die Mittel nicht selbst aufbringen, zahlt in der Regel das Jugendamt die Gebühren. Probleme treten auf, wenn die Studierenden ihre Kinder in einer Einrichtung der Hochschule anmelden möchten, aber in einer anderen Kommune wohnen. Die Bundesländer sollten Regelungen treffen, wonach die Jugendämter auch zur Übernahme der Betreuungskosten am Studienort verpflichtet werden (Flügge 2007, S. 99). Generell beteiligen sich die Städte und Gemeinden an den Betreuungskosten, es ist jedoch bundesweit sehr unterschiedlich, in welchem Ausmaß dies geschieht. In einigen Bundesländern ist eine begrenzte Betreuung inzwischen sehr kostengünstig oder gar kostenlos für die Eltern, in anderen wiederum haben die Eltern eine sehr hohe Beteiligung an den Betreuungskosten (Nienhaus; Henning 2012).

Helfferrich/Hendel-Kramer/Wehner haben mit ihrer Studie in Baden-Württemberg zur Familiengründung im Studium herausgefunden, dass studierende Eltern sich generell mehr

finanzielle (staatliche) Unterstützung, Entlastung und finanzielle Absicherung wünschen. Konkret genannt werden (Helfferich et al. 2007a, S. 177):

- eine kostenlose Kinderbetreuung
- mehr Kindergeld
- Erziehungsgeld für eine längere Dauer
- ein existenzsicherndes Erziehungsgehalt oder eine Art „Extra-Finanzhilfe ohne Rückzahlung“
- Kredite ohne Rückzahlung
- die voraussetzungslose Gewährung von Sozialhilfe und Wohngeld
- ein Bundes- und Landeserziehungsgeld
- Entbindungsgeld für Studentinnen
- Mutterschaftsgeld
- die finanzielle Absicherung in Urlaubssemestern,
- ein einkommensunabhängiges BAföG (Bundesausbildungsförderungsgesetz),
- Betreuungszuschläge für Studierende mit Kindern
- eine flexible Gestaltung der Förderungszeiten
- eine leichtere, unbürokratische Antragsstellung

2.3.3 Infrastruktur

Es bestehen vielfache Wechselbeziehungen zwischen der Zeitproblematik, den Anforderungen des Studienalltags und den Möglichkeiten der Kinderbetreuung (Helfferich et al. 2007a, S. 136). Neben den Möglichkeiten der Kinderbetreuung ist die soziale Infrastruktur, die Staat, Hochschulen, Studierendenwerke oder andere Einrichtungen bereitstellen (z.B. BAföG, Mensen, Wohnmöglichkeiten, Beratungsangebote) für studierende Eltern ein be-

stimmender Faktor (Middendorff et al. 2013, S. 2). Die Kinderbetreuung wird von zahlreichen Autoren als ein Kernfaktor der Vereinbarkeit zwischen Familie und Studium definiert, da sie Freiräume für Lernprozesse ermöglicht (z. B. Middendorff et al., 2013; Cornelißen; Fox, 2007; Helfferich et al., 2007a).

Hochschulen sind nicht unbedingt Orte der Familienfreundlichkeit (Vedder 2004, S. 108 ff.; Helfferich et al. 2007a, S. 181). Die Zeitstruktur eines Studiums, die Studienbedingungen und Prüfungsordnungen sind an Studierenden orientiert, die frei über ihre Zeit verfügen können. Der Alltag mit kleinen Kindern ist nicht immer vorhersehbar, kollidiert häufig mit vorgegebenen Strukturen und ist dann nur mit Anstrengung zu meistern. Täglich wechselnde Stundenpläne, Lehrveranstaltungen außerhalb der regulären Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen, kurzfristig sich ändernde Sprechstunden- oder Gruppenarbeitstermine machen ständig wechselnde Arrangements der Kinderbetreuung erforderlich. Das Angebot an hochschulnahen, ganztags geöffneten Betreuungseinrichtungen vor allem für unter dreijährige Kinder, das für die Eltern Zeiträume schaffen könnte, ist ungenügend. Auch dadurch wird studierenden Eltern die gleichberechtigte Teilnahme am Studienprozess erschwert (Helfferich et al. 2007a, S. 181).

Durch Art und Umfang ihrer Angebote entscheiden Kinderbetreuungseinrichtungen darüber mit, wie und wann Eltern junger Kinder einer geregelten Berufs- oder Qualifizierungstätigkeit nachgehen können. Die Bedeutung der institutionellen Fremdbetreuungsmöglichkeiten am Wohn-, Arbeits- oder Studienort wächst mit abnehmender Bedeutung familiärer Netzwerke (die Großeltern sind eventuell selbst noch berufstätig oder leben in einer anderen Stadt). Für die Finanzierung solcher Angebote kommen in der Regel entweder der Staat (Bund, Länder, Gemeinden), kirchliche und freie Träger, die Familien selbst (über Elternbeiträge) sowie die Studentenwerke und Hochschulen (als Träger oder Co-Finanziers) auf. Alle vier Parteien klagen regelmäßig über Geldmangel oder fühlen sich nicht zuständig, was den Ausbau einer angemessenen Betreuungsinfrastruktur erschwert (Vedder 2004, S. 111).

Im Bereich der Kinderbetreuung sind Studentenwerke als Anbieter wichtig, da im Allgemeinen immer noch eine Unterversorgungssituation besteht. So geben in einer Untersuchung zu Dienstleistungen der Studentenwerke und Studienverlauf beispielsweise 27 Prozent der

Studierenden, deren Kinder nicht in einer Betreuungseinrichtung betreut werden, als Grund hierfür an, noch keinen Platz erhalten zu haben. In dieser Hinsicht ist davon auszugehen, dass die Studentenwerke durch ihre Angebote die Voraussetzungen für das Absolvieren eines Hochschulstudiums für Studierende mit Kind verbessern. (Jaeger et al. 2014, S. 5, S. 72) Die Relevanz, die Studierende den in Anspruch genommenen Betreuungseinrichtungen für das eigene Fortkommen im Studium beimessen, wird an der Beurteilung der Aussage „Ohne die Unterstützung bei der Kinderbetreuung durch eine Einrichtung hätte ich mein Studium nicht aufnehmen bzw. fortführen können“ deutlich: 90 Prozent aller Studierenden, deren Kind(er) (im Alter zwischen null und sechs Jahren) tagsüber in einer Einrichtung betreut wird/werden, stimmen dieser Aussage zu (Jaeger et al. 2014, S. 72).

Für die Studierenden, deren Kinder nicht durch Kindertagesstätten oder Tagesmütter betreut werden, ist eine flexible Kurzzeitbetreuung an der Hochschule von hoher Bedeutung, um die Kinder zu Vorlesungs- und Prüfungszeiten betreuen zu lassen. 67 Prozent der Studierenden mit Kind einer Effektiv!-Studie zur Familienfreundlichkeit wünschen sich eine solche flexible Einrichtung. Darüber hinaus formulieren 56 Prozent der Studierenden mit Kind den Bedarf an einer Ganztagesbetreuung am Hochschulstandort (Kunadt et al., 2014, S. 70).

Flexible Betreuungsangebote würden dem Problem hinsichtlich Öffnungszeiten der Einrichtungen, die oftmals nicht alle Zeiten abdecken, in denen Lehrveranstaltungen angeboten werden, in gewissem Umfang Abhilfe schaffen. Hochschulen sind hier gefordert, flexible Betreuungsangebote zu schaffen. Zudem wäre eine Unterstützung einer Vernetzung und wechselseitiger Hilfe der studierenden Eltern durch die Hochschulen hilfreich (Flügge 2007, S. 99; Helfferich et al. 2007a, S. 173). An dieser Stelle ist zu prüfen, wie die unterschiedlichen Bedürfnisse und Anforderungen der unterschiedlichen Lebensbereiche gut einhergehen können. Ist die Betreuung sehr flexibel, kann sie vielleicht Zeiten der Lehrangebote abdecken, aber nicht mit dem Tagesablauf eines Kindes übereinstimmen oder die Verlässlichkeit und Gleichmäßigkeit bieten, die Kleinstkinder brauchen.

Für die Bewältigung der spezifischen Herausforderungen, mit denen studierende Eltern konfrontiert sind, benötigen sie Informationen und Beratung (Jaeger et al. 2014, S. 69). Der Beratungsbedarf der Studierenden mit Kind ist vielfältig und reicht von der Vermittlung von

Kinderbetreuung über die Gestaltung der Studienplanung bis hin zu psychosozialer Beratung. Die Mehrzahl der Studierenden wünscht sich Informations- und Beratungsangebote, jedoch nimmt sie nur ein geringer Anteil in Anspruch (Buß et al. 2015, S. 8).

Um studierende Eltern, aber auch schwangere Studentinnen und werdende Väter in ihrer besonderen Lebenssituation zu unterstützen, stellen ihnen die Studentenwerke spezielle Beratungsangebote zur Verfügung (Jaeger et al. 2014, S. 70). Dies sind Beratungen und Soziale Dienste, die die Studienfinanzierungsberatung, die Psychosoziale Beratung, die Beratung von Studierenden mit gesundheitlicher Beeinträchtigung und von Studierenden mit Kind sowie den Bereich Kinderbetreuung umfassen. Eine vergleichsweise hohe Nutzung zeigt sich vor allem für die Studienfinanzierungsberatung sowie bei Studierenden mit Kind. Für alle Beratungsleistungen ergeben sich aus den direkten Bewertungen der Studierenden insofern Anhaltspunkte für erfolgsförderliche Wirkungen der Studentenwerksleistungen, als dass jeweils ein Teil der Studierenden diesen Leistungen eine hohe Bedeutung für den weiteren Studienverlauf beimisst (Jaeger et al. 2014, S. 5).

Der öffentliche Auftrag der Studentenwerke liegt in der Förderung der wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Belange der Studierenden. Durch die Bereitstellung von Dienstleistungen, wie z. B. in den Bereichen Wohnen, Gastronomie oder Finanzierungsberatung, verfolgen die Studentenwerke das Ziel, die Studierenden bei der Bewältigung der Studienanforderungen – bezogen auf den Zugang zum Studium, den Studienverlauf und den Abschluss – zu unterstützen (Jaeger et al. 2014, S. 7). Bedarf an Informationen und Beratung zum Thema „Studium und Kind“ ergibt sich für studierende Eltern nicht allein durch die Tatsache, dass sie ein Kind haben, sondern vielmehr aus den persönlichen Lebensumständen. (Jaeger et al 2014, S. 70 ff.)

Die Beratung der Studentenwerke für Schwangere und Studierende mit Kind zielt darauf ab, diese Studierenden in ihrer besonderen Lebenssituation zu unterstützen, z. B. durch Bereitstellung relevanter Informationen, durch das Aufzeigen von Lösungsmöglichkeiten etwa bei Finanzierungsproblemen oder durch Weitervermittlung an andere Stellen/Institutionen, die zur Problemlösung beitragen können. Auf diesem Wege kann die Beratung des Studentenwerks (zumindest indirekt) zur Sicherstellung der Rahmenbedingungen beitragen, die für ein erfolgreiches Studium erforderlich sind. (Jaeger et al. 2014, S. 72)

Auf der Website des Deutschen Studentenwerks wird auf Sozialberatungsstellen, Psychologische Beratungsstellen und Kinderbetreuungseinrichtungen der jeweiligen Studentenwerke hingewiesen, die studierenden Eltern vielseitige Unterstützung bieten sollen. Ansprechpersonen in den Hochschulen wären bei der allgemeinen Studienberatung, den Prüfungsämtern (z.B. bei Fragen, die Fristverlängerungen betreffen), dem Allgemeinen Studentenausschuss (AStA), der Gleichstellungsbeauftragten und dem Familienservice-Büro zu finden.

2.3.4 Familienfreundliche Hochschule

Um die beiden Lebensbereiche Studium und Kind miteinander zu verknüpfen, sind entsprechenden Rahmenbedingungen nötig. Um eine gut gelingende Vereinbarkeit zu erreichen, sollten solche Rahmenbedingungen gewollter Bestandteil der Hochschulpolitik sein und an deren Planung alle Ebenen und beteiligten Gruppen mitwirken. Zudem wäre eine gute Einbindung der Hochschule in ihr lokales Umfeld sinnvoll. Akteure aus der Lokalverwaltung, Politik, Wirtschaft und sozialen Einrichtungen sollten hier kooperieren (Müller 2007, S. 111/112).

Die Vereinbarkeit von Familie und Studium ist in der familienfreundlichen Gestaltung der Hochschulen, gerade hinsichtlich der zunehmenden Akademisierung des Bildungssystems, bedeutsam. Familiengerechte Hochschulen können zusätzliche familienpolitisch nutzbare Zeitpotenziale erschließen helfen und damit Studierende dabei unterstützen, nicht mehr überdurchschnittlich lange zu studieren und überdurchschnittlich häufig ein begonnenes Studium abzubrechen (BMFSFJ 2012a, S. 8/9). Hochschulen versuchen, gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels der bundesdeutschen Gesellschaft, familienfreundlicher zu werden, da es einen verschärften Standortwettbewerb um Studierende sowie um qualifizierte wissenschaftliche Fach- und Führungskräfte in Lehre und Forschung geben wird. Standortfaktoren wie Bedingungen zur Vereinbarkeit von Studium, Wissenschaftskarriere und Familie gewinnen auch in diesem Prozess an Bedeutung (Meier-Gräwe 2008, S. 28).

Bihler/Langer/Müller sehen bei deutschen Hochschulen noch ein großes Potenzial in Bezug auf Familienförderung, nur ein Drittel dieses Potenzials würde umgesetzt, und der Stellenwert der Familienförderung könne deutlich gesteigert werden. Trotz einer wachsenden Bedeutung und Wahrnehmung des Themas, besitzt Familienförderung an deutschen Hochschulen noch einen geringen Stellenwert. Die Entscheidungstragenden der Hochschulen setzten offenbar andere Prioritäten und übersähen gerade angesichts der sinkenden Bevölkerungs- und Studierendenzahlen die Wichtigkeit und Dringlichkeit, gut qualifizierte junge Menschen mit Familienpflichten zu fördern, mit attraktiven Angeboten an die Region zu binden, für Diversität zu sorgen und Chancengleichheit zu verwirklichen (Bihler et al. 2010, S. 51). Insbesondere scheint es häufig an einer institutionellen Verankerung zu fehlen, um die bereits vorhandenen familienfördernden Maßnahmen zu kommunizieren und nachhaltig weiterzuentwickeln (Bihler et al. 2010, S. 52).

Dem Bundesministerium für Bildung und Forschung gehe es darum, so Bundesministerin Prof. Dr. Johanna Wanka, strukturelle Maßnahmen zu identifizieren, um die Situation bezüglich der Familienfreundlichkeit an Hochschulen zu verbessern (BMBF 2013, Vorwort). Von März 2011 bis Februar 2014 führte das CEWS (Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung) das vom BMBF geförderte Projekt „Effektiv! – Für mehr Familienfreundlichkeit an deutschen Hochschulen“ durch. Im Mittelpunkt dieses Projektes stehen Fragen nach der Wirksamkeit von Maßnahmen zur Familienfreundlichkeit (BMBF 2013, S. 12). Die Bandbreite familienfreundlicher Maßnahmen an deutschen Hochschulen nehme zu, so Kunadt (BMBF 2013, S. 12). Kinderbetreuungsangebote, Eltern-Kind-Zimmer, Teilzeitstudiengänge oder Teilzeitprofessuren, Freisemester oder Beratungsangebote sind einige der vielfältigen Maßnahmen, mit denen die Vereinbarkeit von Wissenschaft und Familie verbessert werden soll. Offene Fragen seien jedoch immer noch, was eine Hochschule für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler genauso wie für Studierende tatsächlich familienfreundlich macht und welche Maßnahmen am besten dabei helfen, einen wissenschaftlichen Werdegang bzw. ein Studium mit Familie gut zu vereinbaren. Hier setzte Effektiv! an, um die bestehenden Initiativen und Maßnahmen, insbesondere hinsichtlich ihrer Wirkungen, neu in den Blick zu nehmen (BMBF 2013, S. 12).

Ziemlich eindeutig zeige sich, dass es an systematischem Wissen zur Wirksamkeit familienfreundlicher Maßnahmen mangle. Festzustellen sei, dass die Hochschulen ihre Aktivitäten auf die Implementierung und den Ausbau einzelner Maßnahmen konzentrieren, insbesondere auf Kinderbetreuungsangebote. Als Planungsgrundlage führen die Hochschulen in der Regel Situations- und Bedarfsanalysen durch, meist mit Blick auf die Eltern an der Hochschule. So gesehen stünden deutsche Hochschulen auf den ersten Stufen eines Prozesses, der im nächsten Schritt die umfassende Evaluation der angestoßenen Initiativen und Maßnahmen beinhalten sollte, so Kunadt (BMBF 2013, S. 16). Insgesamt schätzten Beschäftigte und Studierende in diesen Studien die Familienfreundlichkeit an deutschen Hochschulen als eher negativ ein (BMBF 2013, S. 16).

Verschiedene weitere Maßnahmen des Bundesministeriums sollen die Familienfreundlichkeit an deutschen Hochschulen stützen. „Erfolgsfaktor Familie“ soll die betriebliche Kinderbetreuung auch an den Hochschulen vorantreiben (BMBF 2013, S. 12). Seit 2001 bietet die berufundfamilie gGmbH mit dem „Audit familiengerechte Hochschule“ ein Instrument zur Steuerung und Weiterentwicklung familiengerechter Arbeits-, Forschungs- und Studienbedingungen an Universitäten und Fachhochschulen an. Ziel ist eine tragfähige Balance zwischen den Belangen der Hochschule und den familiären Bedarfen ihrer Beschäftigten und Studierenden zu erreichen und diese langfristig in der Hochschule zu verankern. Neben der Verleihung des öffentlichkeitswirksamen AuditZertifikats profitieren Hochschulen, die das Audit durchführen, auch vom Netzwerk und dem Erfahrungsaustausch der auditierten Hochschulen untereinander – insbesondere im Rahmen der regelmäßig stattfindenden themenspezifischen Netzwerktreffen (BMBF 2013, S. 13). Weitere Audits zur Familiengerechten Hochschule wurden beispielsweise mit Stiftungen entwickelt und sollen als Managementinstrument genutzt werden, um Leitbilder und Arbeitsstrukturen, die die Vereinbarkeit von Studium und familiären Pflichten erleichtern, zu entwickeln und zu implementieren (Helfferrich et al 2007a, S. 178).

Auch mit dem Programm „Familie in der Hochschule“, initiiert von der Robert- Bosch- Stiftung und dem Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer im Bundesministerium des Innern in Zusammenarbeit mit dem Centrum für Hochschulentwicklung, wird seit 2007 das Ziel verfolgt, deutsche Hochschulen familienfreundlicher zu gestalten.

Zwölf Hochschulen haben im Rahmen eines Best Practice Clubs Konzepte und Ideen für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Studium bzw. Beruf an Hochschulen entwickelt. Diese Erkenntnisse wurden einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. In 19 Teilprojekten finden sich Beispiele für familienfreundliche Angebote und Dienstleistungen an Hochschulen, familienorientierte Studienbedingungen und regionale Allianzen für Familienfreundlichkeit mit der Wirtschaft (BMBF 2013, S. 13). Daneben gibt es „Lokale Bündnisse für Familie“, in deren Rahmen sich Akteure aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft in bundesweit rund 670 Netzwerken für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in allen Berufsfeldern einsetzen. Auch Hochschulen gehören zu diesen Bündnispartnern. Die Initiative wird seit 2004 vom BMFSFJ getragen und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds kofinanziert (BMBF 2013, S. 13).

Ob diese Maßnahmen tatsächlich den Bedürfnissen der Zielgruppen angemessen entsprechen und die Strukturen günstig beeinflussen, wird sich zukünftig zeigen und entscheidend für eine Familienfreundlichkeit an den Hochschulen sein, so Lind, die am CEWS und dem Projekt „Effektiv!“ mitarbeitete (BMBF 2013, S. 6).

3. Studium und Elternschaft als familienpolitisches Thema

Zu den wichtigsten Lebenszielen der überwiegenden Mehrheit aller jungen Frauen und Männern gehört es, wie bereits angeführt, eine Familie zu gründen und Kinder zu haben. Genauso wichtig ist ihnen auch eine gute Ausbildung und ein guter Beruf (Filipp et al. 2011, S. 1). Diese beiden Lebensziele zu verfolgen ist – gerade für Frauen – eine schwierige und mitunter belastende Aufgabe (Filipp et al. 2011, S. 1). Die Vereinbarkeit der beiden Lebensbereiche Beruf und Familie ist aus politischer Sicht inzwischen nicht mehr nur die individuelle Aufgabe jeder Familie selbst (Fuchs 2014, S. 11, Institut für Demoskopie Allensbach 2004, S. 1), sondern wird in der Familienpolitik vermehrt diskutiert und zur politischen Aufgabe gemacht. Seit der Amtszeit von Renate Schmidt 2002-2005 wird die demographische Entwicklung Deutschlands, innerhalb derer die Geburtenzahlen stagnieren oder sinken, politisch thematisiert und soll im Hinblick auf eine zu fördernde Geburtenrate beeinflusst werden (Fuchs 2014, S. 10 ff.).

Alle politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppierungen sind sich derzeit darin einig, dass Erwerbstätigkeit und Elternschaft vereinbar sein sollten, da beide Aspekte auch in Bezug auf den demographischen Wandel zunehmend an Bedeutung gewinnen (Filipp et. al. 2011, S. 1). Genauso wie Frauen und Männer erwerbstätig sein sollen, ist es gesellschaftlich von Belang, dass sie stabile Familien gründen, Kinder bekommen und aufziehen. Die Vereinbarkeit von Ausbildung bzw. Studium und Elternschaft hingegen findet in der Öffentlichkeit nach wie vor zu geringes Interesse. Dies, so der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen, verstoße nicht nur gegen den Grundsatz der Gewährleistung einer freien Entfaltung der Persönlichkeit, es stehe darüber hinaus im Widerspruch zu den Interessen des Gemeinwesens, „(...) denn die Gesellschaft ist auf die hohe Qualifikation der jungen Erwachsenen ebenso angewiesen wie auf die nachwachsende Generation von Kindern.“ (Filipp et al. 2011, S. 1)

Durch den 7. Familienbericht ist in Deutschland die Debatte um den richtigen Zeitpunkt für die Familiengründung, aber auch die notwendige Stützung von Eltern in unterschiedlichen Ausbildungs- und Berufsphasen in Gang gebracht worden. Er fordert eine Lebenslauf- und Infrastrukturpolitik und in diesem Zusammenhang auch eine Unterstützung von studierenden Eltern (Cornelißen 2007, Vortrag, S. 1). Aus dieser Sicht gibt es verschiedene Vorteile für eine Familiengründung schon während des Studiums. Da Akademiker noch seltener als andere Bildungsgruppen Familien gründen, der Staat aber ein besonderes Interesse an Eltern aus gebildeten Schichten hat, versucht man, sie zu einer Familiengründung schon während des Studiums zu „ermutigen“. Die Zeit des Studiums kann dann als relativ günstig für eine Familiengründung bezeichnet werden, wenn man die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf – die eventuell durch „entgrenzte Arbeit“ noch komplizierter wird – bzw. Karrierewünsche von Frauen wie Männern in Betracht zieht. Gerade durch diese Karrierewünsche oder eine Unvereinbarkeit von Berufseinstieg, Berufsleben und eigenen Kindern wird der Kinderwunsch vieler Akademiker immer weiter hinausgeschoben oder nie realisiert. Viele kinderlose Menschen bedauern in späten Jahren, sich nie für Kinder entschieden zu haben, weil sie nie den richtigen Zeitpunkt, den Kinderwunsch umzusetzen, fanden. Vor diesem Hintergrund wird immer häufiger die Frage aufgeworfen, ob Frauen und Männer mit hohen Bildungsaspirationen eine Familiengründung nicht schon während des Studiums planen sollten (Cornelißen 2007, S. 2).

Auf Mikro- wie auf Makro-Ebene scheint also eine Unterstützung der Vereinbarkeit von Studium und Kindern wünschenswert. Beide Ebenen und ihre gegenseitige Beeinflussung werden nachfolgend thematisiert. In diesem Kapitel geht es zunächst um die Entscheidung für bzw. gegen eine Elternschaft als Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen. Dabei werden die individuellen Wünsche von Frauen und Männern bezüglich ihrer Lebenslaufgestaltung mit eigenen Kindern erläutert, um sie dann in den Zusammenhang mit vorherrschenden Familienleitbildern in Deutschland zu bringen. Anschließend werden Einstellungen und Ziele der deutschen Familienpolitik dazu erarbeitet.

3.1 Elternschaft im Kontext gesellschaftlicher Entwicklungen

Ogleich derzeit ein leichter Anstieg der Geburtenrate in Deutschland zu bemerken ist (Schröder 2016), ist die niedrige Geburtenrate in Deutschland eine Herausforderung für die Familienpolitik (vgl. die Demografiestrategie der Bundesregierung BMI 2012, BMI 2015, oder den 7. Familienbericht BMFSFJ 2006). In dem Buch „Kinderlosigkeit in Deutschland“ identifiziert Bujard fünf Gründe für den „ausbleibenden Übergang zum ersten Kind“ (Bujard 2015, S. 275):

Einer der Gründe ist die Frauenemanzipation und die Bildungsexpansion. Durch die Bildungsexpansion bei Frauen, deren stärkere berufliche Partizipation in Verbindung mit einer generellen Emanzipationsbewegung haben sich für Frauen neue Sphären außerhalb von Familie und Mutterschaft eröffnet. Mutterschaft wurde dadurch kein selbstverständliches, alles dominierendes Lebensziel. Stattdessen wurde für immer mehr Frauen eine Abstimmung der Sphären Familie und Beruf notwendig. Bei AkademikerInnen beschränkt sich die Phase der Familiengründung, wie dargestellt, durch die spätere berufliche Etablierung auf eine kurze Zeit, die zu einer Rush Hour der Lebensentscheidungen und zu unintendierter Kinderlosigkeit führen kann (Bujard 2015, S. 275).

Ein weiterer Grund ist der Lebenslaufansatz: Biographische Optionen haben zugenommen und führen zu einem Aufschub des Geburtsalters. Neben den beruflichen Möglichkeiten haben auch die Optionen bezüglich Freizeit, Partnerschaft und Mobilität zugenommen. Die

Entscheidung für Kinder bedeutet eine irreversible Festlegung, die die Optionsvielfalt einschränkt und die Opportunitätskosten (eines scheint nur auf Kosten des anderen umsetzbar) hoch erscheinen lässt. Aufschubentscheidungen kumulieren sich im Lebenslauf. Ein andauernder Aufschub kann zu ursprünglich ungewollter Kinderlosigkeit führen, da Frauen an Grenzen des biologischen Zeitfensters kommen. Daneben entsteht im Verlauf von Aufschubentscheidungen auch eine „Pfadabhängigkeit“ mit nicht selten nachlassenden Kinderwünschen noch im fertilen Alter ab 30 Jahren (Bujard 2015, S. 275).

Auch der kulturelle Wandel ist ein Faktor in der Begründung der Kinderlosigkeit. Kinderlosigkeit wird häufiger akzeptiert während auf der anderen Seite paradoxe Erwartungen an die Eltern, speziell an die Mütter, steigen. Im Zuge des zweiten demographischen Übergangs (Swiaczny 2013) sind Ausbreitung und kulturelle Akzeptanz von nichttraditionellen Lebensformen zu beobachten. Der normative Druck, Kinder haben zu müssen, hat sich dadurch reduziert. Gleichzeitig sind die Erwartungen an Eltern zunehmend gestiegen. Gesellschaftliche Erwartungen an Mütter sind dabei ambivalent und vielfältig: Es wird zunehmend eine Berufstätigkeit und ökonomische Selbständigkeit erwartet, gleichzeitig die Anwesenheit nachmittags zuhause. Dadurch entsteht eine Anerkennungs-Paradoxie, die darauf hinausläuft, dass eine Frau möglicherweise bei einer Entscheidung für Kinder stärker bezüglich ihrer Lebensweise kritisiert wird, als bliebe sie kinderlos (Bujard 2015, S. 275ff.).

Ökonomische Faktoren am Arbeitsmarkt sind ebenfalls mitbestimmend für niedrige Geburtenraten. Kosten von Kindern betreffen direkte Kosten und Opportunitätskosten. Die Opportunitätskosten steigen mit dem Ausbildungsgrad an und dynamisieren sich in wissensbasierten Arbeitsmärkten im Lebensverlauf. Familienbedingte Unterbrechungen und Teilzeitarbeit wirken sich finanziell nicht nur in der jeweiligen Phase, sondern auch als Summe langfristig im Lebenslauf aus (Bujard 2015, S. 277). Erwerbsunterbrechungen führen dem ökonomischen Ansatz zu Folge nicht nur zu höheren langfristigen Opportunitätskosten, sondern auch zu einer Exklusion von Karrierepfaden (Bujard 2015, S. 278).

Schließlich sind familienpolitische Rahmenbedingungen wichtige Determinanten bei dem Thema Geburtenraten. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird neben der betrieblichen Ebene vor allem durch familienpolitische Rahmenbedingungen geprägt. Dabei gibt es große Unterschiede zwischen den jeweiligen Bundesländern hinsichtlich der Kombination

mit anderen Maßnahmen im Sinne eines ganzheitlichen familienpolitischen Ansatzes sowie hinsichtlich der Verlässlichkeit und langfristigen Kommunikation von Angeboten. (Bujard 2015, S. 278).

Ausgehend von diesen gesellschaftlichen Entwicklungen sollen im Folgenden die Wünsche an die eigene Lebenslaufgestaltung und daran anschließend kulturelle Bilder in Bezug auf Familie näher betrachtet werden. Dies soll Aufschluss darüber geben, in welchem gesellschaftlichen Rahmen das Familiengründungsverhalten Studierender einzuordnen ist und wie darauf zu reagieren sein könnte.

3.1.1 Lebenslaufgestaltung

Die Geburtenrate in Deutschland ist im Vergleich zu anderen Ländern sehr niedrig (BMI 2015, S. 15). Eine eigene Familie ist dennoch für die Deutschen von großer Bedeutung (Henry-Huthmacher et al. 2014, S. 5). Familie bedeutet für die allermeisten „dort, wo Kinder sind“ (BFB 2013, S. 10). Diese Sichtweise wird von familienpolitischer Seite geteilt. Im Familienreport von 2014 heißt es dazu: „Im familienpolitischen Verständnis ist Familie dort, wo Menschen verschiedener Generationen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, füreinander einstehen und gegenseitige Fürsorge leisten. Das schließt verheiratete und unverheiratete Paare mit Kindern ebenso ein wie Alleinerziehende, Stief- und Patchworkfamilien, Regenbogenfamilien sowie Familien, die sich um pflege- und hilfsbedürftige Angehörige kümmern.“ (BMFSJ 2015, S. 12)

Die überwiegende Mehrheit der jungen Erwachsenen, ca. 85%, sieht es als wichtig an, eigene Kinder zu haben (BFB 2013, S. 11). Doch obgleich Kinder selbstverständlicher Bestandteil im Lebenskonzept der Mehrheit junger Menschen sind, werden nicht dementsprechend viele Kinder geboren. Wunsch und Wirklichkeit scheinen im Laufe der Jahre stark auseinander zu gehen (Henry-Huthmacher et al. 2014, S. 6).

Kinderwünsche bzw. deren Ausprägung variieren je nach Alter und Lebensphase. In der Altersphase 25-35 konkurriert beispielsweise die Realisierung des Kinderwunsches und der berufliche Werdegang in einem engen Zeitfenster um knappe Ressourcen wie Zeit (Krättschmer-Hahn 2012, S. 47). Über Kinderwünsche wird eher situativ entschieden, sie bleiben

über die Jahre selten konstant und ändern sich in Abhängigkeit von der jeweiligen Lebenssituation eines Menschen. (Krätschmer-Hahn 2012, S. 47).

Der Familienreport 2014 beschäftigt sich mit den Einstellungen zum Familienleben. Hier wird auch danach gefragt, aus welchen Gründen heraus sich Frauen und Männer für bzw. gegen eigene Kinder entscheiden. Zwingende Voraussetzung, Kinder zu bekommen, ist für die meisten Befragten, dass beide Partner Kinder bekommen wollen (86 Prozent) und sich dafür reif genug fühlen (73 Prozent) (BMFSFJ 2015, S. 25). Zwei Drittel finden eine beruflich gesicherte Situation eines Partners wichtig als Basis für eine Familiengründung (BMFSFJ 2015, S. 24).

Am häufigsten wird als Grund, (noch) keine Kinder zu bekommen, dass sich die Befragten zu jung fühlen oder keinen passenden Partner haben, genannt (BMFSFJ 2015, S. 24). Im Monitor Familienleben 2012 sind folgende Zahlen dazu zu finden: 40 Prozent der Kinderlosen geben an, keine Kinder zum derzeitigen Zeitpunkt bekommen zu wollen, weil sie noch nicht den richtigen Partner gefunden haben. Bei den 25-26jährigen sind es über 50 Prozent, die sich noch zu jung für eigene Kinder fühlen. Ein Drittel der Befragten hindern schlecht zu überblickende Zukunftsaussichten, zum momentanen Zeitpunkt Kinder bekommen zu wollen (Institut für Demoskopie Allensbach 2012, S. 38). Auch der Erhalt der eigenen Freiräume und Hobbys spielt bei 34 Prozent der Befragten eine große Rolle in der Entscheidung, derzeit kinderlos bleiben zu wollen. (Institut für Demoskopie Allensbach 2012, S. 38) „Objektive“ Faktoren wie die finanzielle Belastung durch ein Kind, schlechtere berufliche Perspektiven durch eigene Kinder oder eine beengte Wohnsituation werden dagegen nur von jeweils etwa einem Fünftel bis zu einem Viertel der Kinderlosen als Hinderungsgrund für die jetzige Verwirklichung eigener Kinderwünsche genannt (Institut für Demoskopie Allensbach 2012, S. 39).

Gerade bei Akademikerinnen und Akademikern zeigt sich, dass deutlich weniger Kinderwünsche im Lebensverlauf tatsächlich umgesetzt werden. In dieser Gruppe bekommen Frauen und Männer später Kinder als in den anderen. Bei den Studierenden, die 2002 durch eine Erhebung des Online-Studierenden-Panels HISBUS zum Thema Lebensentwürfe und Einstellungen zum Studium mit Kind befragt wurden, wussten ein Fünftel noch nicht genau,

ob sie ein Kind haben wollen. Drei Viertel wünschten sich jedoch mindestens ein Kind (Middendorff 2003, S. 12).

Angesichts der Schwierigkeiten, Partnerschaft, berufliche Karriere und eigene Kinder zu leben, schieben viele Akademikerinnen die Familiengründung hinaus und verzichten schließlich ganz auf Kinder oder bleiben ungeplant kinderlos (Henry-Huthmacher 2014, S. 7). Henry-Huthmacher beschreibt eine „Kultur des Zögerns“ bei der Generation der Ende 20jährigen, die Angst hätten, sich festzulegen. Dieser Zeitraum des jungen Erwachsenenalters ist nicht durch Familiengründungen und Berufseintritt geprägt. Der Übergang von der Jugend in das Erwachsensein verändert sich damit, woraus Konsequenzen für die späte Entscheidung für Kinder entstehen. Die Phase zwischen 30 und 40 Jahren wird dann zur „Rush Hour“, in der Familiengründung, Berufseintritt und -aufstieg zeitlich zusammen bewältigt werden müssen (Henry-Huthmacher 2014, S. 6). Eine „Rush Hour“ im Leben bedeutet häufig auch Stress, Druck, Hektik, gestiegene Anforderungen und ein erhöhtes Belastungsniveau und eine unsichere ökonomische Situation. Dies trifft gerade die jungen Akademikerinnen (Henry-Huthmacher 2014, S. 6). Sie sind durchschnittlich 32,7 Jahre alt bei der ersten Geburt, Frauen mit Hauptschulabschluss nur 24,6 Jahre alt (Henry-Huthmacher 2014, S. 6).

Insgesamt steigt das Alter, in dem Frauen und Männer Kinder bekommen, in den letzten Jahren kontinuierlich an. 2013 sind Frauen mit durchschnittlich 29 Jahren erstmals Mutter geworden, 2014 mit durchschnittlich 29,5 (Statistisches Bundesamt 2016). Der Trend zur späteren Geburt setzt sich damit fort. 2012 hatten Frauen im Alter zwischen 26 und 36 Jahren die höchste Geburtenhäufigkeit (BMFSJ 2015, S. 29). 1995 waren bereits fast die Hälfte (48%) der 25- bis 29-jährigen Frauen Mutter, 2012 waren es in diesem Alter weniger als ein Drittel (29%). Im gleichen Zeitraum sank der Anteil unter den 30- bis 44-jährigen Frauen von 74% auf 60% (Institut für Demoskopie Allensbach 2012, S. 36). Das Zeitfenster für Geburten, dessen zeitliche Obergrenze für mehr als 70% der befragten Mütter und kinderlosen Frauen spätestens bei einem Alter von 41 bis 42 Jahren liegt, verengt sich insgesamt (Institut für Allensbach 2012, S. 37).

Eine Erkenntnis in der aktuellen Forschung sei, dass die Kinderwünsche von Männern und Frauen insgesamt leicht zurückgehen, so Krätschmer-Hahn. Jedoch ließen sich keine Hinweise darauf finden, dass in der biographischen Planung von Paaren die Bedeutung des Kinderwunsches in den letzten Jahren so deutlich gesunken wäre, dass dies den Anstieg der Kinderlosigkeit erklären könnte. Es sei eher von sich gegenseitig bedingenden Phänomenen auszugehen und unterstütze vielmehr die Vermutung, dass vorhandene Kinderwünsche aus verschiedenen Gründen nicht realisiert würden (Krätschmer-Hahn 2012, S. 48). Krätschmer-Hahn fasst diese sich gegenseitig bedingenden Faktoren, die den institutionellen und sozialstrukturellen Rahmenbedingungen zuzuordnen sind, in vier Punkten zusammen: Zum einen ist es das Bildungsniveau. Der Bildungsgrad ist entscheidend für das Ausmaß der Kinderlosigkeit, gerade bei AkademikerInnen ist diese eher hoch (Krätschmer-Hahn 2012, S. 48 ff.). Damit hängt die steigende Frauenwerbstätigkeit zusammen. Mit einer besseren Ausbildung steigt das Ausmaß der Erwerbsbeteiligung von Frauen, welche auf eine Entscheidung für oder gegen Kinder bzw. die Anzahl an eigenen Kindern wirkt (Krätschmer Hahn 2012, S. 56 ff.). In diesem Kontext sind die Kinderbetreuungssituation und andere (eventuell fehlende) Maßnahmen der Familienpolitik zu sehen. Dazu gehören familienpolitische Instrumente, die die Anforderungen der Erwerbstätigkeit in einen Rahmen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellen (Krätschmer-Hahn 2012, S. 61 ff.). Schließlich sind es die (Arbeitsmarkt-)Unsicherheiten, die Entscheidungen für potenzielle Familiengründungen mitbestimmen. Wer eine ungewisse Zukunft in Hinblick auf eine feste Erwerbstätigkeit hat, tut sich häufig schwer, Verantwortung für ein oder mehrere Kinder zu übernehmen (Krätschmer-Hahn 2012, S. 67 ff.).

Die Frage nach dem richtigen biographischen Zeitpunkt für die Familiengründung, der die eigenen beruflichen und persönlichen Entwicklungspositionen wenig beschränkt, ist insbesondere für junge Frauen von großer Bedeutung (Böhm et al. 2016, S. 127). Eine Familiengründung im Studium könnte möglicherweise dann zu einer biographischen Entzerrung des Lebenslaufes und der Berufsbiographie beitragen, indem die mit einem hohen Betreuungsaufwand verbundenen frühen Jahre der Elternschaft nicht mit dem Start ins Berufsleben zusammenfallen (Böhm et al. 2016, S. 127). Doch gerade in der Gruppe hochgebildeter Frauen und Männer greift weiterhin die Logik des klassischen „Phasemodells“, nach der das

Studium als Ausbildungsphase vor der Erwerbs- und darauffolgenden Familienphase gedacht und die Familienphase eng mit dem Erreichen einer sicheren, beruflichen Position verknüpft ist (Böhm et al. 2016, S. 132). In der HISBUS-Erhebung von 2002 unter Studierenden zu Einstellungen zu Studium und Kind finden sich solche Einstellungen wieder. Die Studienphase wurde von fast allen Befragten als nicht optimaler Zeitraum, eine Familie zu gründen, benannt. Nur 2% würden gerne noch während des Studiums Eltern werden. Auch die Zeit unmittelbar nach dem Studienabschluss halten wenige Studierende als geeignet, um eigene Kinder zu bekommen (Middendorff 2003, S. 14).

Nach diesem Phasenmodell folgt der Lebenslauf der geregelten zeitlichen Folge altersbezogen definierter Phasen, die das Individuum durchläuft und die mit jeweils eigenen Erwartungen, Handlungsmustern und teilweise auch sozialen Orten verbunden sind (Helfferich 2013, S. 30). Die Übergänge zwischen diesen Phasen sind teilweise institutionell geregelt bzw. gesellschaftlich organisiert (Helfferich 2013, S. 30). Dabei hat das chronologische Alter durch die Veränderungen in den letzten beiden Jahrhunderten an Bedeutung gewonnen. Durch veränderte Lebensbedingungen und die Möglichkeiten der planenden Gestaltung der eigenen Zukunft entstanden „Normallebensläufe“, im Gegensatz zu einem Muster der Zufälligkeit der Lebensereignisse entwickelte sich ein vorhersehbarer Lebenslauf (Helfferich 2013, S. 30). In den letzten Jahrzehnten ist eine zunehmende Ausdifferenzierung der Phasen und eine zunehmende Undeutlichkeit der Übergänge festzustellen. Es wird zu beobachten sein, ob sich eine Flexibilisierung der Lebensläufe abzeichnet (Helfferich 2013, S. 30). Zu den Vorstellungen eines phasierten Lebenslaufs kommt das gesellschaftliche Bild einer „verantworteten Elternschaft“ (mehr dazu in Teil 3.2), in dem materielle Grundlagen, eine stabile Partnerschaft und persönliche Reife als Voraussetzung für eine Elternschaft gesehen werden. Diese Erwartungen lassen sich scheinbar eher selten in der Lebensphase des jungen Erwachsenenalters realisieren (Böhm et al. 2016, S. 132).

Wünsche an die eigene Lebenslaufgestaltung hängen immer auch mit vorhandenen gesellschaftlichen Leitbildern und den kulturellen und sozialen Kontexten, in denen man aufwächst, zusammen. Die kulturellen Sichtweisen auf Familie und Familiengründung manifestieren sich in Familienleitbildern, auf deren Gestalt und Wirkweisen im folgenden Abschnitt eingegangen werden soll.

3.1.2 Familienleitbilder

Es scheint weder dem Phasenmodell noch den Bildern, die Menschen in Deutschland mit einer Familiengründung verbinden, zu entsprechen, Studium und Elternschaft miteinander zu parallelisieren. „Studierende bewegen sich in einem soziokulturellen Milieu, in dem die Familiengründung nicht auf der Agenda steht.“ (Helferrich et al. 2007a, S. 46/47)

Die empirische Forschung der letzten Jahrzehnte hat ihre Aufmerksamkeit bei der Erklärung der niedrigen Geburtenraten in Deutschland vor allem auf das veränderte Bildungs- und Erwerbsverhalten der Frauen sowie auf die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit infolge unzureichender Kinderbetreuungseinrichtungen gerichtet. (Henry-Huthmacher et al. 2014, S. 29; Krätschmer-Hahn 2012, S. 48ff.) Damit wurden vor allem strukturelle und ökonomische Faktoren, insbesondere auch die gestiegenen Opportunitätskosten von Mutterschaft adressiert. Zu wenig beachtet wurde, dass die Existenz dieser Situation auch mit kulturellen Vorstellungen zu tun hat (Henry-Huthmacher et al. 2014, S. 29). Gesellschaftlich und politisch relevant ist diese Erkenntnis insofern, als die Leitbilder in Deutschland heute an Eltern, insbesondere an Mütter, sehr hohe Anforderungen stellen, die nur schwer einzulösen sind. Henry-Huthmacher/Schneider/Diabaté/Lück, gehen davon aus, „(...) dass dieser Umstand die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusätzlich erschwert und somit die Frauenerwerbstätigkeit und die Fertilität in Deutschland reduziert.“ (Henry-Huthmacher et al. 2014, S. 29)

Im Zuge von Modernisierungsprozessen haben normative Vorgaben für die Gestaltung des eigenen Lebens und dessen Verlauf an Relevanz verloren und individuelle Optionsmöglichkeiten erheblich zugenommen. Insbesondere für Frauen ist eine größere Vielfalt an Lebensentwürfen jenseits der herkömmlichen „Familienbiographie“ entstanden. (Sardei-Biermann 2007, S. 13). Dennoch gibt es immer noch „Normalbiographien“ und vergleichsweise viele Lebensläufe, die gerade in Deutschland dem grundsätzlichen Muster der institutionellen Vorgaben folgen. Bei Studierenden bleibt seit Jahren der Anteil derer, die mit Kind oder Kindern studieren, bei etwa 5%.

Familienleitbilder sind Vorstellungen davon, wie Familienleben normalerweise aussieht oder wie es idealerweise aussehen sollte, so das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in der Studie zu Familienleitbildern (BFB 2015, S. 7). Jede Person hat individuelle Leitbilder,

es ist aber davon auszugehen, „dass die meisten Familienleitbilder von verhältnismäßig vielen Menschen geteilt werden und dass wir umso ähnlichere Vorstellungen vorfinden, je enger wir den Kreis ziehen, in dem wir suchen.“ (BFB 2013, S. 7) Sie entstehen auf dem Wege der Sozialisation: durch die Familie, in der man aufwächst, durch den Bildungsweg und die Institutionen, die man durchläuft, durch Medien und Politik, durch kulturelle Tradionalisierungen. „Wir beobachten von klein auf andere Menschen – in der Familie, im Bekannten- und Freundeskreis, in der Schule, in der Nachbarschaft und auf der Arbeit. Das Verhalten, das wir dort regelmäßig an unseren Mitmenschen beobachten, erscheint uns mit der Zeit selbstverständlich. Wir gehen dann davon aus, dass es „alle so machen“ und dass man es auch so machen sollte.“ (BFB 2015, S. 7) Diese Vorstellungen davon, wie alle oder man selbst es machen sollte, sind häufig nicht offensichtlich und beeinflussen Handlungen und Entscheidungen unbewusst. Auch die eigene Lebens- und Familienplanung wird dadurch auf vielfältige Weise beeinflusst (BFB 2013, S. 7). Die Gründung einer Familie wäre demnach weniger das Resultat einer rationalen Abwägung, sondern eher eine Selbstverständlichkeit für diejenigen, die sich dafür entscheiden (BFB 2013, S. 15).

Kinder sind ein fester Bestandteil der Normalitätsvorstellung von Familie und machen für die überwiegende Mehrheit der jungen Deutschen einen wichtigen Lebensinhalt aus. Elternschaft ist ein zentrales Lebensziel (BFB 2015, S. 15). Menschen wollen eigene Kinder haben, weil sie zum Leben dazu gehören (BFB 2013, S. 14). Dies zeigen die Untersuchungen zu Familienleitbildern des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BFB 2015, BFB 2013). Eltern und Kinderlose sehen dies ähnlich – es gibt offenbar eine gesellschaftliche Normalitätsvorstellung bezüglich der Entscheidung für Kinder, die unabhängig von der eigenen Lebenssituation ist (BFB 2013, S. 15). Die ideale Familiengröße wird bei einer Zweikind-Familie gesehen. Immerhin ein Viertel der Befragten hätten sogar gerne mehr Kinder. Um das selbstverständliche Lebensziel der eigenen Kinder zu erfüllen, werden hohe persönliche Ansprüche an die Bedingungen dafür gestellt. Die wichtigsten sind dabei die, die dem gesellschaftlichen Bild der verantworteten Elternschaft entsprechen: eine stabile Partnerschaft, eine solide materielle Grundlage und auch die berufliche Etablierung (BFB 2015, S. 15).

Als Voraussetzung für die Familiengründung wird nicht mehr unbedingt eine Ehe, wohl aber eine gut laufende Partnerschaft, in der man sich emotional aufgehoben fühlt, gesehen (BFB 2013, S. 8). Zentral für die Familiengründung ist die materielle Absicherung. Es herrscht die Meinung vor, dass genügend Geld vorhanden sein muss, bevor man überhaupt daran denken kann, Kinder zu bekommen (BFB 2013, S. 15). Frauen und Männer wären gerne jünger bei der Geburt des ersten Kindes, können dies aber selten realisieren. Dies liegt begründet in dem Streben nach einer gesicherten Stellung im Beruf auf einem unsicheren Arbeitsmarkt oder in der Suche nach dem „richtigen Partner“. Insbesondere bei Hochgebildeten führen solche Herausforderungen dazu, dass der Wunsch nach einer frühen Familiengründung nicht umgesetzt werden kann (BFB 2013, S. 12).

Das ideale Bild einer Mutter ist das einer Frau, die erwerbstätig und unabhängig ist und sich nachmittags zuhause um das oder die Kinder kümmern kann (BFB 2013, S. 17). Väter sollen demnach ein bisschen Ernährer, aber vor allem für das oder die Kinder sehr präsent sein (BFB 2013, S. 18). Es besteht gegenwärtig eine erhebliche Vielfalt von Vorstellungen, wie eine gelingende Erziehung und ein gutes Familienleben auszusehen haben. Dabei wird Elternschaft häufig als voraussetzungsreiche und schwer zu bewältigende (Lebens-)Aufgabe gesehen. Im öffentlichen Diskurs in Deutschland scheint die Geburt eines Kindes das Leben zu erschweren: die Karriere, das Kind, die Bedürfnisse der Eltern oder alles zusammen kämen danach zu kurz. Bedenken, Zweifel und Sorgen dominieren Gedanken an die eigene Elternschaft. Dazu kommen hohe Leistungsansprüche und ein großes Streben danach, bei der Erziehung des Kindes alles richtig zu machen (BFB 2015, S. 4).

Elternschaft wird als Herausforderung gesehen, die mit viel Einsatz gemeistert werden muss. (BFB 2015, S. 10). Dies beschreibt der Begriff der „verantworteten Elternschaft“ nach Franz-Xaver Kaufmann (Kaufmann 2002). Gemeint ist die kulturell fest etablierte Erwartung, dass man mit der bewussten Entscheidung für eine Elternschaft auch die damit verbundene Verantwortung für die optimale Entwicklung des Kindes übernehmen sollte. Es gibt einen starken sozialen Druck, dass Eltern „perfekt“ sein müssen, und da im Alltag in unserer Gesellschaft der Umgang mit Kindern fehlt und überliefertes Wissen über den Umgang mit Kindern verloren gegangen ist, sind Eltern zunehmend verunsichert (BFB 2015, S. 10). Diese Kultur des Bedenkens, Zweifelns und Sorgens im Hinblick auf Elternschaft sowie

das Zusammenwirken von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wie fehlende Betreuungsinfrastruktur, der soziale Druck und die belastende Arbeitswelt könnten derart kontraproduktiv wirken, dass die hohen Ansprüche an Elternsein nicht realisiert werden können (BFB 2015, S.14). Elternschaft ist demnach zu einem sehr voraussetzungsvollen Lebensziel geworden, wobei gilt, dass der Kinderwunsch umso niedriger ausfällt, je höher die Ansprüche sind. (BFB 2015, S. 15)

Menschen versuchen, Leitbild und Realität in Einklang zu bringen, indem sie jeweils das eine dem anderen anpassen. Die Lebensrealität mit den Rahmenbedingungen für eine Familie wie z.B. fehlende Betreuungsmöglichkeiten oder die Notwendigkeit eines zweiten Einkommens sind dabei vermutlich Hinderungsgründe (BFB 2015, S. 15). Oder aber sie scheitern, weil sie mit dem gesellschaftlichen Leitbild konform sein wollen, obwohl sie auf persönlicher Ebene ein gegensätzliches Leitbild vertreten (BFB 2015, S. 15). Die Ursachen dafür müssten innerhalb der Leitbildforschung tiefgreifend analysiert werden, so das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BFB 2015, S. 15).

Obgleich für junge Erwachsene Familie und eigene Kinder ein fester Bestandteil des Lebenskonzeptes sind, wird dieses im Laufe der Jahre nicht immer umgesetzt, so dass Wünsche an einen Lebensverlauf und die Realität sehr stark voneinander abweichen (Henry-Huthmacher 2014 et al., S. 5). Gerade für Akademikerinnen scheint es schwer, Partnerschaft, berufliche Karriere und Kind zu leben, so dass vielfach die Familiengründung hinausgeschoben wird, schließlich ganz auf Kinder verzichtet wird oder es eine ungeplante Kinderlosigkeit gibt (Henry-Huthmacher et al. 2014, S. 7). Es wird von „Opportunitätskosten“ gesprochen, die eine Mutterschaft mit sich bringt, da Familie und Erwerbstätigkeit schwer zu vereinen sind und zumeist nur eines auf Kosten des anderen verwirklicht werden kann (Henry-Huthmacher et al. 2014, S. 29). Neben den Umständen, dass sich das Bildungs- und Erwerbsverhalten der Frauen verändert hat und die Infrastruktur für eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie unzulänglich vorhanden ist, beeinflussen die kulturellen Vorstellungen die sinkende Fertilität maßgeblich mit (Henry-Huthmacher et al. 2014, S. 29).

Wenn kulturell vorherrschende Familienleitbilder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusätzlich erschweren und damit die Frauenerwerbstätigkeit und die Fertilität in Deutsch-

land reduzieren, wäre näher zu beleuchten, ob und inwieweit ein Wandel kultureller Leitbilder möglich ist (Henry-Huthmacher 2014, S. 29). Die Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung zu Familienleitbildern in Deutschland sieht drei wirksame Mechanismen, die Anknüpfungspunkte dafür bieten könnten:

Leitbilder werden zum einen durch öffentliche Kommunikation geprägt und verändern sich, außerdem werden sie durch die Sozialisation und das Vorbild anderer reproduziert und als Drittes stehen sie in einer Wechselwirkung mit institutionellen Regelungen (mit gesetzlichen Regelungen, mit dem Grad des Ausbaus von Infrastruktur, mit der Organisation von Bildungsinstitutionen usw.) (Henry-Huthmacher 2014, S. 29). Die Wechselwirkung entsteht daraus, dass sich Leitbilder in diesen institutionellen Regelungen manifestieren, die im Gegenzug wiederum auch durch diese institutionellen Regelungen stabilisiert oder infrage gestellt werden. Der Gestaltung solcher Institutionen kommt nicht nur dadurch eine zentrale Bedeutung zu, dass sie Ressourcen zur Verfügung stellen und Restriktionen setzen, sondern auch durch ihren Symbolcharakter. Weil viele Regelungen ein bestimmtes Familienbild voraussetzen, kommunizieren sie damit gleichzeitig öffentlich dieses Bild als das richtige und normale. So wird die Inanspruchnahme dieser Ressourcen für Menschen erschwert, deren Familienleben von diesem Bild abweicht (Henry-Huthmacher et al. 2014, S. 29).

Die geringe Aufmerksamkeit, die das Thema Studieren mit Kind bisher erfuhr, ist auch vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Normen und Vorstellungen von Lebensphasen zu sehen (Helfferich et al. 2007a, S. 4). Durch die demographischen Entwicklungen und durch Ergebnisse familiensoziologischer Untersuchungen zur Lebensplanung und zur Chancengleichheit gewinnt das Thema jedoch seit einiger Zeit an Relevanz (Helfferich et al. 2007a, S. 4). Mit einer bevölkerungsorientierten, „nachhaltigen“ Familienpolitik seit der Amtszeit von Familienministerin Renate Schmidt 2002-2005 und dem 7. Familienbericht von 2006 rückt auch das Thema der Parallelität von Studium und Kindern in den Fokus.

3.2 Studierende Eltern aus familienpolitischer Perspektive

Überholte gesellschaftliche Leitbilder beeinflussen die Familiengründung ebenso wie die tatsächlichen Mängel der Vereinbarkeit. Familie als Gewinn, Glück und Chance und nicht

primär als Last zu begreifen, steht als Leitgedanke für den Perspektivwechsel, der sich in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vollzieht, so die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme zum 7. Familienbericht (BMFSFJ 2006, S. XXX/XXXI). Dieser Perspektivwechsel vollzieht sich nicht zuletzt aufgrund der demografischen Situation.

Der demografische Wandel wird Deutschland in den kommenden Jahrzehnten tiefgreifend verändern. Die Bevölkerung wird älter, wir werden weniger und die Gesellschaft wird heterogener (BMI 2012, S. 1). Die Lebenserwartung steigt kontinuierlich, nie zuvor haben Menschen so lange so gesund gelebt wie heute. Gleichzeitig wurden noch nie so wenige Kinder geboren wie heute, und es gibt immer weniger junge Menschen. Daneben gibt es große Wanderungsbewegungen innerhalb und zwischen Staaten. Diese drei demografischen Dauertrends führen dazu, dass sich die Bevölkerung in ihrer Struktur gewandelt hat und laufend weiter verändern wird. Diese Entwicklungen fordern Offenheit und Flexibilität von allen – und eine vorausschauende Politik (BMI 2015, S. 5/6).

Frauen in Deutschland bringen seit über 40 Jahren im Durchschnitt rund 1,4 Kinder zu Welt. 2015 stieg die Geburtenrate auf 1,5 Kinder je Frau, der höchste Wert seit über 30 Jahren (Schröder 2016). Im Jahr 2013 wurden in Deutschland rund 682.000 Kinder geboren (BMI 2015, S. 15). Das bedeutet, dass jede Elterngeneration nur zu zwei Dritteln durch die nachfolgende Kindergeneration ersetzt wird. 2,1 Kinder je Frau wären notwendig, um die Bevölkerungszahl zu erhalten. Die Situation in Deutschland ist geprägt von einer hohen Kinderlosigkeit und einem geringen Anteil Kinderreicher (BMI 2015, S. 6). Im Vergleich zu anderen Ländern ist die Kinderlosigkeit in Deutschland besonders hoch (Bujard 2015, S. 270). Bei Akademikern ist der ansteigende Trend der Kinderlosigkeit gestoppt – allerdings auf einem hohen Niveau; eine Akademikerin ohne Migrationshintergrund in einer westdeutschen Stadt ist zu 38% kinderlos, wenn sie Vollzeit arbeitet sogar zu 51% (Bujard 2015, S. 273/270).

Insgesamt werden Frauen immer später Mütter, die Geburt des ersten Kindes verschiebt sich auf der Lebenszeitachse immer weiter nach hinten (Vgl. Abschnitt 3.1). Bis 2030 wird die Gesamtbevölkerungszahl in Deutschland voraussichtlich ungefähr auf dem Niveau von heute liegen. Die Zahl der Erwerbsbevölkerung im Alter von 20 bis 66 Jahren hingegen wird in diesem Zeitraum um bis zu 3,5 Millionen abnehmen. Die Bevölkerungsalterung wird sich

fortsetzen und der Anteil der über 67-Jährigen gegenüber der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird sich dann vergrößern. Die Altersgruppe der über 67-Jährigen wächst bis 2030 um 27 Prozent, die der 80-Jährigen und Älteren um 43 Prozent gegenüber heute. Bis 2060 wird sich der demografische Wandel fortsetzen. Die Bevölkerungszahl könnte auf 73,1 Millionen zurückgehen (BMI 2015, S. 6).

Andere Annahmen zur Geburtenrate prognostizieren eine andere Bevölkerungsentwicklung. Bei einer angenommenen Geburtenrate von 1,6 Kindern pro Frau, einem moderaten Anstieg der Lebenserwartung und einem langfristigen Wanderungssaldo von 200.000 Menschen pro Jahr reduziert sich die Bevölkerung auf 76,9 Millionen. Der Anstieg der Geburtenrate ist theoretisch möglich, lässt sich derzeit aber noch nicht beobachten. Rückgang und Alterung der Bevölkerung sind jedoch nach allen Modellrechnungen nicht umkehrbar (BMI 2015, S. 6). Die Bundesregierung möchte deshalb junge Frauen und Männer ermutigen, Kinder zu bekommen und die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass dies gut umgesetzt werden kann.

Mit der Amtszeit von Renate Schmidt als Familienministerin 2002-2005 gab es einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik. Dies gründete sich in der negativen Bilanz, die aus den vorhergehenden Jahren eine geringe Geburtenrate, niedrige Frauenerwerbstätigkeit, ein schwaches Bildungsniveau und gewachsene Armutsrisiken mit sich brachte (Fuchs 2014, S. 9). Das zentrale Anliegen der neuen, „nachhaltigen Familienpolitik“ war die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die wiederum der Erwerbstätigkeit von Frauen, der Prävention von Kinderarmut, der Erziehungskompetenz, dem Bildungsniveau und der Geburtenförderung zu Gute kommen sollte (Stellungnahme der Bundesregierung zum 7. Familienbericht von 2006). Diese Strategie hatte unmittelbare Folgen für den Ausbau der Kinderbetreuung, den die Bundesregierung 2007 mit der Krippenoffensive vorantrieb (Fuchs 2014, S. 10).

Neben diesem zentralen Thema innerhalb des Paradigmenwechsels, der die Ziele, Aufgaben und Instrumente der Familienpolitik neu ausrichtete, war kennzeichnend für den Politikwechsel das Verschwinden des Familienlastenausgleichs aus der politischen Programmatik: Bis dahin galt es als die Aufgabe der Familienpolitik, Lasten zwischen Eltern und Kinderlosen im Steuer-, Abgaben- und Transfersystem auszugleichen. Dieses über Jahrzehnte

zentrale Ziel der Familienpolitik ist aus dem Bewusstsein von Politik und Medien verschwunden. Damit ging eine grundlegende Veränderung in der Perspektive auf familienpolitische (Geld-)Leistungen einher. Diese gelten nun nicht mehr als Beitrag zur Lastengerechtigkeit, sondern als „Subventionen“, deren „Ineffektivität“ nicht zuletzt die niedrige Geburtenrate belege (Fuchs 2014, S. 10).

Noch vor 2002 galt jede Form des „Pronatalismus“ in Politik, Medien und auch in der Sozialforschung als illegitim. Das Bundesfamilienministerium verneinte entschieden, dass Familienpolitik dem Ziel der Geburtenförderung diene. Die Familienpolitik brach mit diesem Tabu, seit der Amtszeit von Renate Schmidt wird zwar nicht von „Bevölkerungspolitik“, wohl aber von „bevölkerungsorientierter Familienpolitik“ gesprochen. Dieser Kurswechsel wird damit begründet, dass Deutschland mehr Kinder für eine aktive Bevölkerungsentwicklung brauche (Fuch 2014, S. 10). In der Stellungnahme zum 7. Familienbericht von 2006 hieß es dazu sehr konkret: „Was wir brauchen, ist eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung für unser wirtschaftliches Wachstum und für die nachhaltige Stabilisierung der Grundlagen sozialer Sicherheit“ (BMFSFJ 2006, S. XXXV) (Fuchs 2014, S. 11). Familien würden gleichermaßen soziales Wachstum und ökonomischen Wohlstand unserer Gesellschaft gewährleisten und Deutschland könne es sich nicht leisten, wichtige Potenziale für mehr Wachstum und Innovation versiegen bzw. ungenutzt zu lassen. Leitlinie einer nachhaltigen Politik für Familien sei „mehr Kinder in den Familien und mehr Familie in der Gesellschaft.“ (BMFSFJ 2006, S. XXIV) Eine nachhaltige Politik für Familien schaffe angemessene Bedingungen für Lebensverläufe, verlässliche Optionen zur Realisierung von Lebensplänen (BMFSFJ 2006, S. XXV). Die Wünsche der übergroßen Mehrheit von Männern und Frauen sind, in ihrem Leben Elternschaft und Erwerbstätigkeit miteinander in Einklang bringen zu können. Dafür müsste es Maßnahmen neuer Art geben, so die Stellungnahme der Bundesregierung im 7. Familienbericht, um den veränderten Lebenseinstellungen und den neu entwickelten Lebensplänen gerecht zu werden (BMFSFJ 2006, S. XXV) Eine nachhaltige Familienpolitik müsste zudem Mut machen, sich für Kinder zu entscheiden (BMFSFJ 2006, S. XXXV). Neben anderen wichtigen Zielen der „nachhaltigen Familienpolitik“, wie einer besseren Erziehung und Bildung, formulierte die Bundesministerin Schmidt ein konkretes Ziel, die Fertilität zu erhöhen: Bis zum Jahr 2015 sollte die Geburtenrate auf ein Niveau von 1,7 Kindern pro Frau steigen (Fuchs 2014, S. 11).

In der Demografiestrategie der Bundesregierung und der Weiterentwicklung der Demografiestrategie werden die familienpolitischen Ziele formuliert. Es wird unterstrichen, dass jeder seine Vorstellungen vom Leben verwirklichen können sollte. „Das Ziel der Demografiestrategie der Bundesregierung ist es daher, jedem Einzelnen entsprechend seiner Lebenssituation und seines Alters Chancen zu eröffnen, seine Potenziale und Fähigkeiten zu entwickeln und seine Vorstellungen vom Leben zu verwirklichen.“ (BMI 2012, S. 1) Die Sachverständigenkommission schlägt im 7. Familienbericht einen „Mix aus Infrastrukturpolitik, Zeitpolitik und finanzieller Transferpolitik“ vor. Auf diese Weise seien „Rahmenbedingungen zu schaffen, die es jungen Erwachsenen ermöglichen, ihre Zukunft gemeinsam und gemeinsam mit Kindern zu planen und zu realisieren“ (BMFSFJ 2012b, S. 3). Die Politik der Bundesregierung zielt darauf ab, Wahlmöglichkeiten für Eltern in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erhöhen, Frauen und Männern in Familie und Beruf gleichwertige Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten und die Entscheidung für Kinder zu unterstützen und zu fördern (BMI 2012, S. 2, S.7; BMFSFJ 2006, S. XXIII). Die Eröffnung gleichwertiger Entfaltungsmöglichkeiten für Frauen und Männer soll das Fundament zur künftigen Sicherung der Familie als Kern der Gesellschaft darstellen, sowie dazu beitragen, den wirtschaftlichen Wohlstand in der Bundesrepublik zu ermöglichen (BMI 2012, S. 2/3). Im Mittelpunkt der Demografiestrategie steht die Familie. Gegenwärtige und künftige Eltern sollen gestärkt und in ihrer Entscheidung für Kinder unterstützt werden.

Eine Strategie, die der 7. und der 8. Familienbericht aufwerfen, ist, die sogenannte „Rush Hour des Lebens“, also die Lebensphase, in der beruflicher Erfolg und Familienplanung parallel bewältigt werden müssen, zeitlich zu entzerren (BMFSFJ 2012b; BMFSFJ 2006). Die gewonnenen Jahre im Alter könnten dann einer besseren Verteilung der Zeit auf Familienarbeit, beruflicher Arbeit und Weiterbildung zugutekommen. Damit würden zwei Zielsetzungen erreicht: eine leichtere Entscheidung für Kinder und eine erleichterte Berufstätigkeit der Eltern (BMI 2012, S. 8). Neue Möglichkeiten, die Lebensspanne, in der Kinderwünsche realisiert werden, zu erweitern, müssten gefunden werden, so die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme zum 7. Familienbericht. „Damit Kinderwünsche nicht immer weiter aufgeschoben werden und letztendlich auf Elternschaft verzichtet wird, müssen Infrastrukturangebote entwickelt werden, die eine Familiengründung begleiten bzw. unterstützen,

die in die Ausbildungszeit fällt oder erst nach einer intensiven Vollzeitbeschäftigung stattfindet.“ (BMFSFJ 2006, S. XXX)

Zeit wird in diesem Zusammenhang zu einer wichtigen Ressource, die es gilt, genauer zu untersuchen, um Möglichkeiten aufzudecken und Zeiträume besser zu nutzen, „In einer Gesellschaft, in der die Lebensmodelle vielfältiger und die Lebensspannen größer werden, wird Zeit zu einer Schlüsselressource für eine Politik der fairen Chancen. Einem gewachsenen Zeitwohlstand durch gewonnene Jahre im Alter stehen Zeitknappheit und Zeitkonflikte in anderen Lebensphasen gegenüber. Wie es gelingt, Zeitwohlstand und Zeitknappheit zwischen Jüngeren und Älteren wie auch zwischen Frauen und Männern auszugleichen, wird in den kommenden Jahren entscheidend werden – für die Selbstbestimmung des Einzelnen wie für den Zusammenhalt des Gemeinwesens.“ (BMI 2012, S. 9) Familien leben von ökonomischen genauso wie von Zeitressourcen. Familien brauchen ein hinreichendes und verlässlich verfügbares Maß an Zeit, um Beziehungen, Bindungen und Fürsorge füreinander als Familie leben und ihre gesellschaftlich notwendigen Aufgaben erfüllen zu können. (BMFSFJ 2012b, S. XI) Eine moderne Familienpolitik ermöglicht es Familien, darin stimmt die Bundesregierung mit der Kommission überein, über ihren Zeitgebrauch souverän zu entscheiden. (BMFSFJ 2012b, S. XI).

Der Zeitwohlstand von Familien ist sehr unterschiedlich. Insbesondere in bestimmten Lebensphasen und Familienkonstellationen sind Zeitknappheit und Zeitkonflikte entscheidend. Schon bei der Entscheidung für Kinder und im Zusammenleben von Familien entstehen neue Herausforderungen durch neue Rollen von Frauen und Männern und neue Zeitstrukturen Rahmen gebender Taktgeber (BMFSFJ 2012b, S. XII). Zeit und die subjektive Wahrnehmung von Zeit spielen eine wichtige Rolle für die Entscheidung für Kinder, darin folgt die Bundesregierung der Schlussfolgerung der Kommission, und haben sowohl Einfluss auf die Lebensqualität als auch auf die Zufriedenheit von Familien (BMFSFJ 2012b, S. XII). Zeitpolitik muss sich in ihrer Ausgestaltung an der bestehenden Vielfalt und den möglichen wechselnden Familienkonstellationen in der Lebensverlaufsperspektive stärker orientieren (BMFSFJ 2012b, S. XII).

Die Kommission des 8. Familienberichts „Zeit für Familie“ appelliert an unterschiedliche Akteure, zeitliche Freiräume für Familien zu schaffen und zu respektieren. Da sind die Arbeitgeber und Sozialpartner gefragt, die über die Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen hinsichtlich Lage, Dauer und Volumen der Arbeitszeit maßgeblich Einfluss auf „Zeit für Familie“ nehmen. Auch die Kommunen als wichtiger staatlicher Akteur sind gefragt, die durch passgenaue Betreuungs-, Versorgungs- und Erziehungseinrichtungen Familien beim Spagat zwischen Familienaufgaben und Beruf noch besser unterstützen können. Außerdem ist der Gesetzgeber gefragt, der die rechtlichen Rahmenbedingungen setzt, innerhalb derer Familie lebt und handelt. Nicht nur die finanzielle Unterstützung von Familien erfolgt danach, sondern auch die Zuteilung des Rechts über familiäre Zeit wird hier maßgeblich entschieden (BMFSFJ 2012b, S. 2).

Die Interdependenzen von Erwerbsarbeit und Familie, von Individualität und Gesellschaft, verlangen Schutz und Unterstützung durch Staat und Gesellschaft. Ein wichtiger Teil hier ist die adäquate soziale Anerkennung der in und um die Familie erbrachten Leistungen sowie die angemessene Rücksichtnahme auf familiäre Erfordernisse durch andere gesellschaftliche Teilsysteme, wie etwa dem Wirtschafts- und dem Bildungssystem, ohne die die Familie die von ihr erwarteten Aufgaben nur schwerlich erfüllen kann (BMFSFJ 2012b, S. 5). Die Bundesregierung formuliert in der Stellungnahme zum 7. Familienbericht: „Familien brauchen vor allem drei Dinge: Zeit, eine unterstützende Infrastruktur und Einkommen.“ (BMFSFJ 2006, S. XXIV). Damit folgt sie der Kommission, die schreibt: „Diesen Dreiklang aus Zeitpolitik im Lebenslauf und in der Alltagszeit, der Entwicklung von integrativen Infrastrukturen in Nachbarschaft und Gemeinde sowie finanziellen Transfers zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Familie und Kindern bezeichnen wir als nachhaltige Familienpolitik.“ (BMFSFJ 2006, S. 2)

Vor diesem Hintergrund sind der Bundesregierung insbesondere der Ausbau und die Qualität der Betreuungsangebote, ein deutlich höheres Maß an Zeitsouveränität und wirksamere Hilfen bei der Inanspruchnahme von haushaltsnahen Dienstleistungen wichtig, aber auch die Förderung von fairen Berufs- und Aufstiegschancen für Frauen und Männer nach der Rückkehr ins Arbeitsleben, sei es in Vollzeit- oder in Teilzeittätigkeiten. (BMI 2012, S. 8)

Berufstätige Eltern bzw. Eltern mit Erwerbswunsch bräuchten flexible Arbeitszeiten, Kontakthalte und Weiterbildungsprogramme während der Elternzeit, Hilfen beim Wiedereinstieg sowie alternative Karrierepfade, damit beide Geschlechter qualifizierte Beschäftigungen auf allen Hierarchieebenen ausüben können, die auch mit Familienpflichten vereinbar sind (BMFSFJ 2012b, S. XVI).

Der bedarfsgerechte Ausbau einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungsinfrastruktur ist neben familienfreundlichen Arbeitszeiten der entscheidende Faktor für größere Zeitsouveränität und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sind unterschiedliche Zeitstrukturen nicht aufeinander abgestimmt, wie es sich am Beispiel der Arbeitszeiten und der Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen am offensichtlichsten darstellt, wird die Zeitsouveränität von Familien eingeschränkt (BMFSFJ 2012b, S. XXI) In vielen Fällen ermöglicht erst ein ausreichendes, dem jeweiligen Bedarf entsprechendes Betreuungsangebot die Erwerbstätigkeit beider Eltern und damit tatsächliche Wahlmöglichkeiten. Zugleich wird es den Familien erleichtert, ein auskömmliches Familieneinkommen zu erzielen (BMI 2012, S. 11). Um den Wunsch nach Kindern möglich zu machen, muss eine demografieorientierte Politik die unterschiedlichen Lebensverläufe und Lebenssituationen von Frauen und Männern in den Blick nehmen (BMI 2012, S. 14), also auch die Studierender mit Kind.

Es stellt sich die Frage, inwieweit Zeit intrafamiliär, interpersonal wie auch intertemporal umverteilt und damit politisch gestaltet werden kann. Zeit ist in gegebenen Perioden nicht vermehrbar. Im Lebenslauf ist Zeit durch Umverteilung jedoch vermehrbar, so die Kommission des 8. Familienberichts (BMFSFJ 2012b, S. 12). Die Länge des Lebens und damit die insgesamt zur Verfügung stehende Zeit haben in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen. Dadurch ergeben sich neue Möglichkeiten einer lebensphasenbezogenen Zeitgestaltung. Diese gilt es zu entwickeln und zu nutzen. Der Lebenslauf ist heute wesentlich vielgliedriger und dynamischer als die klassische Dreiteilung in Ausbildung, Erwerbs- und Ruhestandsphase (BMFSFJ 2012b, S. 12). Eine moderne Zeitpolitik könne dies insofern berücksichtigen, indem sie die Länge von Perioden sowie Art und Timing von Übergängen zwischen Zuständen neu definiert und bewertet. (BMFSFJ 2012b, S. 12) Zeitverwendungs-

muster könnten sozial anders bewertet werden, indem beispielsweise besondere Verpflichtungen oder Erfahrungen im Rahmen der Familienarbeit Ansprüche in der Sozial- oder Rentenversicherung unabhängig von Erwerbsleben generieren (BMFSFJ 2012b, S. 12).

Zeitumverteilung im Sinne der Dauer bestimmter Lebensabschnitte findet bereits an vielen Stellen statt, so der 8. Familienbericht. Beispiele hierfür sind die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre, der Wegfall der Wehrpflicht oder die Ablösung des bis zu drei Jahre dauernden Erziehungsurlaubs durch die Elternzeit. „Familienzeitpolitisch“ müsse darauf geachtet werden, dass die zeitpolitischen Wirkungen solcher Maßnahmen angemessen reflektiert und koordiniert würden, um die unintendierten Konsequenzen für die Zeitbudgets von Familien zu vermeiden (BMFSFJ 2012b, S. 12).

Darüber hinaus geht es auch um eine Stärkung der Zeitkompetenz. Hier sollten Maßnahmen entwickelt werden, die die Fähigkeiten der Menschen verbessern, ihre Zeit möglichst kompetent verwenden zu können, damit sie ihre Handlungsziele dadurch möglichst gut verwirklichen können. Dies bezieht sich auf die Bewältigung des Alltags wie auf die Steuerung der eigenen Biografie und der von Kindern (BMFSFJ 2012b, S. 13). Individuell entwickle sich ein kompetenter Umgang mit der Ressource Zeit meist erst im Lebensverlauf und wird je nach Lebensphase unterschiedlich bewertet. So erfahren Eltern in der Familiengründungsphase, dass neue Kompetenzen in Bezug auf die Abstimmung der Lebensbereiche Erwerbstätigkeit und Fürsorge erforderlich sind, die sich auf ihre Zeitverwendung auswirken (BMFSFJ 2012b, S. XXII). Für Studierende ist häufig die Organisation des Studiums eine neue zu bewältigende Erfahrung, kommen eigene Kinder hinzu, bedarf dies, wie oben dargestellt, einer hohen zeitlichen Kompetenz. Diese wissen eventuell Arbeitgeber dann bei der Einstellung nach dem Studium zu schätzen.

Die Familienpolitik hat es sich explizit zum Ziel gemacht, die Familienorientierung bei Studiengängen zu fördern. Da häufig der Wunsch, eine Familie zu gründen und der Einstieg ins Berufsleben zeitlich im Lebensverlauf zusammenfallen und konkurrierende Interessen verursachen, ist es ein Anliegen, bei einem neuen Austarieren von Familien- und Arbeitszeit die Familiengründung zu einem früheren Zeitpunkt in der Biografie zu erleichtern. Insbesondere betrifft dies Akademiker, da Zeitkonflikte gerade da entstehen, wo die Bildungs-

gänge mit längeren Ausbildungszeiten an Hochschulen und Universitäten einen relativ späten und besonders anspruchsvollen Berufseinstieg nach sich ziehen (BMI 2012, S. 10). Als wesentlicher Bereich in der Förderung der Familienfreundlichkeit an Hochschulen wird der systematische Auf- und Ausbau universitätsnaher Kinderbetreuung gesehen. Dabei ist eine Kooperation mit den Hochschulen wichtig, einige engagieren sich bereits in „Lokalen Bündnissen für Familie“ (BMFSFJ 2006, S. XXXII). Neben der Infrastruktur für Kinderbetreuung sollte eine besondere Flexibilität im Studium gute Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Ausbildung und Familiengründung bieten (BMFSFJ 2006, S. 270).

Damit vorhandene Kinderwünsche biographisch nicht aufgeschoben werden und dadurch die Wahrscheinlichkeit steigt, dass am Ende immer öfter ganz auf Kinder oder weitere Kinder verzichtet wird, schlägt die Kommission des 7. Familienberichts grundlegende Bedingungen vor: Altersbegrenzungen bei möglichen Karriereschritten und Stipendienvergaben sollten abgeschafft werden. Weiterhin sollte die betriebliche Betreuung in Kindertageseinrichtungen für Kinder jeden Alters gefördert werden. Kindertageseinrichtungen sollen flexible, in den Lernalltag einpassbare Betreuungszeiten anbieten, insbesondere bei Berufsbildungsstätten und Hochschulen. Damit verbunden sind flexible Finanzierungsarrangements zwischen der staatlichen Förderung, den Hochschulen und den unterschiedlichen Anbietern von Kinderbetreuungseinrichtungen zur Sicherstellung von Betreuungsplätzen von Nöten. Weitere Maßnahmen wären ein ausreichendes Angebot an Eltern-Kind-Wohnungen in Studentenwohnheimen, sozialräumliche Gelegenheitsstrukturen für studierende Eltern und ihre Kinder am Ausbildungsort wie Wickelräume, Spielecken etc. und Informations- und Beratungsangebote für studierende Eltern. Ein weiterer wichtiger Ansatz ist die Einrichtung von Teilzeitstudiengängen bzw. die sanktionsfreie und passfähige Nutzung von Studienmodulen nach Vorgaben familialer Verpflichtungssituationen. (BMFSFJ 2006, S. 270).

In einer Gesellschaft, in der die Bevölkerung kleiner wird, gilt es mehr denn je, so die Weiterentwicklung der Demografiestrategie der Bundesregierung, jede Einzelne und jeden Einzelnen in ihrer Bildungsbiografie zu fördern (BMI 2015, S. 45). Die Bundesregierung trage dazu konkret bei, indem sie unter anderem eine hochwertige Hochschulbildung gewähr-

leiste und die Weiterbildungsbeteiligung erhöhe (BMI 2015, S. 45). Bildung schafft die Voraussetzung für die Teilhabe jedes Einzelnen in der modernen Wissensgesellschaft, ist aber auch die Grundlage für qualifizierten Nachwuchs und damit gut ausgebildete Fachkräfte. Das Bildungsniveau der Bevölkerung hat entscheidende Bedeutung für Produktivität und Innovationskraft einer Volkswirtschaft (BMI 2012, S. 50).

Angesichts komplexer werdender Anforderungen der Arbeitswelt sowie einer zunehmenden Ausdifferenzierung und Vielfalt der Bildungslandschaft würde eine lebensbegleitende Bildungsberatung immer wichtiger. Beratungsstrukturen, die die gesamte Bildungs- und Erwerbsbiografie in den Blick nehmen, würden zu zentralen Bestandteilen eines demografiefesten Bildungssystems (BMI 2015, S. 48). Dies würde bedeuten, dass eine lebensbegleitende Bildungsbiographie auch in höherem Alter eine Parallelität von Studium und Elternschaft mit sich bringen kann und die Zahl der studierenden Eltern damit ansteigt.

Neben die Erwerbsarbeit treten stärker als früher Aufgaben in der Familie und Weiterbildung (BMI 2012, S. 17). Die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihre Chancen auf berufliches Fortkommen und ihre Verdienstmöglichkeiten hängen in hohem Maße von der beruflichen Qualifikation und deren kontinuierlicher Anpassung an sich wandelnde Anforderungen ab. Auch der wirtschaftliche Erfolg von Unternehmen wird maßgeblich von der Qualifikation der Beschäftigten mitbestimmt. Damit ArbeitnehmerInnen länger zufrieden und produktiv arbeiten können, kommt der beruflichen Weiterbildung der Menschen über den gesamten Erwerbsverlauf eine zentrale Bedeutung zu (BMI 2012, S. 20)

4. Die Förderung der Vereinbarkeit von Studium und Elternschaft

Die bisherigen Ansätze zur Förderung Studierender mit Kind(ern) wurden in den vorangegangenen Kapiteln dargestellt. Insgesamt stellt sich die Frage, ob durch geförderte Rahmenbedingungen die Vereinbarkeit von Studium und Elternschaft verbessert und insofern die Dualität aus Ausbildung und Familiengründung attraktiver erscheinen kann. Kann dies zu einer Umdeutung der klassischen „Normalbiografie“ führen und als Folge eine tatsäch-

liche Entlastung im Lebenslauf mit erhöhten Chancen für die Verwirklichung wichtiger Lebenswünsche sowie übergeordnet eine Verbesserung der demografischen Entwicklung in diesem Land haben? Wie kann die Politik dahingehend beeinflussen, dass Frauen und Männer in ihrem immer länger andauernden Leben individuelle Möglichkeiten nutzen können und damit auch der Stabilität der Gesellschaft helfen? Würden andere Rahmenbedingungen mehr Studierende dazu bringen, bereits in dieser Lebensphase Kinder zu bekommen?

Für familien- und bildungspolitische Themen sind häufig die skandinavischen Länder Vorbild (Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011; Weiß 2008, S. 3). Und auch in Bezug auf die Quoten studierender Eltern fällt eine große Diskrepanz zwischen dem relativ konstant niedrigen Anteil studierender Eltern an Studierenden insgesamt in Deutschland (5%) und dem wesentlich größeren Anteil in Schweden (20%) auf (Hauschildt et al. 2015, S. 59; Hallberg et al. 2011, S. 1). Aus diesem Grund sollen Rahmenbedingungen für studierende Eltern in Schweden genauer untersucht werden. Im Folgenden soll die Situation studierender Eltern in Schweden im Zusammenhang mit schwedischer Familienpolitik betrachtet werden, gerade im Hinblick darauf, ob es beeinflussende Faktoren und Rahmenbedingungen gibt, die als Vorbild für Maßnahmen in Deutschland gelten könnten. Die Ergebnisse werden darauffolgend genutzt, um Ansätze und Möglichkeiten zur besseren Vereinbarkeit von Studium und Elternschaft in Deutschland abzuleiten.

4.1 Blick nach Schweden

Schweden nimmt sowohl bei den demographischen Veränderungen als auch bei den familienpolitischen Reaktionen darauf eine Vorreiterrolle ein. Bereits in den 1920er- und 1930er Jahren fand in Schweden ein Rückgang der Geburtenrate, eine Abnahme der Eheschließungen, ein Anstieg der Scheidungen und unehelicher Geburten statt. Dementsprechend entwickelte sich auch früh eine Familienpolitik, die das Ziel verfolgte, die Gleichstellung der Geschlechter und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Als eine Folge davon sind im Vergleich zu anderen europäischen Ländern viele Frauen dort heute erwerbstätig. Unterstützt wird dies von staatlicher Seite durch flächendeckende, öffentliche Kinderbetreuung für alle Altersgruppen mit einem Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für Kinder im Alter von einem bis fünfzehn Jahren (Weiß 2008, S. 3). Die schwedische

Familienpolitik wird im Folgenden näher beleuchtet um zu ermitteln, inwieweit politische Entwicklungen die Situation studierender Eltern in Schweden bzw. die Vereinbarkeit von Studium und Elternschaft erleichtern.

4.1.1 Familienpolitik in Schweden

Der universalistisch ausgerichtete Wohlfahrtsstaat Schweden förderte bereits seit Ende der 1960er Jahre eine Frauenerwerbsbeteiligung aktiv. Anstelle des „male-breadwinner model“ tritt das „dual-earner model“. Letzteres entspricht den Wünschen der meisten jungen Menschen, insbesondere junger Frauen eher, da sie nicht finanziell abhängig vom Ernährer der Familie sein wollen und sie ihr Bildungskapital aktiv in eine eigene Erwerbsbiografie umsetzen möchten (Scholze 2012, S. 37). Der schwedische Wohlfahrtsstaat zeichnet sich durch umfassende und universelle familienpolitischen Leistungen aus. (Scholze 2012, S. 37). Schweden gilt als Beispiel für das Doppelverdiener-Modell, das beide Elternteile ermutigt, erwerbstätig zu sein und gleichzeitig die unbezahlte Arbeit zu teilen, die im Haushalt und bei der Kinderbetreuung anfällt (Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011, Seite 1). Seit den 1970er Jahren wird dieses Modell politisch durch 3 wichtige Maßnahmen gestützt:

Beide Elternteile werden individuell besteuert, es gibt keine steuerlichen Vergünstigungen für verheiratete Paare, so dass die Ehe nicht explizit gefördert wird. Im Unterschied zu Deutschland mit dem „Ehegatten-Splitting“ setzt der schwedische Staat also keinen Anreiz, dass ein Ehepartner (zumeist der Mann, der mehr verdient als die Frau) arbeitet, während der andere Partner (meistens dann die Frau) den Haushalt führt. Inzwischen ist das „male breadwinner model“ in Deutschland auch nicht mehr vorherrschend (Oschmiansky et al. 2014, S.1), allerdings eher, weil ein Einkommen oft nicht mehr ausreicht, um die Familie zu ernähren, als aufgrund steuerlicher Bedingungen (Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011). Zu Schwedens Erfolg bei der Familienpolitik hat auch das Einkommenssteuerrecht beigetragen. Familien mit zwei niedrigen bis mittleren Einkommen haben durch die 1971 in Kraft getretene individuelle Einkommenssteuer gegenüber Familien mit nur einem hohen Einkommen steuerliche Vorteile. Das bietet einen zusätzlichen Anreiz für Paare, dass

beide einem Beruf nachgehen und sich die Familienarbeit teilen. Als Folge ist die Erwerbstätigkeit von Frauen in Schweden von 50 Prozent Mitte der 1960er Jahre auf 80 Prozent Anfang der 1990er Jahre gestiegen (Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011, S.2).

Eine weitere Maßnahme ist das einkommensunabhängige Elterngeld in Schweden, das auch Väter motivieren sollte, eine „Babypause“ einzulegen. Während diese Regelung 1974 nur für die ersten sechs Monate nach der Geburt galt, wurde sie nach und nach ausgeweitet. Seit 2002 beträgt die Elternzeit 16 Monate, mindestens zwei davon muss jedes Elternteil nehmen, um das Elterngeld und den vollen Umfang der beruflichen Freistellung zu erhalten. Inzwischen gehen in Schweden nicht nur die Mütter in Elternzeit, sondern auch neun von zehn Vätern (insgesamt allerdings für eine deutlich kürzere Zeit als die Mütter) (Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011, S.2). Auch durch die gewährten monetären Transferzahlungen wie das Elterngeld, Kindergeld, Schwangerschaftsgeld (in Schweden gibt es keinen Mutterschutz, aber eine Zahlung eines Schwangerschaftsgeldes frühestens 60 Tage vor dem errechneten Geburtstermin) und die „Geschwindigkeitsprämie“ (für Mütter, die innerhalb von zwei Jahren nach einer Geburt ein weiteres Kind zur Welt bringen) sowie die neu eingeführten Zulagen für die Betreuung der Kinder zu Hause wird ein Ausgleich für junge Eltern gegenüber kinderlosen Paaren geschaffen (Scholze 2012, S. 37).

Die dritte Stütze des Doppelverdiener Modells kann im öffentlichen Kinderbetreuungssystem gesehen werden, das in Schweden sehr gut ausgebaut ist. Dieses erleichtert bzw. ermöglicht es beiden Elternteilen, erwerbstätig zu sein. Seit vier Jahrzehnten baut Schweden kontinuierlich die Kinderbetreuung aus. Jedes Kind im Alter zwischen eins und fünfzehn hat Anspruch auf einen Platz in einer öffentlichen Kindertagesstätte. Dies gilt auch für den Fall, dass ein oder beide Elternteile arbeitslos sind und bietet damit den nötigen Freiraum für die Eltern, sich zu bewerben oder weiterzubilden.

Ein gravierender Faktor für ein funktionierendes, qualitativ gutes Betreuungssystem, in dem Eltern ihre Kinder gerne unterbringen, sind besonders gut ausgebildete PädagogInnen und kleine Kindergruppen in den Einrichtungen, wie es in Schweden der Fall ist. Inzwischen sind 77 Prozent aller Ein- bis Dreijährigen und 97 Prozent aller Vier- bis Fünfjährigen in einer

Kita untergebracht. Dies ist in Deutschland noch ein fernes Ziel, auch wenn seit 2013 jedem Kind ab einem Jahr ein Platz in einer Kindertageseinrichtung garantiert sein soll (Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011, S.2). Obgleich Deutschland in den letzten Jahren nachzieht, schränken immer noch fehlende Krippenplätze oder eine fehlende Ganztagsbetreuung die Berufstätigkeit insbesondere der Mütter ein.

Deutschland hat lange am traditionellen Ernährermodell festgehalten – in den letzten Jahren wurden aber einige Regelungen getroffen, die ein „dualearner model“ begünstigen. Der deutsche Wohlfahrtsstaat ist in seiner Steuerpolitik noch immer eher traditionell ausgerichtet. Mit dem „Ehegattensplitting“ wird die Ehe als Institution unterstützt – nicht aber die Gründung einer Familie mit Kindern. Der steuerliche Vorteil ist dann am größten, wenn ein konservatives „male breadwinner model“ gelebt wird, wenn also ein Ehepartner (real gesehen der Mann) das Geld für die Familie verdient und die Frau zu Hause bleibt, verantwortlich für Haushalt und Betreuung und Erziehung der Kinder ist. (Scholze 2012, S. 39) Diese familienpolitische Ausrichtung stellt ein Hemmnis für eine gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben zwischen Mann und Frau dar, was den Bedürfnissen junger Frauen nicht mehr entspricht, die eine eigene individuelle Erwerbsbiografie anstreben und gleichzeitig eine Familie gründen möchten (Scholze 2012, S. 39).

Seit einigen Jahren, unter anderem bedingt durch geringe Fertilitätsraten, findet ein Paradigmenwechsel und ein Leitbildwandel in der deutschen Familienpolitik statt, wie bereits erläutert. Die Parallelität von Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung rückte mehr in den Fokus. Ein Ausdruck dieses Leitbildwandels ist auch der Anspruch beider Elternteile auf Erziehungszeit (Scholze 2012, S. 39). Verschiedene Reformen wurden durchgesetzt, wie z.B. das Tagesbetreuungsausbaugesetz. Der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen zeigt, dass es im Interesse der Bundesregierung ist, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Insgesamt sind die Betreuungsmöglichkeiten nach wie vor nicht ausreichend ausgebaut und der bestehende Bedarf kann nicht gedeckt werden (Scholze 2012, S. 39).

Schwedische Familienpolitik war nie explizit darauf ausgerichtet, die durchschnittliche Kinderzahl je Frau zu steigern. Trotzdem bekommen Schwedinnen im Schnitt 1,94 Kinder (im europäischen Vergleich nur noch übertroffen von Isländerinnen, Irinnen und Französin-

nen), deutsche Frauen 1,4 Kinder. Schweden betreibt eine implizite Familienpolitik, die eher frauenpolitische Zielsetzungen verfolgt – letztlich aber auch Auswirkungen auf die Umsetzung des Kinderwunsches junger Frauen hat (Scholze 2012, S. 38).

Eine wesentliche Ausrichtung der schwedischen Familienpolitik ist, dass die Geschlechtergerechtigkeit gefördert wird, indem Frauen und Männer unterstützt werden, sich aus überkommenen Rollenmustern zu lösen. Es soll vor allem verhindert werden, dass Frauen durch die Geburt eines Kindes vom Berufsleben ausgeschlossen und durch die daraus erwachsende Fürsorgearbeit benachteiligt werden. Gleichzeitig soll es Vätern erleichtert werden, sich für mehr Zeit mit der Familie zu entscheiden. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie trägt offenbar zu einer höheren Kinderzahl bei (Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011, S.4), und es ist festzustellen, dass in den Ländern mit einer hohen Frauenerwerbsrate auch die Fertilitätsraten sehr hoch sind (Scholze 2012, S. 37).

4.1.2 Studierende mit Kind in Schweden

Im Europäischen Vergleich ist die Mehrheit der Studierenden 24 Jahre alt oder jünger. In Deutschland und Schweden hingegen ist mehr als ein Viertel aller Studierenden im Alter zwischen 25 und 29 Jahren (Gwocz et al. 2011, S. 12). Schweden hat einen hohen Anteil Studierender über 25 Jahren. Über die Hälfte der Studierenden ist hier in dieser Altersgruppe zu finden, jeder vierte Studierende ist mindestens 30 Jahre alt. Das höchste Durchschnittsalter Studierender im europäischen Vergleich haben Schweden und Norwegen mit 29 Jahren. Das höhere Alter in den nordischen Ländern kann unterschiedliche Ursachen haben, z.B. treten hier Studierende mit niedrigerem Bildungshintergrund erst später ein Studium an, oder steigen nach einer Unterbrechung später wieder ein: „The large shares of older students in the Nordic countries may be due to students without higher education background entering or returning to higher education at an older age - in these countries, students without higher education background are on average at least four years older than students with higher education background.“ (Hauschildt et al. 2015, S. 64)

Mit höherem Alter steigt die Wahrscheinlichkeit, Kinder während des Studiums zu haben oder zu bekommen. Der Anteil Studierender mit Kind ist in europäischen Ländern sehr unterschiedlich. Schweden ist mit einem Anteil von 20 Prozent am oberen Rand zu finden, Deutschland mit einem Anteil von 5 Prozent am unteren (Hauschildt et al. 2015, S. 64). Die Anzahl der Studierenden mit Kind korreliert mit dem Durchschnittsalter der Studierenden insgesamt - je älter im Mittel die Studierenden sind, desto mehr von ihnen haben Kinder. In Schweden haben mehr als zwei Drittel der Studierenden im Alter über 30 Kinder (Hauschildt et al. 2015, S. 65). Das Alter der Kinder von Studierenden liegt in der Mehrheit bei unter 6 Jahren (Hauschildt et al. 2015, S. 59, S. 65).

Es ist nicht einfach für Studierende, eine Familie zu gründen. Sie stehen unter einem besonderen gesellschaftlichen und familiären Rechtfertigungsdruck. Außerdem sind sie in der Regel auf eine Finanzierung ihrer mit der Geburt eines Kindes steigenden Lebenshaltungskosten durch andere angewiesen. Diese Schwierigkeiten scheinen in den einzelnen Ländern Europas unterschiedlich groß zu sein. Die Unterschiede hängen davon ab, welche Rolle die Gesellschaften der einzelnen Länder den Studierenden zuweisen und wem die Staaten die Verantwortung für die Finanzierung der Studierenden übertragen haben (Ochel 2006, S. 8).

In Schweden werden für schwedische und EU-BürgerInnen keine Hochschulgebühren erhoben (Gwocz et al. 2011, S. 28). In Deutschland wurde 2005 durch das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass Studiengebühren ab dem ersten Semester erhoben werden können, die Umsetzung blieb den einzelnen Ländern überlassen. Bis dahin war das Studieren an einer staatlichen Hochschule (Semesterbeiträge ausgenommen) kostenlos. Nur Langzeitstudierende, Gasthörer (Studierende anderer Hochschulen) und Teilnehmer von Aufbau- und Master-Studiengängen mussten für ihr Studium zahlen. Nachdem viele Bundesländer Studiengebühren eingeführt hatten, wurden sie nach Protesten und heiklen Diskussionen vor Landtagswahlen wieder abgeschafft, so dass ab 2014 das kostenlose Studieren in allen Bundesländern an staatlichen Hochschulen wieder möglich ist. Private Hochschulen sind allerdings immer noch auf Studiengebühren als Finanzierungsquelle angewiesen, da sie keine Subventionen erhalten (Hartmann 2016). Im Gegensatz zu Schweden müssen Studierende an staatlichen Hochschulen in Deutschland Semesterbeiträge zahlen, diese vari-

ieren zwischen 300 und 500 Euro und werden erhoben, um Verwaltungskosten oder andere Leistungen wie Beiträge für die Studierendenwerke (die wiederum Mensen, Wohnheime, Beratungsstellen, Kitas... betreiben), das Semesterticket, Studierendenvertretungen zu subventionieren (Hartmann 2016).

In Schweden erreicht die staatliche Unterstützung hohe Anteile (87 Prozent). Darüber hinaus stellt der Staat einen erheblichen Beitrag an den Gesamteinnahmen der Leistungsempfänger(innen) bereit. Der Beitrag der staatlichen Förderung an den Gesamteinnahmen der Geförderten liegt in Schweden bei 67 Prozent. Es scheint sich das Grundkonzept bemerkbar zu machen, dass Studierende als elternunabhängige Individuen betrachtet werden und der Staat in großem Umfang deren Alimentierung während des Studiums übernimmt (Gwocz et al. 2011, S. 24/25). Mit einer Geförderten-Quote von 30 Prozent weist Deutschland bei der Zahl der Leistungsempfänger(innen) einen unterdurchschnittlichen Wert auf. Die staatliche Förderung macht allerdings bei den Leistungsbezieher(inne)n im Durchschnitt 52 Prozent der Gesamteinnahmen aus (Gwocz et al. 2011, S. 24).

In Deutschland bilden Studierende keine eigenverantwortliche gesellschaftliche Gruppe. Sie werden vielmehr als Teil einer Familie betrachtet. Die Eltern sind für die Existenzsicherung ihrer Kinder bis zum Eintritt ins Erwerbsleben verantwortlich. Dem liegt ein Subsidiaritätsprinzip zugrunde, nachdem verwandtschaftliche Beziehungen bei der Unterstützung von Studenten Vorrang vor der staatlichen Unterstützung haben. Die kinderbezogenen Leistungen werden in der Regel auch für studierende Kinder gewahrt und fließen den Eltern zu. In Deutschland besteht beispielsweise ein Anspruch der Eltern auf kinderbezogene Leistungen des Staates für Studenten bis zum Alter von 27 Jahren. Die Eltern verwenden die Mittel für die finanzielle Unterstützung ihrer Kinder. Nur ein kleiner Teil der Studierenden erhält staatliche Stipendien. Deren Höhe ist relativ gering. Die Berechtigung für ein Stipendium und dessen Höhe ist vom Einkommen der Eltern abhängig. Ob die Studierenden nicht mehr bei ihren Eltern wohnen, spielt für die Höhe der Stipendien häufig keine Rolle. Die Finanzierung des Studiums durch Aufnahme von Darlehen ist unüblich (Ochel 2006, S. 8). Viele Studierende in Deutschland hängen finanziell so von ihren Eltern ab (Gwocz et al. 2011, S. 24).

In den skandinavischen Ländern hingegen bilden Studierende eine eigenverantwortliche gesellschaftliche Gruppe. Sie sind aber nicht selbst für die Finanzierung ihres Studiums verantwortlich. Dies ist vielmehr die Aufgabe des Staates. Die Eltern der Studierenden erhalten für diese keine kinderbezogenen Leistungen des Staates. Ein großer Teil der Studierenden erhält staatliche Stipendien, die vergleichsweise hoch sind. Gewährung und Höhe der Stipendien sind unabhängig vom Einkommen der Eltern. Studierende, die nicht mehr bei ihren Eltern wohnen, werden in der Regel besonders gefördert. In Schweden können Studierende Darlehen in Anspruch nehmen (Ochel 2006, S. 9).

Es wird ein Zusammenhang zwischen einer Familiengründung im Studium und den unterschiedlichen Rollen der Studierenden in Verbindung mit den damit verbundenen Verantwortlichkeiten für deren Finanzierung gesehen. Unterschiede im Familiengründungsverhalten weisen darauf hin, dass in den skandinavischen Ländern günstigere Bedingungen herrschen als in den süd- und westeuropäischen Ländern. Die Eigenverantwortlichkeit der Studierenden und die finanzielle Unabhängigkeit von den Eltern in Ländern wie Schweden ist ein Faktor, der die Entscheidung für eine Familiengründung in dieser Lebensphase begünstigend zu beeinflussen scheint. In Ländern wie Deutschland, in denen eine Abhängigkeit der Studierenden von ihren Eltern besteht, könnte dieses bedeuten, dass der Wunsch, eine eigene Familie zu gründen, mit den Bindungen und notwendigen Rücksichtnahmen gegenüber der Herkunftsfamilie konkurriert (Ochel 2006, S. 9). Neben diesen Einflussfaktoren gibt es sicherlich andere Determinanten, wie das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen oder die Erwerbsmöglichkeiten für Studierende, die das Verhalten im Hinblick auf eine Familiengründung im Studium beeinflussen (Ochel 2006, S. 9, S. 11).

Ochel leitet hieraus Ansatzpunkte zur Veränderung des Familiengründungsverhaltens von Studierenden in Deutschland ab. Dieses wäre eine Studien- und Familienförderung, welche die Eigenverantwortlichkeit der Studierenden und die finanzielle Unabhängigkeit von den Eltern stärkt. Ein weiterer Punkt wären angesprochene Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Studium und Familie wie die Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen für Studierende. Dadurch ließen sich die für zukünftige Akademikerinnen besonders hohen Opportunitätskosten eines Kindes reduzieren, welche durch die Verzögerung des Studienabschlusses

ses als Folge der hohen zeitlichen Beanspruchung durch die Kinderbetreuung und den damit verbundenen späten Eintritt ins Erwerbsleben entstehen. Die Entscheidung für ein Kind schon während des Studiums würde erleichtert (Ochel 2006, S. 11).

Insgesamt scheint es dem Schwedischen Staat gelungen, durch Familien- und Sozialpolitik einen Sozialstaat zu schaffen, der in Bezug auf Chancen egalitär agiert. Esping-Andersen sieht die Politik der skandinavischen Sozialdemokratie als entscheidenden Grund für die große Chancengleichheit im Norden. Der Sozialstaat habe die nordeuropäischen Gesellschaften egalitärer gemacht (Böckler Impuls 2015). „As to the main drivers, I argue that Scandinavia’s equalizing achievements are primarily the consequence of policies pursued for other egalitarian objectives, in prima facie democratization of the education system and female emancipation.“ (Esping-Andersen 2014, S. 125) Wichtig ist nach seiner Einschätzung zum einen die Bildungsreformen gewesen: um Klassenschranken zu überwinden, wurden ab den 1960er Jahren Gemeinschaftsschulen eingeführt und finanzielle Hindernisse im Bildungssystem beseitigt. Zum anderen habe die Emanzipation der Frau eine Schlüsselrolle gespielt. Zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit wurde das Kita-Angebot massiv ausgebaut, was angesichts der entscheidenden Bedeutung der Vorschuljahre für die kindliche Entwicklung erheblich zum Abbau von Klassenunterschieden beigetragen habe. Zugleich seien bessere Jobchancen für Mütter ein effektives Mittel gegen Kinderarmut gewesen. Der egalitäre Effekt dieser Politik beruht laut Esping-Andersen im Wesentlichen auf der Verbesserung der Situation der unteren Schichten (Böckler Impuls 2015).

Das höhere Fertilitätsverhalten von Studierenden in Schweden im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Ländern wird vielfach zurückgeführt auf günstigere Bedingungen für Mütter, Väter und Kinder allgemein, aber gerade auch für Studierende. Trotzdem kann auch in einem Land wie Schweden mit einer – im Vergleich zu anderen europäischen Ländern – bereits höheren Anzahl an Studierenden mit Kind(ern) die Frage gestellt werden, was Studierende davon abhält, während des Studiums Kinder zu bekommen. Sara Thalberg von der Stockholms Universität untersucht in ihrer Studie „First Education, then Children?“ von 2013 Einstellungen und Absichten Studierender in Bezug auf das Geburtenverhalten während des Studiums. Ausgangspunkt ist der Umstand, dass die Geburt des ersten Kindes bei Schwedinnen in zunehmend höherem Alter stattfindet. Thalberg möchte ergründen,

warum in Schweden nicht mehr jüngere Menschen Kinder bekommen und warum in diesem Zusammenhang der Anteil Studierender mit Kind nicht höher ist. In allen westlichen Ländern, so Thalberg, hätten Studierende signifikant niedrigere Fertilitätsraten als nicht Studierende im selben Alter. Ein Studium, d.h. eine zeitlich lang andauernde Ausbildung, scheint also maßgeblich mit einer Familiengründung in höherem Alter zusammenzuhängen (Thalberg 2013, S. 2).

Thalberg nimmt an, positive Aspekte, Kinder in höherem Alter zu bekommen, wären, dass Eltern dann sich eher reif genug fühlen und in einer ökonomisch stabileren Lage wären. Negative Konsequenzen auf individueller wie auf gesellschaftlicher Ebene wären aber, dass die Fruchtbarkeit mit dem Alter, insbesondere bei Frauen, abnimmt. Für junge Erwachsene bedeutet dies also, dass sie bei einer Entscheidung, Kinder später im Leben zu bekommen, einbeziehen müssten, später eventuell gar nicht mehr in der Lage zu sein, Kinder zu zeugen, oder aber weniger Kinder als gewünscht zu bekommen. In Bezug darauf steigt der Bedarf an aufwendiger Reproduktionsmedizin. Eine weitere negative Konsequenz ist, dass das gesundheitliche Risiko bei Schwangerschaft und Geburt in einem höheren Alter für Mutter und Kind steigt (Thalberg 2013, S. 3). Diese Themen gelten für deutsche Männer und Frauen, insbesondere für AkademikerInnen, genauso wie für schwedische. Dies alles würde dafür sprechen, schon in jüngerem Alter und studienbegleitend eigene Kinder zu bekommen.

Eine niedrige Geburtenrate unter Studierenden in Schweden – im Vergleich zu nicht Studierenden - mag auch auf den studentischen Lebensstil zurückzuführen sein, der nicht mit Kindern zusammen zu passen scheint, oder auf sozialen Normen, die eine bestimmte Abfolge verschiedener Lebensereignisse im Lebenslauf vorsehen, nach der zunächst eine Ausbildung abgeschlossen sein sollte, bevor eine Familie gegründet wird, so Thalberg. In Schweden bekommen Männer und Frauen später Kinder als sie es als ideales Alter für die erste Geburt angeben. Dies lässt, so Thalberg, die Annahme zu, dass ein Aufschub, Kinder zu bekommen, nicht intendiert ist (Thalberg 2013, S. 3). Die befragten Studierenden in der Studie von Thalberg geben als wichtigen Grund, eine Familiengründung nicht schon bereits während des Studiums umzusetzen, an, dass sie ihr Studium abgeschlossen haben wollen und durch eine Erwerbstätigkeit materielle Sicherheit erlangt haben wollen, bevor sie eigene Kinder bekommen. "As suggested above, completing one's education is one of the

most important reasons behind delayed childbearing. This factor is of particular relevance in Sweden, as Swedish students are relatively older in an international comparison, in terms of both age at enrolment and age at completion of university-level education. The average age for completing a first degree is 29.5, and one in three students is above 30.” (Thalberg 2013, S. 4)

Das höhere Alter der Studierenden insgesamt ist im Kontext mit den Vorstellungen, die schwedische Männer und Frauen über ihre Lebenslaufgestaltung haben, zu sehen. Thalberg weist darauf hin, dass junge Schwedinnen und Schweden nach einem Schulabschluss nicht gleich studieren. Es sei üblich, zunächst entweder im Ausland oder zu Hause für einige Zeit zu arbeiten, zu reisen, oder nicht universitäre Ausbildungen zu verfolgen bevor man einen höheren Bildungsweg aufnimmt. Das flexible Bildungssystem erlaubt es Studierenden in Schweden zudem, den begonnenen Studiengang zu wechseln oder zwischendurch zu pausieren und wieder zu kommen. (Thalberg 2013, S. 4) Daneben spiele es eine Rolle, dass Universitäten in Schweden keine Studiengebühren erheben und dass es verschiedene finanzielle Hilfen seitens des Staates gäbe. Alle Studierenden unter 54 Jahren sind berechtigt, finanzielle Hilfen für maximal sechs Jahre in Anspruch zu nehmen. Diese müssen teilweise gar nicht zurückgezahlt werden. Einen anderen Teil davon macht ein Kredit aus, der mit relativ niedrigen Zinsen zurückgezahlt werden kann. Für Studierende mit Kindern gibt es, abhängig vom Alter der Kinder, einen extra Kinderzuschlag (Thalberg 2013, S. 4).

Viele der befragten Studierenden gaben an, dass die rahmengebende Familienpolitik eine große Rolle in der Entscheidung für Kinder spielt. Die Familienpolitik eines Landes spiegelt wieder, welches Verhalten von der Regierung erwartet und unterstützt wird. Durch die Familienpolitik werden soziale Normen geformt und aufrechterhalten. Soziale Entwicklung, die normative Entwicklung und politische Reaktionen beeinflussen sich wechselseitig und bringen sich voran. „Family policies reflect which behaviours are expected, or at least supported, by the government. As such family policies create as well as maintain societal norms, and there is an on-going interplay between social development, normative development, and policy responses.” (Thalberg 2013, S. 6)

Abgesehen von materieller Absicherung und gesellschaftlichen wie politischen Voraussetzungen gibt es Faktoren auf dem individuellen Level, persönliche Präferenzen, Werte und

Einstellungen, die ebenfalls die Absichten und Entscheidungen zum Geburtenverhalten beeinflussen. Die Befragten gaben an, ihr junges Erwachsenenalter ausnutzen zu wollen, indem sie reisen, sich entfalten und keine Verantwortung für eine Familie haben, bevor sie eigene Kinder bekommen oder sie sich eventuell noch nicht ausreichend bereit oder reif dafür fühlen (Thalberg 2013, S. 6). Weiterhin wurde betont, dass es wichtig sei zu wissen, was man im Leben insgesamt und in Bezug auf die eigene Karriere erwarte. Klare Ziele und Perspektiven verstärkten das Gefühl der Sicherheit, was wiederum den Wunsch, eigene Kinder bekommen zu wollen, begünstige. Das Leben der meisten Studierenden ist durch hohe Unsicherheiten gekennzeichnet und könnte eine weitere Erklärung für die geringe Fertilitätsrate unter Studierenden sein. Eine genannte Grundvoraussetzung, Kinder in die Welt zu setzen, sind mentales und emotionales Wohlbefinden und einen Partner zu haben (Thalberg 2013, S. 22).

Die Wünsche nach ökonomischer Sicherheit und einem sicheren Weg im Leben stehen eventuell dem fortschreitenden Alter diametral entgegen und führen zu einer schwierigen Situation in der Entscheidung für oder gegen eigene Kinder „The fact that both economic security and declining fecundity were crucial factors in the respondents' childbearing intentions implies that some students, particularly females around 30, find themselves in a difficult situation, given that these two factors normally work in opposite directions time-wise.“ (Thalberg 2013, S. 23)

Das Geburtenverhalten und der Wunsch nach einer eigenen Familie werden maßgeblich durch Fragen der Geschlechtergerechtigkeit beeinflusst. Elternschaft hat nach wie vor typische und unterschiedliche Konsequenzen für Männer und Frauen (Thalberg 2013, S. 7). Seit den 1960er Jahren gab es in Schweden Debatten und Diskurse über Väter und deren Rolle, die sich – „from cash to care“ – vom alleinigen Familienernährer zum sich um die Familie kümmernden, aktiven und teilnehmenden Vater gewandelt hat. Obgleich sich Männer- und Väterrollen in Schweden in den letzten 50 Jahren dramatischer verändert haben als in anderen Ländern, und dies auch politisch gewollt und gesteuert wurde und sich gleichzeitig auch die Frauenrollen veränderten, gibt es immer noch große Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Das traditionelle Muster der Geschlechterrollen in Bezug auf

bezahlte Arbeit, Hausarbeit und Kindererziehung ist immer noch da, zwischen einer egalitäreren Geschlechteraufteilung und den neuen Vaterschaftsidealen auf der einen Seite und der tatsächlichen Arbeitsteilung auf der anderen herrscht immer noch eine große Lücke (Thalberg 2013, S. 7).

Eine Familie zu gründen, Kinder während des Studiums zu bekommen, ist ein dynamischer Prozess, der aus verschiedensten Perspektiven und Aspekten, die sich gegenseitig beeinflussen, entsteht. „Finally, it should be emphasized that family formation is a dynamic interactive process in which several aspects mutually influence one other.“ (Thalberg 2013, S. 7)

4.2 Schwedische und deutsche Ansätze im Vergleich

Die gesellschaftlichen, politischen und individuellen Verhältnisse für Studierende mit Kind in Schweden weisen in vielen Punkten große Divergenzen zu Deutschland auf. Bestimmte Zielsetzungen und Vorstellungen haben jedoch einiges gemein, was mit einem ähnlichen Staatsmodell, das eines Wohlfahrts- bzw. Sozialstaats, und sich angleichenden kulturellen Vorstellungen und Leitbildern zusammenhängt.

Ogleich es kulturelle Leitbilder gibt, die ähnlich wie in Deutschland nicht gerade dafür sprechen, eine zeitliche Parallelität von Studium und kleinen Kindern umzusetzen, gibt es mehr Studierende mit Kind in Schweden als in Deutschland. Die Vorstellungen von einem phasierten Lebenslauf, der einem institutionalisierten Lebensverlaufsmuster folgt, ähneln deutschen Leitbildern. Danach sollte eine individuelle Phase des jungen Erwachsenseins ohne familiäre Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten und eine abgeschlossene Ausbildung mit einer darauffolgenden materiellen Absicherung einer Familiengründung vorausgehen. Schwedische Familienpolitik scheint jedoch Voraussetzungen geschaffen zu haben, die einen flexibleren Lebenslauf möglich machen. Durch flexible Studienmöglichkeiten und große finanzielle Unterstützung ist es möglich, das Studium zu bestimmten Zeitpunkten zu unterbrechen und später wiederaufzunehmen, zwischendurch erwerbstätig zu sein und sich auch nach unterschiedlichen Bildungsverläufen immer weiter zu qualifizieren.

Wenn Lebensverläufe flexibel im Sinne des 7. Und 8. Familienberichtes gestaltet werden können und Chancen auf die Verwirklichung unterschiedlicher Lebensziele bieten sollen, wäre es sinnvoll, auch in Deutschland mehr solcher Möglichkeiten zu schaffen. Seit Einführung der Bachelor- und Master-Studiengänge gibt es den Gelegenheitsraum, nach dem Bachelor zunächst etwas Anderes zu machen, wie z.B. eine Erwerbstätigkeit auszuüben oder Familienzeiten zu nutzen, und den Master zu einem späteren Zeitpunkt anzuschließen. Viele Absolventen wollen allerdings schnell nach dem Bachelor-Abschluss einen Master-Studiengang anhängen, um bessere Aussichten auf dem Arbeitsmarkt zu haben.

Deutsche Hochschulen machen sich auf den Weg, flexiblere Studiengänge anzubieten. Initiativen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung BMBF „Aufstieg durch Bildung“, dem Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung – offene Hochschule“ fördern Studiengänge, wie beispielsweise den berufsbegleitenden Master-Studiengang „Angewandte Familienwissenschaften“, die neue Zielgruppen ansprechen und es ermöglichen, zu verschiedenen Zeitpunkten im Leben und neben einer Berufstätigkeit oder Care-Arbeit für die Familie zu studieren. Solche Studiengänge sind jedoch zum einen häufig sehr kostenintensiv und kommen auf der anderen Seite noch zu selten vor. An dieser Stelle kann Schweden sicherlich Ideen liefern und Vorbild sein, auch in Deutschland mehr Flexibilität und Öffnung in der universitären Ausbildung anzustreben.

Schwedische Familienpolitik befördert ein Klima, in dem es für Frauen und Männer selbstverständlich umsetzbar sein soll, eine gute Ausbildung, einen qualifizierten Beruf und eine eigene Familie mit Kindern zu haben. Durch Rahmenbedingungen, die familienfreundliche Gesetze und finanzielle Hilfen bieten, wird in die Öffentlichkeit transportiert, dass es machbar und gut ist, eigene Kinder zu haben. Einem Bild, eigene Kinder wären eine belastende zusätzliche Aufgabe, wie es in Deutschland vielfach vorherrscht, wird so entgegengewirkt. Ein positiveres Bild von Familiengründung und dem Zusammenleben mit Kindern zu generieren bzw. zu fördern ist Zielsetzung der deutschen Familienpolitik im Sinne der Demografieentwicklung, es bedarf aber einer Reihe von weiteren Maßnahmen und Änderungen der steuerlichen Regelungen oder finanzieller Hilfen, um diese Entwicklung voranzutreiben. Gleichzeitig muss Familienpolitik auch in Deutschland schaffen, dass Menschen sich unter-

stützt fühlen und von unterstützenden Maßnahmen wissen. Entwickelte Maßnahmen müssen publik gemacht werden und zu einem selbstverständlichen Bestandteil des Alltags der Menschen in Deutschland werden.

Politik setzt Zeichen. Politik soll umsetzen, was die Gesellschaft braucht und fordert, und dafür Rahmenbedingungen schaffen. Gleichzeitig beeinflusst sie damit auch die Wertschätzung und Aufmerksamkeit, die Themen und Sachverhalte bekommen und schafft bzw. erhält Leitbilder. In Schweden herrscht insgesamt ein familienfreundliches Leitbild, was sich daran zeigt, dass schwedische Frauen und Männer mehr Kinder bekommen und gerade auch Studierende mehr Kinder haben als in Deutschland. Die Tatsache, dass Studierende in Schweden als eigenständige Gruppe gesehen werden, die unabhängig von den Eltern ist, sowie die umfangreiche staatliche finanzielle Unterstützung scheint es Studierenden eher zu ermöglichen, Kinder während des Studiums zu bekommen oder ein Studium trotz Elternschaft zu beginnen. Leitbilder, nach denen man als junger Mensch andere Aufgaben angehen möchte, als eine eigene Familie zu gründen, stehen dem höheren Alter vieler Studierenden in Schweden gegenüber. Dieses ist, wie dargestellt, ein gravierender Faktor gerade für Studentinnen, während des Studiums eine eigene Familie zu gründen. Damit hängt zusammen, dass schwedische Studierende im Durchschnitt älter sind als Studierende in Deutschland. Wenn Studiengänge flexibilisiert werden und sich möglichst gut an individuelle Lebensläufe anpassen, könnte sich auch in Deutschland eine größere Heterogenität in Bezug auf die Studierendenschaft entwickeln. Würde Deutschland ein System schaffen, in dem Studierende – gleich in welcher Altersgruppe – unabhängiger von den Eltern wären, könnte dies befördern, dass Lebensläufe sich an der Verwirklichung der jeweiligen Ziele und der jeweiligen Lebensumstände entwickeln und damit unterschiedliche Lebensphasen zusammen erlebt werden können, die nach einem klassischen Phasenmodell nicht zusammengehören.

Der 7. Und 8. Familienbericht fordern ein Aufbrechen von Vorstellungen von starren Lebensläufen. Sicherlich hilft ein allgemein familienfreundliches Klima, in dem die positiven Aspekte einer eigenen Familie und eigener Kindern betont werden und auf eine Machbarkeit hingewiesen wird. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Vorstellungen, man möchte sich als junger Erwachsener frei und ungebunden fühlen und bestimmte Aktivitäten oder

Phasen auskosten, ohne für eigene Kinder verantwortlich zu sein, zu beeinflussen sind. Sicherlich gibt es aber auch einen Teil der jungen Erwachsenen, die sich vorstellen könnten, schon früher im Lebensverlauf eine eigene Familie zu gründen. Zum anderen kann eine Haltung, in der Menschen sich vorstellen können, individuelle Wünsche im Leben auch mit eigenen Kinder umzusetzen, durch gut ausgestaltete Rahmenbedingungen befördert werden. Dies könnten unter anderem eine gut ausgebaute Infrastruktur der Kinderbetreuung und ein familienfreundlicher Arbeitsmarkt sein, der nicht gegensätzlich zum Familienleben der Erwerbstätigen funktioniert, sondern dies zu nutzen weiß.

Der Prozess einer Umstellung der Familienpolitik begann in Schweden schon vor Jahrzehnten und hatte zunächst eher frauenpolitische Themen und eine Gleichstellung der Geschlechter im Blickfeld. Obgleich eine Fertilitätsförderung nicht intendiert war, erfolgte der Effekt, dass die Geburtenrate anstieg. In Deutschland rückte Familienförderung erst in den 2000er Jahren in den Fokus. Es gab einen Perspektivwechsel hin zu einer demographieorientierten Familienpolitik, in der klar das Ziel benannt wurde, die Geburtenrate steigern zu wollen. Dazu wurden oben beschriebene Maßnahmen vorangetrieben. Eine Gleichstellung der Frauen, um eine Familienfreundlichkeit zu fördern, war eins der Themen, aber nicht das vorherrschende. Der Zusammenhang zwischen einer größeren Geschlechtergerechtigkeit in Verbindung mit einer höheren Frauenerwerbstätigkeitsquote und einer steigenden Fertilität wird nicht nur in Schweden festgestellt. Der Vergleich der europäischen Länder zeigt, dass negative Auswirkungen auf die Geburtenrate und den Wunsch, Kinder zu bekommen, gerade da zu erwarten sind, wo trotz steigender Anforderungen an die Familien mit steigender Frauenerwerbsbeteiligung und erhöhtem Leistungsdruck im Berufsleben die Verantwortlichkeit für die Kinder bzw. deren Betreuung und Erziehung nach wie vor vorwiegend bei den Eltern liegt.

Die schwedische Familienpolitik ist wesentlich daran ausgerichtet, die Geschlechtergerechtigkeit zu fördern, indem Frauen und Männer darin unterstützt werden sollen, sich aus überkommenen Rollenmustern zu lösen. Frauen sollen nicht durch die Geburt eines Kindes vom Erwerbsleben ausgeschlossen werden und durch die daraus erwachsende Fürsorgearbeit benachteiligt werden. Gleichzeitig soll es Vätern erleichtert werden, sich für mehr Zeit mit der Familie zu entscheiden. Deutschland hat sich mit verschiedenen Maßnahmen auf

den Weg in diese Richtung gemacht. Trotzdem ist es immer noch so, dass nur ein geringer Teil der Väter Elternzeit nimmt und dass häufig die Frauen nach Beendigung der Elternzeit in eine Teilzeitbeschäftigung gehen, während der Mann in Vollzeit erwerbstätig bleibt. Ein weiterer Hinderungsgrund für eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt für Frauen ist die noch nicht ausreichend ausgebaute Kinderbetreuungslandschaft. Dies ist in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich. Während in Hamburg inzwischen eine tägliche fünfständige Betreuung für jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr für die Eltern kostenfrei ist, kann in angrenzenden Gemeinden eine solche Betreuung für ein Kind unter drei Jahren bis zu 400,- Euro für die Eltern kosten. Sinnvoll war sicherlich die Einführung des Rechtsanspruches auf eine frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege ab dem 01. August 2013, der den weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsplätze angeschoben hat und eine Vereinbarkeit von Erwerbsleben und Familie bzw. Studium und Familie unterstützt. Damit wird es gesellschaftsweit auch selbstverständlicher, das eigene Kind institutionell betreuen zu lassen, um in der Zeit anderen Dingen wie dem Studium oder der Erwerbstätigkeit nachzugehen. Dies ist in Schweden schon der Fall.

Der Vorbildcharakter, den Schweden in der Qualität der Einrichtungen, der guten Ausbildung der PädagogInnen, der umgesetzten Pädagogik und kindlichen Förderung, Gruppengröße usw. hat, sollte auch der deutschen Familienpolitik die Bedeutung der frühkindlichen Betreuung stark vergegenwärtigen. Eine gute Qualität in der frühkindlichen Betreuung fördert Chancengleichheit von Anfang an, macht es Eltern leichter, ihre Kinder aushäusig betreuen zu lassen und zeigt eine Selbstverständlichkeit in Bezug auf institutionelle Betreuung, genau wie eine Wertschätzung gegenüber Familien und ihren Kindern. Dies beeinflusst wiederum das Klima, innerhalb dessen Familiengründung werden oder auch nicht.

In Schweden kann man sehen, dass eine an der Gleichstellung der Geschlechter orientierte Politik mehr Familienfreundlichkeit mit sich bringt und auch die Fertilitätsrate positiv beeinflussen kann. Andere Familienleitbilder, gefördert durch die Politik, genauso wie finanzielle Maßnahmen und ein gut ausgebautes, qualitativ hochwertiges Betreuungssystem machen andere Lebensmuster und andere Lebensvorstellungen möglich. Flexibilität in der Bildungsbiographie wie in der Lebenslaufgestaltung legen den Grundstein, um Zeiten zu nutzen, wie es auch im siebten und achten Bildungsbericht angesprochen wird. Der Prozess

politischer Familienförderung begann in Deutschland später als in Schweden und nimmt etwas andere Wege, so dass sich zeigen wird, ob ähnliche Entwicklungen daraus folgen und inwieweit Entwicklungen beeinflusst wurden oder noch werden.

4.3 Ansätze und Möglichkeiten zur Förderung der Vereinbarkeit von Studium und Elternschaft

Die Phase einer Parallelität eines Studiums und Kind ist, wie dargestellt, weiter in den Fokus zu nehmen und zu unterstützen – sowohl aus Sicht der studierenden Eltern selbst wie auch aus Sicht der Familienpolitik. Es bedarf weiterer Forschungen und Reflektionen, um bestehende Maßnahmen zu evaluieren, deren Sinnhaftigkeit zu prüfen und weitere Maßnahmen, die eng an den Adressaten orientiert sind, zu entwickeln. Unterstützende Maßnahmen wären dabei konkrete Hilfen für studierende Eltern, aber auch gesamtgesellschaftlich anzuregende Veränderungen, die ein familienfreundliches Klima schaffen, Geschlechterrollen neu definieren und bewerten und damit eine Geschlechtergerechtigkeit herbeiführen, eine Balance zwischen Familien- und Erwerbsleben fördern und eine Vereinbarkeit vereinfachen. Damit würde eine Chancengerechtigkeit unterstützt, die sich auf eine freiere Gestaltung des Lebenslaufes und die Verwirklichung der Wünsche an ein Leben wie gute Bildung, einem qualifizierten Job und einer eigenen Familie bezieht. Dies hat dann auch den Effekt, dass mehr Menschen eine gute (Aus-)Bildung erlangen können und durch qualifizierte Jobs der Armut entgehen.

Wie in dieser Arbeit am Beispiel Schwedens dargestellt, gestaltet die Familienpolitik Strukturen und Chancen in der Gesellschaft maßgeblich mit und wird darin auch von den Menschen wahrgenommen. Esping-Andersen sieht für die erreichte Chancengleichheit in den skandinavischen Ländern den Sozialstaat und die Politik als entscheidenden Grund. Die Studie von Thalberg zeigt anhand der Aussagen der Studierenden, dass Familienpolitik eine große Rolle in der Entscheidung für oder gegen eigene Kinder in bestimmten Lebensphasen einnimmt. So ein Zusammenhang wäre für Deutschland noch genauer zu erforschen, um darauf hin Ansätze zu entwickeln, wie bestehende und neu hinzukommende familienunterstützende Maßnahmen durch die einzelnen Gesellschaftsmitglieder wahr- und ange-

nommen werden können. Mit einer Verbesserung der Rahmenbedingungen kann die Politik ein gutes Fundament schaffen, um die Vereinbarkeit von Studium und Kind(ern) zu erleichtern. Vielfach scheint dies aber die individuellen und kulturellen Faktoren nicht zu treffen bzw. können kulturelle Bilder dem Ausleben individueller Wünsche sogar entgegenstehen. Es wird deutlich, dass Politik nicht nur auf die Rahmenbedingungen einwirken kann, sondern dass es eine wechselseitige Beeinflussung und Prägung zwischen gesellschaftlichen Bildern, kulturellen Sichtweisen und familienpolitischer Gestaltung gibt. Auf diese Wechselseitigkeit muss ein größeres Augenmerk gerichtet werden, um Maßnahmen an die wirklichen Bedürfnisse anzupassen, aber auch zu prüfen, inwieweit Politik ihrerseits lenkt und Bilder schafft. Dazu bedarf es, gerade in Bezug auf Studierende mit Kind, weiterer Untersuchungen. Die Initiierung der Familienfreundlichen Hochschule, entwickelte Projekte und Audits sollten daraufhin überprüft werden, inwieweit sie Bedürfnissen entsprechen und dem Sinn der Förderung studierender Eltern und der übergeordneten Chancengleichheit dienlich sind.

Damit hängen maßgeblich die Leitbilder zusammen, die suggerieren, dass ein Studium mit Kind machbar und vielleicht sogar schön sein kann. Eventuell könnten Hochschulen dies sogar als Standortfaktor sehen und Studierende mit Kindern als unterstützenswerte und gewollte Klientel betrachten. Kulturell vorherrschende Familienbilder wirken sich wesentlich darauf aus, was Menschen zu bestimmten Zeitpunkten im Leben wollen und umsetzen und gerade auch darauf, ob sie Kinder bekommen oder nicht. Im Studium Kinder zu bekommen, ist nach einem Normallebenslauf nicht erstrebenswert. Ein Wandel kultureller Leitbilder findet kontinuierlich statt, dies zeigt sich in der bisherigen gesellschaftlichen Entwicklung, beispielsweise an einer verbesserten Ausbildung und Erwerbsbeteiligung der Frauen oder an sich divers entwickelnden Familienformen. Wie genau eine familienpolitische Beeinflussung solcher Leitbilder stattfindet und was damit möglich ist, ist genauer zu ermitteln.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung nennt hier drei Anknüpfungspunkte, die von der Familienpolitik sinnvollerweise zu bemerken und aufzugreifen sind. Zum einen werden Leitbilder durch die öffentliche Kommunikation geprägt und verändert. Zum anderen werden sie

durch Sozialisation und das Vorbild anderer reproduziert. Zum dritten stehen sie in Wechselwirkung mit institutionellen Regelungen (gesetzlichen, mit der Infrastruktur, mit der Organisation von Bildungseinrichtungen...), in denen sich Leitbilder manifestieren und diese stabilisieren oder infrage stellen. Auf diese Art werden in den Regelungen bestimmte Leitbilder vorausgesetzt und damit gleichzeitig in die Öffentlichkeit als „richtig“ oder „normal“ kommuniziert.

Für die Hochschulen, aber auch für politische Bemühungen insgesamt, bedeutet dies, die öffentliche Kommunikation dahingehend zu verändern, dass eine Elternschaft nicht per se als Belastung dargestellt wird, sondern als eine schöne Lebensaufgabe zu sehen ist, die in verschiedenen Phasen des Lebens umgesetzt werden könnte. Bestehende unterstützende Maßnahmen und Regelungen müssen den Menschen, die diese brauchen könnten oder in ihren Entscheidungen beeinflusst werden könnten, bekannt und geläufig sein. Damit zusammenhängend sollte es Vorbilder geben, die zeigen, was machbar ist. Gerade an den Hochschulen scheint es weder dem Studium noch der weiteren Karriere in der Wissenschaft förderlich zu sein, eine Familie zu haben und einen großen Teil des Lebens darauf zu verwenden. In der Politik gibt es langsam Vorbilder wie die ehemalige Familienministerin, die sieben Kinder hat und auch beruflich Karriere, als Ärztin und in der Politik, machen konnte; oder SPD-Parteivorsitzender Sigmar Gabriel, der als Vater in einer hohen Position Elternzeit nahm, oder die ehemalige Familienministerin Kristina Schröder, die als erste Ministerin während ihrer Amtszeit ein Kind bekam.

Die Leitbilder ändern sich mit den Veränderungen in der Gesellschaft, politisch wie individuell. Es gibt andere und mehr Familienformen als noch vor einigen Jahrzehnten, die politisch unterstützt und gesellschaftlich anerkannt sind, wie z.B. das Zusammenleben unverheirateter (heterosexueller wie homosexueller) Paare mit Kindern, Patchworkfamilien, Alleinerziehende, Wechselmodelle usw.. Bestimmte Entwicklungsschritte sind bereits eingeleitet, und Vorstellungen von Lebensverläufen verändern sich. Ob die Unterstützung von Familien in verschiedenen Altersgruppen und Lebensphasen dazu führen wird, dass Menschen in jüngeren Jahren mehr Kinder bekommen, wird sich zeigen. Fraglich ist, ob sich Leitbilder verstärken, denen entsprechend man das ganze Leben unabhängig und flexibel gestalten will, aber auch muss, und einen Lebensstil verfolgt, der ehemals den jüngeren

Menschen zugeschrieben wurde. Schweden geht mit gutem Beispiel voran um zu zeigen, dass eine Familienpolitik mit Unterstützung in verschiedenen Lebenslagen, finanzieller Unabhängigkeit und Flexibilität (statt starrer Linearität) in der Ausbildung und dem Karriereweg zusammenhängt. Eine Politik, die die Gleichstellung der Geschlechter und egalitäres Rollenverhalten explizit befördert sowie den Menschen Unsicherheiten nimmt, indem sie von verschiedenen Maßnahmen wissen und diese als selbstverständlich erachten können, kann sich positiv auf die Familienbildung und die Geburtenrate auswirken, wie sich am Beispiel Schweden zeigt.

Der siebte Familienbericht fordert einen Dreiklang aus Zeitpolitik im Lebenslauf und in der Alltagszeit, der Entwicklung von integrativen Infrastrukturen in Nachbarschaft und Gemeinde sowie finanziellen Transfers zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Familien und Kindern. In der Unterstützung für Studierende mit Kindern bedeutet das, das Bild von studierenden Eltern, wie dargestellt, positiver zu besetzen, sowie bestehende Maßnahmen zu evaluieren und anzupassen.

Unterstützungsangebote für Studierende mit Kind helfen insgesamt nicht nur dieser Gruppe, sondern konkret allen Familien. Der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze ist weiter voranzutreiben, um allen Interessierten einen Platz zu sichern. Für studierende Eltern wäre es hilfreich, wenn die Betreuungsplätze in der Nähe der Uni sind, so dass sie im Notfall schnell bei ihren Kindern sein können und durch Fahrzeiten nicht noch mehr Stundenbudget für den Besuch von Lehrveranstaltungen verlieren. Öffnungszeiten und Lehrveranstaltungen, mit oder ohne Anwesenheitspflicht, sollten miteinander abgeglichen werden. Für Lehrveranstaltungen außerhalb dieser Öffnungszeiten oder am Wochenende wären weitere Betreuungsangebote sinnvoll. Überlegenswert wäre hier, ob sich Studierende gegenseitig unterstützen könnten, indem beispielsweise Studenten aus sozialen und pädagogischen Studiengängen zu diesen Zeiten Betreuungen anbieten, dadurch Geld verdienen und Praxiserfahrungen sammeln könnten. Dies wäre von den Hochschulen zu koordinieren und durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten usw. zu unterstützen. Eine Unterstützung studierender Eltern bzw. potenzieller Eltern wäre auch die Bekanntmachung zu Beginn des Studiums, wie Familien an der jeweiligen Hochschule unterstützt werden, welche Hilfen sie erwarten können und wo sie diese finden.

Insgesamt ist, wie dargelegt und wie man in Schweden sehen kann, eine Flexibilität der Lehrangebote wünschenswert und würde Familien im Studium unterstützen. Dabei brauchen die Studierenden, insbesondere studierende Eltern, ausreichend Beratung, um eine Flexibilität gut koordinieren zu können. Die Flexibilität sollte sich an den Bedarfen orientieren, Teilzeitstudiengänge und Weiterbildungsstudiengänge müssten demnach weiter ausgebaut werden. Dabei ist auf die Kosten zu achten, im Sinne einer Chancengleichheit ist es schwierig, wenn ein Studium im höheren Alter mit großen Kosten verbunden ist, speziell dann, wenn im Haushalt noch eigene Kinder mitfinanziert werden müssen. Unterbrechungen im Studienverlauf müssten möglich sein und dürften nicht gleich den Abbruch einer universitären Ausbildung bedeuten.

Eine bessere finanzielle Unterstützung der Studierenden insgesamt würde eine größere finanzielle Unabhängigkeit ermöglichen und damit insbesondere auch studierende Eltern entlasten. Nimmt man Schweden zum Vergleich, scheint es dort leichter zu sein, ein Studium zu absolvieren, ohne nebenbei für den Lebensunterhalt arbeiten zu müssen. Dies betrifft Studierende mit eigenen Kindern stark, da sie neben Familie und Studium durch Erwerbstätigkeit eine zusätzliche, Zeit und Kraft raubende Belastung durch einen Job haben.

Heterogenität an den Hochschulen muss gewollt sein und befördert werden und darin gesellschaftliche Bedarfe widerspiegeln. Unter diesem Gesichtspunkt könnte es Hochschulen geben, die explizit Familien in der Wissenschaft unterstützen wollen und damit als Standortfaktor werben.

5. Resumée und Fazit

„Eine nachhaltige Politik für Familien schafft angemessene Bedingungen für Lebensverläufe, verlässliche Optionen zur Realisierung von Lebensplänen.“ (BMFSFJ 2006, S. XXV)

Sowohl aus Sicht der Studierenden wie der Institutionen scheint das Studium bisher kaum eine geeignete Lebensphase für die Gründung einer Familie zu sein. Die Rahmenbedingungen an den Hochschulen können bis jetzt grundsätzlich als eher eltern- und familienfeindlich bezeichnet werden, und es könnte sogar als leichtfertig angesehen werden, Studieren-

den nahe zu legen, bereits während des Studiums eine Familie zu gründen. Dies zu verändern ist eines der Ziele der nachhaltigen Familienpolitik, die sich seit Anfang der 2000er Jahre bevölkerungsorientiert ausrichtet. Aufgrund der demografischen Entwicklung in Deutschland sollen Möglichkeiten entdeckt und aufgetan werden, innerhalb derer Frauen und Männer ihre Wünsche an den eigenen Lebensverlauf, welche in der überwiegenden Mehrheit die Gründung und das Zusammenleben mit einer eigenen Familie genauso wie eine qualifizierte Ausbildung mit einer darauffolgenden qualifizierten Erwerbstätigkeit beinhalten, verwirklichen können. Nicht nur auf individueller Ebene bestehen diese Wünsche, auch politisch und gesellschaftlich sind sie gewollt. Diese Themen werden intensiv im siebten und achten Familienbericht bearbeitet. Im siebten Familienbericht von 2006 wird eine Entzerrung des Lebensverlaufes, insbesondere der Entzerrung von Familiengründung und Karriere, angedacht. In diesem Zusammenhang wird auch explizit über die Vorteile und Potenziale der Parallelität von Studium und Elternschaft geschrieben. Der achte Familienbericht vertieft das Thema Zeit für Familien. Zeitliche Freiräume müssten von verschiedenen Akteuren geschaffen und respektiert werden. Zeitpolitik müsste sich an der bestehenden Vielfalt und den möglichen wechselnden Familienkonstellationen in der Lebensverlaufsperspektive stärker orientieren. Damit rückt eine Förderung von Studierenden mit Kind in den Fokus, die die Sachverständigenkommission der Berichte fordert und die die Politik umsetzen möchte.

Diese Arbeit zeigt Vereinbarkeitspotenziale, aber auch -schwierigkeiten auf. Es wird deutlich, dass studierende Eltern diese Lebensphase weitgehend individuell gestalten und bewältigen müssen. Bestehende Unterstützungsmöglichkeiten sind noch nicht ausreichend vorhanden, nicht genügend bekannt und treffen nicht immer die Bedürfnisse der Beteiligten. An dieser Stelle ist eine tiefergehende Erforschung der Gruppe studierender Eltern und deren Bedarfe notwendig. Daneben müssen bestehende unterstützende Maßnahmen evaluiert und auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden. Darauf aufbauend kann eine Weiter- bzw. Neuentwicklung der Unterstützungsbedarfe stattfinden. Ein Blick in Richtung anderer Länder wie Schweden –wie in dieser Arbeit geschehen – kann helfen, Ideen und Maßnahmen aufzuspüren.

Neben der Kenntnis der Gruppe Studierender mit Kindern wäre zu erkunden, aus welchen Gründen die überwiegende Mehrheit der Studierenden in Deutschland keine Kinder während des Studiums bekommt oder zu versorgen hat. Wie beschrieben sind hier kulturelle Faktoren, genau wie politische Rahmgebung, in wechselseitiger Beeinflussung von großer Bedeutung. Wie genau sich diese Faktoren auswirken, ist empirisch herauszufinden. Weiterhin sind individuelle Voraussetzungen wie Partnerschaftskonstellationen interessant und empirisch zu ergründen. Eine funktionierende Partnerschaft, in der beide ein Kind wollen, wird von den meisten als Voraussetzung für die Gründung einer Familie gesehen. Wird sich diese Sicht der Dinge mit den gesellschaftlichen Veränderungen die Familienkonstellationen betreffend verändern? Sehen Menschen in einer Partnerschaft in jungen Jahren eine Basis für eine Familiengründung? Verändert sich dies mit dem Alter? Ist die relevante unterstützende Gruppe eher bei den älteren Studierenden zu finden? Dies könnte bedeuten, dass es auf der anderen Seite sinnvoll wäre, Eltern in ihrer universitären Aus- oder Weiterbildung zu fördern, damit auch Frauen und Männer, die bereits Kinder haben, Chancen auf eine qualifizierte Ausbildung haben, auf der sie beruflich aufbauen können.

Ein individueller Faktor, der großen Einfluss auf die Entscheidung für oder gegen Kinder nimmt und deshalb auch weiter untersucht werden müsste, ist das emotionale Wohlbefinden in der jeweiligen Lebenssituation. Insgesamt wird die Entscheidung, mit kleinen Kindern zu studieren oder während des Studiums Kinder zu bekommen, von verschiedenen, sich gegenseitig beeinflussenden Faktoren bestimmt und aus verschiedenen Perspektiven bewertet. Deren Interdependenzen zu kennen, kann helfen, Belange festzustellen und dementsprechend zu agieren und Angebote zu entwickeln. Allgemein stellt sich die Frage, ob bessere Rahmenbedingungen die Dualität von Studium und Kind erleichtern, diese Phase vielleicht sogar attraktiver machen und eine Umdeutung der klassischen Normalbiografie begünstigen könnten. Somit könnte eine tatsächliche Entlastung des Lebensverlaufes mit Chancen auf Verwirklichung wichtiger Lebenswünsche wie auch einer Verbesserung der demografischen Entwicklung herbeigeführt werden.

In dieser Arbeit wurde gezeigt, dass Politik beeinflusst, dass aber auch ein Bewusstsein für den Einfluss politischer Maßnahmen ausgebildet werden und für deren konkrete Gestaltung mehr Wissen über die Zielgruppe(n) generiert werden muss, um genauer zu agieren.

Es wurde dargestellt, dass neben politischer Rahmgebung individuelle und kulturelle Faktoren, die in wechselseitiger Beeinflussen miteinander wirken, das Fertilitätsverhalten der Menschen in Deutschland, dementsprechend auch das der Studierenden, bestimmen.

Studierende mit Kind stellen eine sehr heterogene Gruppe dar, was es zu berücksichtigen gilt. Die Heterogenität wahrzunehmen und danach zu handeln, ist nicht nur für diese Gruppe relevant, sondern würde die Diversität an den Hochschulen sowie egalitärere Chancen generell in den Fokus rücken. Eine größere Aufmerksamkeit für Studierende mit Kind könnte die Sensibilität für die Bedarfe unterschiedlicher Menschen insgesamt verbessern und das Engagement zur Entwicklung vom Angeboten, die verschiedenen Menschen und deren Bedürfnissen entsprechen, erhöhen. In Schweden ist zu sehen, dass Familienpolitik durch unterstützende finanzielle und Kinderbetreuungsangebote, aber auch durch eine große Flexibilität in Aus- und Weiterbildung sowie in den Karrierewegen trotz Normallebensverläufen andere Möglichkeiten aufwirft und lebbar macht. Dies scheint im Zusammenhang mit einer höheren Fertilität zu stehen.

Neben konkreten institutionellen Hilfen in Deutschland wären gesamtgesellschaftlich Veränderungen anzuregen, die ein familienfreundliches Klima schaffen, in denen Geschlechterrollen neu definiert und bewertet werden und damit eine Geschlechtergerechtigkeit befördert wird, durch die ein Balance zwischen Familien- und Erwerbsleben bzw. vorhergehender Ausbildung angestrebt und eine Vereinbarkeit der verschiedenen Lebensbereiche vereinfacht werden kann. Wie sich die Familienfreundlichkeit und das Fertilitätsverhalten zukünftig in Deutschland entwickeln werden, wird sich zeigen.

Ein kurzfristiger Anstieg der Geburtenrate und ein gesellschaftlich positives Bild von Elternschaft, in dem es „(...) gerade durchaus hoch angesehen (ist), Kinder zu haben (...)“ (Schröder 2016) können mit politischen Entwicklungen in Zusammenhang gebracht werden. Daneben werden aber auch Trends ausgemacht, die sich auf dem gesellschaftlichen Wandel insgesamt gründen (Schröder 2016). „Menschen, die heute Kinder bekommen, gehören zum Beispiel einer Generation an, die sich mit Sicherheiten und Stabilität generell viel weniger schwertut, als es zumindest den unmittelbar vorherigen Generationen zugeschrieben wird.“ (Schröder 2016) Dies könnte bedeuten, dass verschiedene Lebensphasen anders bewertet werden und es machbarer erscheint, Kinder zu bekommen, während in

anderen Lebensbereichen noch keine Sicherheit oder Stabilität erlangt ist. Ob sich wieder mehr Menschen in jüngerem Alter für eine Familiengründung entscheiden, oder die Entwicklung immer älterer Eltern weiter fortgeführt wird, bleibt abzuwarten. Eventuell werden aber auch, aufgrund von einer verlängerten Erwerbsarbeit durch Heraufsetzung des Rentenalters, sowie aufgrund von Weiterbildungsstudiengängen und einer Flexibilisierung der Studiengänge, Studierende insgesamt älter und kombinieren dann eher Studium und Elternschaft miteinander.

Der sich stetig vollziehende Wandel kultureller Leitbilder innerhalb der Gesellschaft ist von der Politik aufzugreifen, aber auch durch öffentliche Kommunikation, Sozialisation und Wechselwirkungen mit institutionellen Regelungen mit zu gestalten. Verschiedene Akteure müssen zusammenarbeiten, um die Interdependenzen von Erwerbsarbeit bzw. (universitärer) Ausbildung und Familie, von Individualität und Gesellschaft, von Anerkennung von Leistungen in der Familie und angemessener Rücksichtnahme auf familiale Erfordernisse durch andere gesellschaftliche Teilsysteme wie das Wirtschafts- und das Bildungssystem, zu erreichen.

6. Literaturverzeichnis

Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2011): Vorbildliche Entwicklung: Das Schwedische Doppelverdiener-Modell. In: DEMOS, Ausgabe 110, 26. Januar 2011.

http://www.berlin-institut.org/newsletter/Ausgabe_26_01_2011.html.pdf

(17.12.2016)

Bihler, Sarah M.E.; Langer, Markus F.; Müller, Ulrich (2010): Familie im Profil - Vergleich der Familienorientierung ost- und westdeutscher Hochschulen. Arbeitspapier Nr. 133. Gütersloh: CHE gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung.

http://familie-in-der-hochschule.de/assets/media/01_Inhalte/Studien%20und%20Positionspapere/CHE_AP_133_Familie_im_Profil.pdf

(17.12.2016)

BFB Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2013): Familienleitbilder. Vorstellungen.

Meinungen. Erwartungen. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Wiesbaden.

http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Broschueren/familien_leitbilder_2013.pdf?__blob=publicationFile&v=7

(17.12.2016)

BFB Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2015): Familienleitbilder. Muss alles perfekt sein? Leitbilder zur Elternschaft in Deutschland. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Wiesbaden.

http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Broschueren/familien_leitbilder_2015.pdf?__blob=publicationFile&v=5

(17.12.2016)

BMBF Bundesministerium für Bildung und Forschung (2013): Familienfreundlichkeit an Deutschen Hochschulen. Schritt für Schritt. Bonn: BMBF.

http://www.bmbf.de/pub/familienfreundlichkeit_an_deutschen_hochschulen.pdf

(17.12.2015)

BMFSFJ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2006): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Siebter Familienbericht. Berlin: BMFSJ.

<https://www.bmfsfj.de/blob/76276/40b5b103e693dacd4c014648d906aa99/7--familienbericht-data.pdf> (17.12.2016)

BMFSFJ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012a): Familiengründung und Elternschaft in Ausbildung und Studium. Berlin: BMFSJ.

<https://www.bmfsfj.de/blob/76236/cfb132089d6b337fba72e2d108c3231a/monitor-familienforschung-ausgabe-29-data.pdf> (17.12.2016)

BMFSFJ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012b): Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik. Achter Familienbericht. Berlin: BMFSJ.

<https://www.bmfsfj.de/blob/76278/b8a3571f0b33e9d4152d410c1a7db6ee/achter-familienbericht-data.pdf> (17.12.2016)

BMFSFJ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2015): Familienreport 2014. Leistungen, Wirkungen, Trends. Berlin: BMFSJ.

<https://www.bmfsfj.de/blob/93784/e1e3be71bd501521ba2c2a3da2dca8bc/familienreport-2014-data.pdf> (17.12.2016)

BMI Bundesministerium des Innern (2012): Jedes Alter zählt. Demografiestrategie der Bundesregierung. Berlin. https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Demografie/demografiestrategie-langfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (17.12.2016)

BMI Bundesministerium des Innern (2015): Grundsätze und Schritte zur Weiterentwicklung der Demografiepolitik der Bundesregierung. Jedes Alter zählt. „Für mehr Wohlstand und Lebendqualität aller Generationen.“ Weiterentwicklung der Demografiestrategie

der Bundesregierung. Berlin. http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2016/weiterentwicklung-der-demografiestrategie.pdf;jsessionid=5DA91644EB4085A7470853B02A1C8203.2_cid364?__blob=publicationFile
(17.12.2016)

Böckler impuls 8/2015: Chancengleichheit. Warum Skandinavien sozialer ist.
http://www.boeckler.de/54153_54160.htm (17.12.2016)

Böhm, Maika; Franz, Philipp; Matthiesen, Silja (2016): Studierende Eltern. Im Spannungsfeld geschlechteregalitärer Ideale und traditioneller Geschlechterrollen. Journal für Psychologie, Jg. 24, Ausgabe 1: Elternschaft als relationale Praxis. S. 125-156.
<http://www.journal-fuer-psychologie.de/index.php/jfp/article/view/395/424>
(17.12.2016)

Bujard, Martin (2015): Kinderlosigkeit in Deutschland: Wie interagieren Bildung, Wohnort, Migrationshintergrund, Erwerbstätigkeit und Kohorte? In: Zeitschrift für Familienforschung, 27. Jahrg., Heft 3/2015, S. 270-296. http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Publikationen/DE/BuchInfo/bu_zff_heft3_2015_kinderlosigkeit.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (17.12.2016)

Burck, Kerstin; Grendel, Tanja (2011): Studierbarkeit – ein institutionelles Arrangement?, in: ZFHE Jg. 6/ Nr. 2. <http://www.zfhe.at/index.php/zfhe/article/viewFile/241/350>
(17.12.2016)

Buß, Imke; Müller, Romina; Husemann, Barbara (2015): Strukturelle Studierbarkeit für Teilzeitberufstätige und Studierende mit Kind. Leitfaden für Dokumentenanalysen. Hochschule Ludwigshafen am Rhein, Stabsstelle Studium und Lehre: Arbeitspapiere. http://www.hs-lu.de/fileadmin/user_upload/hochschule/publikationen/arbeitspapiere/Arbeitspapier_2.pdf (17.12.2016)

Cornelißen, Waltraud; Fox, Katrin (Hrsg.) (2007): Studieren mit Kind. Die Vereinbarkeit von Studium und Elternschaft: Lebenssituationen, Maßnahmen und Handlungsperspektiven. Wiesbaden: VS Verlag.

Cornelißen, Waltraud (2007): Studieren mit Kind. Wirklich eine Alternative zur späten Mutterschaft? Vortrag für die Veranstaltung des Bayerischen Landesfrauenausschusses, Fachausschuss Familienrecht/-politik, München. München: Deutsches Jugendinstitut. http://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/070108-Studieren_mit_Kind-Muenchen_Gesamt.pdf (17.12.2016)

Deutsches Studentenwerk (2016): Informationen für Studierende mit Kind. <http://www.studentenwerke.de/de/node/1649> (17.12.2016)

Esping-Andersen, Gøsta (2015): Welfare regimes and social Stratification. *Journal of European Social Policy*, Vol. 25(1), 124– 134. <http://esp.sagepub.com/content/25/1/124.full.pdf+html> (17.12.2016)

Filipp, Sigrun-Heide; Gerlach, Irene; Keil, Siegfried; Ott, Notburga; Scheiwe, Kirsten (Hrsg.) (2011): Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen: Ausbildung, Studium und Elternschaft. Analysen und Empfehlungen zu einem Problemfeld im Schnittpunkt von Familien- und Bildungspolitik. Wiesbaden: VS Verlag.

Flügge, Sibylla (2007): Rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen eines Studiums mit Kind, in: Cornelißen, Waltraud; Fox, Katrin (Hrsg.) (2007): Studieren mit Kind. Die Vereinbarkeit von Studium und Elternschaft: Lebenssituationen, Maßnahmen und Handlungsperspektiven. Wiesbaden: VS Verlag. S. 93 – 103.

Fuchs, Stefan (2014): Gesellschaft ohne Kinder. Woran die neue Familienpolitik scheitert. Wiesbaden: Springer VS.

Gwosc, Christoph; Netz, Nicolai; Orr, Dominic; Middendorff, Elke; Isserstedt, Wolfgang (2011): Soziale und wirtschaftliche Bedingungen des Studiums. Deutschland im europäischen Vergleich. Eurostudent IV 2008–2011. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag GmbH. http://www.dzhw.eu/pdf/23/Eurostudent_deutsch_web.pdf (17.12.2016)

Hallberg, Daniel; Lindh, Thomas; Zamac, Jovan (2011): Study achievement for students with kids. Market Working Paper 2022: 16. Uppsala: Institute for Labour Policy Evaluation. <http://www.ifau.se/globalassets/pdf/se/2011/wp11-16-study-achievement-for-students-with-kids.pdf> (17.12.2016)

Hartmann, Ulrike (2016): Studiengebühren. München: studieren.de <https://studieren.de/studium-studiengebuehren.0.html> (17.12.2016)

Hauschildt, Kristina; Gwosc', Christoph; Netz, Nicolai; Mishra, Shweta (2015): Social and Economic Conditions of Student Life in Europe. Eurostudent V 2012-2015. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag GmbH&Co. KG. https://www.uhr.se/globalassets/_uhr.se/lika-mojligheter/eurostudent/evsynopsisofindicators.pdf (17.12.2016)

Helfferrich, Cornelia (2013): Biografien und Lebenslauf. In: Scherr, Albert (Hrsg.): Soziologische Basics. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 29-34.

Helfferrich, Cornelia; Hendel-Kramer, Anneliese; Wehner, Nina (2007a): fast- Familiengründung im Studium. Eine Studie in Baden-Württemberg – Abschlussbericht zum Projekt. Stuttgart: Landesstiftung Baden-Württemberg. https://www.hof-university.de/fileadmin/user_upload/familienfreundliche-hochschule/Abschlussbericht.pdf (17.12.2015)

Helfferrich, Cornelia; Hendel-Kramer, Anneliese; Wehner, Nina (2007b): „Irgendwas muss leiden...“ – Zeit und Zeitplanung studierender Eltern. In: Cornelißen, Waltraud; Fox, Katrin (Hrsg.) (2007): Studieren mit Kind. Die Vereinbarkeit von Studium und Elternschaft: Lebenssituationen, Maßnahmen und Handlungsperspektiven. Wiesbaden: VS Verlag. S. 51- 68.

Henry-Hutmacher, Christiane (Hrsg.); Schneider, Norbert F.; Diabaté, Sabine; Lück, Detlev (2014): Familienbilder in Deutschland. Ihre Wirkung auf Familiengründung und Familienentwicklung. Konrad- Adenauer- Stiftung e.V..
http://www.kas.de/wf/doc/kas_38060-544-1-30.pdf (17.12.2016)

Institut für Demoskopie Allensbach (2004): Einflussfaktoren auf die Geburtenrate. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung der 18- bis 44-jährigen Bevölkerung.
http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_studies/6544_Geburtenrate.pdf
(17.12.2015)

Institut für Demoskopie Allensbach (2012): Monitor Familienleben 2012. Einstellungen und Lebensverhältnisse von Familien. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie. Allensbach: Institut für Demoskopie.
http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_studies/Monitor_Familienleben_2012.pdf
(17.12.2015)

Jaeger, Michael; Woisch, Andreas; Hauschildt, Kristina; Ortenburger, Andreas (2014): Studentenwerksleistungen und Studienerfolg. Untersuchung zur Relevanz von Dienstleistungen der Studentenwerke für den Studienverlauf und den Studienerfolg von Studierenden. Hannover: Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung.
https://www.studentenwerke.de/sites/default/files/bericht_stw-leistungen_studien-erfolg_20140310.pdf (17.12.2016)

Kaufmann, Franz Xaver (2002): Sozialpolitik und Sozialstaat. Soziologische Analysen. Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://books.google.de/books?id=g1glB-gAAQBAJ&pg=PA213&lpg=PA213&dq=verantwortete+Elternschaft+kaufmann&source=bl&ots=a24Y0BGWmJ&sig=lg9_LElx8vOkaYhKq8Afqp-N3t0&hl=de&sa=X&ved=0ahUKEwiQ19Hz7vFLAhUI1ywKHS7oBRUQ6AEIMTAE#v=one-page&q=verantwortete%20Elternschaft%20kaufmann&f=false (17.12.2016)

Kunadt, Susann; Schelling, Anna; Brodesser, David; Samjeske, Kathrin (2014): Familienfreundlichkeit in der Praxis. Ergebnisse aus dem Projekt „Effektiv! – Für mehr Familienfreundlichkeit an Deutschen Hochschulen“. Köln: Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Praxis. Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.

Krätschmer-Hahn, Rabea (2012): Kinderlosigkeit in Deutschland. Zum Verhältnis von Fertilität und Sozialstruktur. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Meier-Gräwe, Uta (2008): Studieren mit Kind – ein Weg zur Öffnung des biographischen Zeitfensters für Elternschaft? In: Flaake, Karin; Fleßner, Heike; Müller, Angelika I.; Pegel, Juliane (Hrsg.) (2008): Familiengerechte Hochschule. Daten – Herausforderungen – Perspektiven. Oldenburg: BIS-Verlag. S. 23-29. <http://oops.uni-oldenburg.de/793/1/flafam08.pdf> (17.12.2016)

Middendorff, Elke (2003): Kinder eingeplant? Lebensentwürfe Studierender und ihre Einstellung zum Studium mit Kind. HIS. <https://hisbus.his.de/hisbus/docs/hisbus-lebensentwuerfe.pdf> (17.12.2016)

Middendorff, Elke (2007): Lebenssituation Studierender mit Kind – ausgewählte Befunde der Sozialerhebung des DSW und einer Online-Befragung des HISBUS-Panels. In: Cornelißen, Waltraud; Fox, Katrin (Hrsg.) (2007): Studieren mit Kind. Die Vereinbarkeit von

Studium und Elternschaft: Lebenssituationen, Maßnahmen und Handlungsperspektiven. Wiesbaden: VS Verlag. S. 33-49.

Middendorff, Elke; Apolinarski, Beate; Poskowsky, Jonas; Kandulla, Maren; Netz, Nicolai (2013): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012. 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch das HIS- Institut für Hochschulforschung. Berlin: BMBF Bundesministerium für Bildung und Forschung. https://www.studentenwerke.de/sites/default/files/01_20-SE-Hauptbericht.pdf (17.12.2016)

Müller, Ines (2007): Studieren mit Kind in Gießen – Situation und Ansätze zur Verbesserung der Vereinbarkeit. In: Cornelißen, Waltraud; Fox, Katrin (Hrsg.) (2007): Studieren mit Kind. Die Vereinbarkeit von Studium und Elternschaft: Lebenssituationen, Maßnahmen und Handlungsperspektiven. Wiesbaden: VS Verlag. S. 107 - 115.

Nienhaus, Lisa; Henning, Stefanie (2012): Ranking der Kita-Preise in 40 Städten. Zeigt her Eure Krippen! faz.net. http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ranking-der-kita-preise-in-40-staedten-zeigt-her-eure-krippen-11956717.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (17.12.2016)

Ochel, Wolfgang (2006): Familiengründung trotz Studium. ifo Schnelldienst, Jg. 59, Nr. 4. S. 7-11. http://www.cesifo-group.de/pls/guest/download/ifo%20Schnelldienst/ifo%20Schnelldienst%202006/ifosd_2006_4_2.pdf (17.12.2016)

Oschmiansky Frank; Kühl, Jürgen; Obermeier, Tim (2014): Das Ende des Ernährermodells. Bonn: BPB Bundeszentrale für Politische Bildung. <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/55097/ernaehrermodell?p=all> (17.12.2016)

Sardei-Biermann, Sabine (2007): Familien- und berufsbezogene Orientierungen von Studierenden und anderen jungen Erwachsenen. In: Cornelißen, Waltraud; Fox, Katrin (Hrsg.) (2007): Studieren mit Kind. Die Vereinbarkeit von Studium und Elternschaft: Lebenssituationen, Maßnahmen und Handlungsperspektiven. Wiesbaden: VS Verlag. S. 13- 32.

Scholze, Nicole (2012): Aktuelle familienpolitische Entwicklungen – ein Vergleich von Schweden, Großbritannien und Deutschland. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 33, Oktober 2012. <https://publishup.uni-potsdam.de/files/6045/pbsf33.pdf> (17.12.2016)

Schröder, Vera (2016): Warum in Deutschland mehr Kinder geboren werden. sueddeutsche.de. <http://www.sueddeutsche.de/leben/geburtenrate-der-geburtenanstieg-duerfte-sich-mittelfristig-nicht-halten-1.3209047> (17.12.2016)

statista (2016): Anzahl der Studierenden an Hochschulen in Deutschland vom Wintersemester 2002/2003 bis 2015/2016 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/221/umfrage/anzahl-der-studenten-an-deutschen-hochschulen/> (17.12.2016)

Statistisches Bundesamt (2016): Alter der Mutter. Durchschnittliches Alter der Mutter bei der Geburt des Kindes 2014. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/GeburtenMutterAlterBundeslaender.html> (17.12.2016)

Swiaczny, Frank (2013): Demografischer Wandel und Migration in Europa. Kurzdossier. In: Focus Migration Nr. 24. Dezember 2013. Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS). <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/176221/demografischer-wandel-und-migration?blickinsbuch> (17.12.2016)

Thalberg, Sara (2013): First Education, then Children? A Qualitative Study of Students' Childbearing Attitudes and Intentions. Stockholm University Linnaeus Center on Social Policy and Family Dynamics in Europe, Working Paper. 2013: 7.

http://www.su.se/polopoly_fs/1.152116.1382346007!/menu/stand-ard/file/WP_2013_7.pdf (17.12.2016)

Vedder, Günther (2004): Wie familienorientiert sind deutsche Hochschulen? Dilemmata und Paradoxien der Vereinbarkeit von Studium/Beruf und Elternschaft. München: Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung. S. 102 – 123.

<http://www.bzh.bayern.de/uploads/media/2-2004-gesamt.pdf#page=104> (17.12.2016)

Wassermann, Rotraud (2005): Studium und Elternschaft – Belastungssituation vor dem Hintergrund sozioökonomischer und familiärer Strukturen. Inauguraldissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Sozialwissenschaft. Bochum: Ruhr-Universität Bochum, Fakultät für Sozialwissenschaft.

<http://www-brs.ub.ruhr-uni-bochum.de/netahtml/HSS/Diss/WassermannRotraud/diss.pdf> (17.12.2016)

Weiß, Carola (2008): Geburtenraten im Europäischen Vergleich. In: wissenschaftliches journal österreichischer fachhochschul-studiengänge soziale arbeit Nr. 1 (2008) / Rubrik "Junge Wissenschaft" / Standortredaktion St. Pölten <http://soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/57/48> (17.12.2016)

Eidesstattliche Erklärung

Ich versichere, dass ich die vorliegende Arbeit ohne fremde Hilfe selbstständig verfasst und nur die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Wörtlich oder dem Sinn nach aus anderen Werken entnommene Stellen sind in allen Fällen unter Angabe der Quelle kenntlich gemacht.

Ort, Datum

Unterschrift